

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — Postfachkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 10/21
Telegraphen-Adresse: Volkzeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig:**
Tauchaer Straße 10/21 — Telephon 4596

Inseratenpreis: Die 7 gespaltene Kolonelleise oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Seite 1.70 Mk. Keffame-Kolonelleise 7.50 Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die Pariser Konferenz.

Phantastische Forderungen Frankreichs — Widerspruch der Alliierten.

Paris, 27. Januar. Ueber das gestrige Exposé des französischen Finanzministers Doumer vor der Konferenz machen die französischen Morgenblätter Angaben. Berlin teilt im Echo de Paris mit, daß der französische Finanzminister auf Grund der Schätzung der Reparationskommission die vorzulegende Forderung an Deutschland mit 212 Milliarden Goldmark angab, einschließlich Zinsen und Amortisation. Diese Ziffer sei zweimal so groß wie diejenige, die in Boulogne genannt worden sei. Sie gehe über alles hinaus, was man bisher über die Höhe der Gesamtsumme gedacht habe.

Nach dem Moin soll der französische Finanzminister erklärt haben, Deutschland solle den Alliierten die Gesamtschuld mit 5 Proz. verzinsen und in 30 oder mehr Jahreszahlungen entrichten. Bei 42 Jahreszahlungen würde die Annuität 12 Milliarden jährlich betragen. Nach dem Bericht Doumers hat Deutschland im Jahre 1913 für 10 Milliarden ausgeführt. Da der Wert der Waren unabhängig von dem Geldkurs um 70 Prozent gestiegen sei, könne Deutschland leicht für 17 Milliarden Waren ausführen. Die Einfuhr Deutschlands müsse dagegen auf das dringendste beschränkt bleiben und könne auf 5 Milliarden heruntergebrückt werden. Auf diese Art würde also ein Exportüberschuß von 12 Milliarden erzielt werden, den Deutschland dazu aufwenden müsse, die Alliierten zu bezahlen. Als Garantie faßt Doumer nicht militärische Maßnahmen ins Auge, sondern Vormundschaften, wie man sie sonst ohnmächtigen Staaten gegenüber angewandt habe.

Berlin schreibt im Echo de Paris, die alliierten Vertreter hätten sich über diese Theorie sehr erstaunt gezeigt. Man hätte auch festgestellt können, daß die Vertreter der englischen Delegation nunmehr eine andre Sprache sprächen.

London, 27. Januar. In der Reparationsfrage stehen einer Pariser Reutermeldung zufolge die Engländer zu den auf der Boulogner Konferenz niedergelegten Forderungen. Der britische Standpunkt werde vollkommen von der besaglichen Delegation unterstützt, die die sofortige Festsetzung der deutschen Gesamtentschuldigungsumme wünscht. Die französischen Delegierten scheinen bereit zu sein, diese Zahlen anzunehmen, jedoch unter der Bedingung, daß Frankreich nachträglich gewisse Zugeständnisse erhält, daß ihm bestimmte Vorzugsrechte gewährt werden und daß die interalliierten Schulden gestrichen werden. Es besteht jedoch Grund zu der Hoffnung, daß im Verlaufe der nächsten Tage ein gemeinsamer Boden gefunden werde, auf dem sich die Alliierten in dieser wichtigen Frage einigen könnten.

Scharfe Zwangsmahnahmen in der Entwaffnungsfrage.

Paris, 27. Januar. Nach einer Havasmeldung sieht der Bericht des Marschalls Foch in der Entwaffnungsfrage als Zwangsmahnahmen nicht nur die Besetzung neuer deutscher Gebiete, sondern auch die Verlängerung der Besetzung des Rheinlandes vor, falls die gewährten Fristen für die Ausführung der militärischen Aufrufe nicht eingehalten werden sollten.

Die bayrischen Reaktionsäre wollen nicht entwaffnen.

München, 28. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz schreibt zu den Pariser Verhandlungen: „Wir haben zu einer optimistischen Beurteilung des bisherigen Verlaufes der Pariser Konferenz nicht im mindesten Anlaß. Seht die Entente diktatorisch eine auf einige Monate bemessene Frist ohne jeglichen Vorbehalt fest, so ist uns damit nicht gebiet und wir halten es für verfehlt, auf eine solche Bindung freiwillig einzugehen. Eine Festsetzung ist nur dann diskutabel, wenn ein Termin festgelegt würde, an welchem Deutschland und die Entente sich erneut über die Möglichkeit eines Abbaues der Einwohnerwehren beraten würden. Eine solche Lösung — und diese ist die einzig annehmbare — würde in der Linie unserer Einwohnerwehrepolitik liegen, die sich in keinem Zeitpunkt auf ein „Niemals“ verweist hat, sondern immer betonte „zur Zeit nicht“. Der Zeitpunkt hängt ausschließlich von der innerpolitischen Lage in Deutschland und von der Gestaltung der Lage im Osten ab. Da wir nicht wissen, wie es dort in einigen Monaten aussehen wird, können wir uns nicht darauf einlassen, zu einem genau bestimmten Zeitpunkt uns der Sicherung gegen diese Gefahr zu berauben.“

Die Berliner Stadtverordnetenwahlen für ungültig erklärt.

Berlin, 27. Januar. Der Bezirksauschuß Berlin hat heute nach mehrstündiger eingehender Beratung unter Vorsitz des Präsidenten Wagner in Sachen der bekannten Klage der Deutschen Volkspartei gegen die Berliner Stadtverordnetenversammlung wegen der Gültigkeit der Berliner Stadtverordnetenwahl usw. sich dahin erklärt, daß die Berliner Stadtverordnetenwahlen für ungültig zu erklären sind, dagegen die Wahlen der Bezirksverordneten in den 20 Berliner Verwaltungsbereichen für gültig. Die Kosten wurden zu einem Teil dem Kläger und zu neun Zehnteln der beklagten Stadtverordnetenversammlung auferlegt. Die Berliner Stadtverordnetenversammlung wird gegen dieses Erkenntnis sofort Berufung an das Obergericht einlegen.

Freunde des Getreidewuchers.

Berlin, 28. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Unabhängige Fraktion der Berliner Stadtverordneten-

sammlung hat in der gestrigen Sitzung einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, der sich gegen die Erhöhung der Brot- und Getreidepreise richtet. Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, den Protest auch der Reichsregierung zu übermitteln und den Deutschen sowie den Preussischen Städtetag zu dem gleichen Vorgehen zu veranlassen. In der Begründung wurde gesagt: Schon heute leiden Hunderttausende von großstädtischen Bewohnern unter der unerträglichen Höhe der Lebensmittelpreise. Jede weitere Steigerung der Preise für das wichtigste Nahrungsmittel, das Brot, ruft die Gefahr einer Katastrophe in der Ernährung der großstädtischen Bevölkerung hervor. Außerdem dürften die Gemeinden keinen Vorteil von der Erhöhung der Getreidepreise haben, da sie notwendigerweise dadurch zu einer Erhöhung der Bezüge der in ihren Diensten stehenden Arbeiter, Angestellten und Beamten gezwungen würden. Auch die Erwerbslosen- und Arbeitslosenbezüge müßten erhöht werden.

Die bürgerlichen Parteien haben gegen diesen Antrag Einspruch erhoben, so daß er nicht zur Verhandlung kommen konnte.

Neue Verfassungsverletzungen in Bayern.

München, 28. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) In Bayern mehren sich in letzter Zeit die Fälle, daß Staatsbeamte gemahnt werden, weil sie sozialdemokratische Gesinnung bekundet haben oder einer sozialistischen Partei angehören. Ein solches Vorgehen ist ein grober Verstoß gegen Artikel 130 und 138 der deutschen Reichsverfassung, sowie gegen Artikel 87 der bayerischen Verfassung, welche sämtlichen Beamten Freiheit der politischen Gesinnung und des Zusammenschlusses gewährleisten. Die Fraktion der USPD hat deshalb im Landtag eine kleine Anfrage eingebracht, ob die bayerische Staatsregierung gewillt ist, diese Grundzüge der Verfassung als auch in Bayern gültig anzuerkennen.

Verfassungsreform in Dänemark.

Berlin, 28. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Gestern faßte der dänische Reichstag den endgültigen Beschluß über die Aenderung der Verfassung. Man erwartet, daß in der Plenarversammlung beider Kammern am Sonnabend die Zustimmung des Königs zu den gezeigten Beschlüssen festzusetzen wird. Die Verfassung sieht eine Gleichstellung beider Kammern vor. Auf dem Gebiete der außerstaatlichen Politik wird vorgeschrieben, daß jeder internationale Vertrag die Zustimmung des Reichstages erfordert, zukünftig also nicht mehr der königlichen Sanction überlassen sein soll. An die Stelle des jetzigen geheimen Ausschusses sollen 16 Mitglieder, die aus beiden Kammern bestimmt werden, treten. Im übrigen wird durch die Aenderung der Verfassung das Stimmrecht für die Frauen über 23 Jahre eingeführt, und zwar können die Frauen sowohl in die Erste als auch in die Zweite Kammer gewählt werden. Auch die Zulassung der Frauen zum Staatsdienst ist in der Verfassung festgelegt.

Einladungen zur Londoner Orientkonferenz.

Berlin, 28. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Nach einer Meldung aus Paris haben die alliierten Kommissare in Konstantinopel dem Großwesir eine Note der Alliierten übergeben, in welcher die türkische Regierung eingeladen wird, an der Londoner Konferenz teilzunehmen. Ein ähnlicher Schritt wurde in Athen von dem alliierten Botschafter bei Rhallis, dem Präsidenten des griechischen Staates, unternommen. Rhallis hat erklärt, daß er im Monat Februar nach Paris kommen wolle, bevor er sich nach London begibt, um in der dortigen Konferenz Griechenland persönlich zu vertreten.

Paris, 28. Januar. Die Chicago Tribune meldet, sollen die Vereinigten Staaten eingeladen werden, zur Orientkonferenz nach London, die am 21. Februar beginnt, Vertreter zu entsenden.

London, 27. Januar. Sowohl die Türkei als auch Griechenland haben die Einladung, Vertreter zur Londoner Konferenz zur Erörterung der orientalischen Fragen zu entsenden, angenommen.

Die englische Arbeiterkonferenz zur Arbeitslosenfrage.

London, 28. Januar. Die von der Arbeiterpartei und dem Gewerkschaftsbund einberufene Arbeiterkonferenz zur Erörterung der Frage der Arbeitslosigkeit hat gestern unter Teilnahme von etwa 300 Delegierten begonnen. Sie beschloß, die Regierung zu verurteilen, da sie nicht rechtzeitig Mahnahmen zur Verhinderung der Arbeitslosigkeit ergriffen habe, und dem Premierminister dieses Urteil mit Vorschlägen zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit (darunter Handel mit Rußland und den anderen Ländern des Kontinents) zu übersenden. Außerdem soll die Arbeiterpartei ersucht werden, die Frage bei der Eröffnung der neuen Tagung des Parlaments aufzurollen, wenn die Regierung in der Zwischenzeit keine befriedigenden Mahnahmen ergriffen habe. Die Konferenz vertagte sich darauf auf den 28. Februar, um es den Gewerkschafts-Vollzugsausschüssen zu ermöglichen, die Anträge ihrer Mitglieder einzuholen und über die Schritte Beschluß zu fassen, die notwendig sind, um die Annahme der Vorschläge zu sichern.

Der Kampf um die Betriebsbilanz.

Es ist nun schon länger als ein Jahr her, daß unter dem Maschinengewehrfeuer der Koskelsoldateska, dem 42 Berliner Arbeiter zum Opfer fielen, das Betriebsrätegesetz aus der Taufe gehoben wurde. In diesem einen Jahre brachten die Erfahrungen, die die Arbeiter mit diesem famosen Gesetz machen konnten, ihnen deutlich genug zum Bewußtsein, wie unzulänglich die Rechte sind, die ihnen auf Grund dieses Gesetzes zustehen, wie gering ihr Einfluß im Betriebe, wie unbeschränkt der Unternehmer noch Herr im Hause geblieben ist. Aber nicht genug damit; ein Jahr nach der Annahme des Betriebsrätegesetzes ist eine seiner wichtigsten Bestimmungen noch nicht zur Durchführung gelangt.

Bei der Beratung des Betriebsrätegesetzes in der Nationalversammlung galt der schärfste Kampf, der eigentliche Entscheidungskampf, der Frage, wieweit den Betriebsräten ein Recht auf die Kontrolle oder wenigstens auf Einsichtnahme in die Betriebsvorgänge zustehen sollte. Die Arbeitnehmer hatten gefordert, daß den Betriebsräten „alle zur Beurteilung der gesamten Geschäftsabwicklung und der technischen Betriebsführung usw. notwendigen Bücher und sonstigen Geschäftspapiere, insbesondere auch diejenigen, die über die Einkaufspreise, die Art und den Umfang der Erzeugung oder des Handels, die Betriebsleistung und die Preisabstufung Aufschluß geben und überdies die Bilanz, einschließlich der zu ihrer Aufstellung dienenden Geschäftsbücher“ vorzulegen seien. Die Unternehmer aber, die nichts so sehr fürchten und zu fürchten allen Grund haben, als daß man hinter die Kulissen ihrer Geschäftsführung blicke und ihnen hinter ihre Schilde und Praktiken komme, setzten es durch, daß die bürgerliche Kommissionsmehrheit den Betriebsräten das Recht auf Einsichtnahme in die Geschäftsbücher, also in die Unterlagen der Bilanz, nahm und ihnen bloß das ganz illusorische Recht der Einsichtnahme in die Gewinne und Verlustrechnung und in die Bilanz zugestand.

In der letzten Fassung des Gesetzes wurde schließlich an Stelle der Bilanz der völlig neue Begriff der „Betriebsbilanz“ gesetzt und im § 72 des BRG. darüber folgendes bestimmt:

„In Betrieben, deren Unternehmer zur Führung von Handelsbüchern verpflichtet sind, und die in der Regel mindestens 300 Arbeitnehmer oder 50 Angestellte im Betriebe beschäftigen, können die Betriebsräte verlangen, daß den Betriebsauschüssen, oder wo solche nicht bestehen, den Betriebsräten alljährlich vom 1. Januar 1921 ab nach Maßgabe eines hierüber zu erlassenden Gesetzes eine Betriebsbilanz und eine Betriebs-Gewinn- und Verlustrechnung für das verlossene Geschäftsjahr spätestens sechs Monate nach Ablauf des Geschäftsjahres zur Einsichtnahme vorgelegt und erläutert wird.“

Das Gesetz über die Aufstellung einer Betriebsbilanz, das nach dem zitierten Paragraphen neu zu schaffen ist und das einen, wenn auch noch so unzulänglichen Einblick in die Betriebsvorgänge überhaupt erst ermöglichen könnte, ist bisher noch nicht erlassen worden, sondern wurde erst gestern im sozialpolitischen Ausschuh des Reichstags fertiggestellt. Auch der Kampf um dieses Gesetz ist, wie bei der Zusammenkunft des Reichstags und den heutigen Nachverhältnissen in der Stinnes-Republik vorauszusehen war, zumunutzen des Proletariats entschieden worden.

Die Arbeitnehmer hatten sich geschlossen auf den Standpunkt gestellt, der in dem vom Afa-Bund und dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund eingebrachten Gesetzentwurf zum Ausdruck kam, daß unter der Betriebsbilanz nicht die handelsrechtliche Bilanz verstanden werden dürfe — dazu hätte man ja nicht eines neuen Begriffes bedurft —, sondern eine detaillierte und ins einzelne gehende Aufstellung aller Wertbestände mit genauer Angabe ihrer Funktionen und der Abschreibungen und stillen Reserven, sowie ebenso detailliert der Schulden, des Kapitals und der Reserven, wobei in Unternehmungen, zu denen mehrere Betriebe gehören, für jeden einzelnen Betrieb eine besondere Aufstellung der Geschäftslage des Einzelbetriebs vorgenommen werden müßte. Für Betriebe, deren Eigentümer nicht Aktien- oder andre Gesellschaften, sondern Privatunternehmer sind, war die Einbeziehung des nicht im Betriebe arbeitenden Privatvermögens des Unternehmers in die Betriebsbilanz gefordert worden, weil in der Praxis beide Vermögensbestandteile nicht zu trennen sind und es sonst in die Hand des Unternehmers gegeben wäre, unkontrollierbare Verschleudungen zwischen den beiden Vermögensseiten vorzunehmen.

Wer nur ein wenig die Geschäftspraktiken der Unternehmer kennt, wer nur ein wenig darüber informiert ist, mit welcher Geschäftlichkeit und „Sorgfalt“ die Bilanzen zurechtgerichtet werden, um nur ja die wahre Geschäftslage des Unternehmens vor den Augen der Steuerbehörde und sonstiger „Anberufener“ zu verschleiern, der wird die Forderung der Arbeitnehmer, daß die Betriebsbilanz nach andern, einen genaueren Einblick in die Geschäftslage ermöglichenden Grundfähen aufgestellt werde als die handelsrechtliche, als das Mindestmaß dessen anerkennen, was die Betriebsräte als ihr Recht fordern müssen, soll die ganze Institution der Betriebsräte nicht zur Farce herabsinken, zu einer Komödie, die die Bourgeoisie in Eigne gesetzt hat, um den Arbeitern Sand in die Augen zu streuen.

Die bürgerliche Mehrheit des sozialpolitischen Ausschusses des Reichstages hat alle Anträge der Arbeitnehmer zu Falle gebracht und ein Gesetz durchgeschoben, das den Betriebsräten die Möglichkeit vorenthält, so tief in die Betriebsvorgänge einzudringen, daß sie sich über das Verhältnis von Preisen und Kosten, von Produktionskosten und Gewinnen usw. ein sicheres Urteil bilden könnten, um den Unternehmern auf die Finger zu zeigen und die Interessen der Belegschaft und der Allgemeinheit wahren zu können. Der Gesetzentwurf, der im Ausschuss angenommen wurde, bestimmt im § 1, daß die Betriebsräte „nach den für das Unternehmen geltenden gesetzlichen Bilanzgrundlagen die Bestandteile des Vermögens und der Schulden des Unternehmens darzulegen und prüfen müssen, daß sie für sich allein und unabhängig von anderen Urteilen eine Übersicht über den Vermögensstand des Unternehmens gewährt. Das dem Unternehmen nicht gewidmete Vermögen des Unternehmers bleibt hierbei außer Betracht“

Es sollen also auch für die Betriebsräte die gesetzlichen Bilanzgrundlagen gelten, und es soll bei Privatunternehmungen der wahrhafte Vermögensstand des Unternehmens verschleiert werden. Ueber die Anzulänglichkeit einer solchen Betriebsbilanz kann auch der Zusatz nicht hinwegtäuschen, daß zu ihrer Erläuterung „über die Bedeutung und Zusammenhänge der einzelnen Bilanzposten Auskunft zu geben und auf wesentliche Veränderungen, die im Geschäftsjahre vorgekommen sind, hinzuweisen ist“.

Auch die Forderung, daß für jeden Einzelbetrieb gesonderte Aufstellungen gemacht werden müssen, ist nur in einer verwaschenen Form angenommen worden, die ihren Wert ganz illusorisch macht. Es heißt nämlich im § 1 a des Gesetzentwurfs:

„Gehören zu dem Unternehmen mehrere Betriebe, so muß bei Aufstellung der Betriebsbilanz, soweit es die Eigenart des Unternehmens und der dazu gehörigen Betriebe gestattet, die Geschäftslage der einzelnen Betriebe erläutert werden.“

Es ist freilich noch möglich, daß bei geschlossenem Auftreten aller sozialistischen Parteien im Reichstagsplenum Änderungen an der Fassung des Gesetzes vorgenommen werden, die den Forderungen der Arbeitnehmer mehr gerecht werden als die Ausschlußbeschlüsse, aber das Proletariat muß dennoch der Tatsache ins Auge sehen, daß es wieder einmal eine Schlacht verloren hat. Schuld daran tragen die Rechtssozialisten, unter deren Regierung und liebevollem Anteilnahme das Betriebsrätegesetz im vorigen Jahre angenommen wurde und die durch ihre damalige schwächliche Haltung dem Kampfe um die Kontrolle der Betriebsvorgänge die Spitze abgebrochen haben, Schuld daran tragen aber auch die Kommunisten, die ihren Kampf um die „Kontrolle der Produktion“, den sie unsinnigerweise dem Kampf um die Sozialisierung des Verhältnisses entgegenstellen, damit einleiteten, daß sie die stürzende revolutionäre Arbeiterpartei inszenierten und so das Proletariat zu diesem Kampfe unfähig machten, wofür die Teilnahmslosigkeit des Proletariats im parlamentarischen Kampfe um die Kontrolle der Produktion der traurigste Beweis ist. In der Praxis wird es freilich nicht so sehr auf den Wortlaut des Gesetzes ankommen als darauf, welche Macht die Arbeiter in die Wagschale werden werden können, um den Unternehmern einen möglichst tiefen Einblick in die Produktionsvorgänge abzufragen, aber gerade in diesem Kampfe, der nun in jedem einzelnen Betriebe einsetzt, wird sich die durch die Zersplitterung verursachte Schwächung der Macht des Proletariats auf schwerste fühlbar machen.

Der neue Militarismus.

Berlin, 27. Januar.

Heute begann die zweite Lesung des Haushalts: Reichswehrministerium. Ganz wie ehemals sah das Bild auf den Bänken der Regierung aus. Sie waren mit Militärs besetzt, dazwischen sah man schwarze Bürgerkrieger, oder war es das Spießergewand, der Reichswehrminister Gehler. An Stelle der ehemaligen dunklen Uniformen sind die graugrünen getreten. Außer den Vertretern der Landmacht war auch eine Anzahl höherer Marineoffiziere da. Die Militärs trugen recht selbstverständliche, ja zuweilen übertriebene Miene zur Schau. Sie können es auch, denn ihr Gebot regiert in Deutschland die Stunde. Sie haben sich wohl auch deshalb in Gasa geworfen, um Wilhelm, des Ausreißers, Geburtstag zu feiern, denn aus Achtung vor der Volksvertretung haben sie es gerührt nicht getan.

Der Bericht, den der rechtssozialistische Abgeordnete Stücken gab, war sehr mager. Er führte nur ein paar nackte Zahlen an und gab ein paar Neuzifferungen aus den Ausschüßverhandlungen wieder, wovon besonders die bemerkenswert ist, daß die Militärgeheimhaltung für unerlässlich gehalten wird. Selbstverständlich! Wir haben in Deutschland den Militarismus immer noch als einen Staat im Staate, und der braucht auch seine besondere Geistlichkeit, die militärisch gedrillt, nun ihrerseits wieder das militärische System führen muß.

So brav und sanft, wie der Bericht gegeben wurde, war auch die Aussprache. Der rechtssozialistische Redner hatte zwar alle Hände voll zu tun, um alle die Ungeheuerlichkeiten aufzuklären, die der neue deutsche Militarismus so herrlich zugewogen gebracht hat. Der Redner brachte es aber nicht über sanfte Ermahnungen zum Sparen hinaus. Das herrliche Hunderttausendmannheer kostet das deutsche Volk ja auch nur die Kleinigkeit von vierhundert Millionen jährlich. Die rechtssozialistische Kritik am jetzigen Militarismus war so sanft, oder mußte so sanft sein, weil dieser Militarismus das eigene Geschöpf dieser Partei ist.

Sehr anschaulich zeigte er die Verwaltung des Militarismus auf, die sich den Teufel um die Zivilregierung schert. Der Reichswehrminister, dem doch die Kritik galt, sah lächelnd dabei. Er hat ja auch nur den Bundes hinzuhaken, wenn es dem Parlament und der Öffentlichkeit gegenüber gilt, Prügel aufzuheben, die eigentlich den Generälen und Mäthern des Militarismus gelten.

Dem rechtssozialistischen Redner folgte ein Zentrumsmann, und noch dazu einer aus Bayern. Er sang ein Loblied auf den neuen deutschen Militarismus, der uns noch herrlicheren Zeiten entgegenführen werde als der alte. Mit Nachdruck forderte er, man dürfe von den Militärs keine republikanische Gesinnung verlangen; wenn diese nur bereit seien, die Verfassung zu schützen, so genüge dies. Er bekannte freilich, daß die meisten Offiziere noch Monarchisten seien; aber das mache nichts, für das Zentrum sei die Hauptsache, daß beim Militär der fromme Glaube erhalten bleibe, denn auf der Religion beruhen die größten Soldatentugenden.

Noch stärkeres Loblied als der Zentrumsmann stimmte der ehemalige General Gallwieser, der für die Deutschenationalen sprach, an. Herr Gallwieser ist als Kriegstreiber und Vertreter des alten verbrecherischen Militarismus genügend bekannt, so daß seine

Verantwortlichkeit vorzustellen sich erbringt. Kennzeichnend ist, daß er sich mit Schärfe gegen die jähme rechtssozialistische Kritik wandte. Nach seiner Rede wurde die Sitzung auf Freitag verlagert.

Vor der Beratung des Etats „Reichswehrministerium“ wurde das Gesetz über die Uebergangswirtschaft noch schnell erledigt, und zwar gegen die Stimmen der beiden linkssozialistischen Parteien. Unser Genosse Herx erklärte in einer kurzen Rede, warum wir gegen dieses Gesetz stimmen.

Ueber ein Jugendwohlfahrtsgesetz, das mit Ausnahme der Frau Zeilin von sämtlichen Fraktionen eingebracht war, gab es zur Bearbeitung eine längere Debatte. Unser Genosse Löwenstein wies darauf hin, daß wir uns im klaren darüber sind, daß erst in einer sozialistischen Gesellschaft dieses Problem gelöst werde.

Abbau der bolschewistischen Paradediktatur?

O. E. Es zeigt sich neuerdings immer deutlicher, daß die diktatorischen Methoden der Sowjetregierung in der Bevölkerung einen Gegenruck hervorgerufen haben, der sich in Demokratisierungsbemühungen äußert. Ein Artikel des führenden Sowjetwirtschaftlers Ossinski in der Moskauer Prawda bestätigt, daß sich selbst in der kommunistischen Partei jetzt „ein unzufriedenheitsvoller Geist“ bemerkbar mache. Die führenden Kreise sind bereits genötigt, dieser Erscheinung in gewissem Grade Rechnung zu tragen. Selbst Sinowjew hat — wie nunmehr bekannt wird — in seinem Bericht auf dem 8. Rätekongress erklärt, daß die „Wahrscheinlichkeit der Arbeiter- und Bauerndemokratie wieder hergestellt werden müßte.“ „Wenn wir“, sagte er, „bisher unsere Organisationen eingeeengt, wenn wir auf die elementarsten Rechte der Arbeiter und Bauern verzichtet haben, so muß doch jetzt mit diesem System ein Ende gemacht werden.“ Tatsächlich hat der Beschluß des 8. Rätekongresses über die Sowjetorganisation diesen Demokratisierungstendenzen ein gewisses Entgegenkommen bewiesen. Der Arbeits- und Verteilungsrat, diese besondere diktatorische Behörde, wird zu einer wirtschaftlichen Kommission des Rates der Volkskommissare umgewandelt und nur noch der Rätekongress, das Zentralerziehungskomitee und der Rat der Volkskommissare haben das Recht gesetzgebender Macht. Die Zentralbehörden sind verpflichtet worden, die Durchführung ihrer Verordnungen den örtlichen Sowjets zu überlassen und alle besonderen örtlichen Sowjets nicht unterstellten lokalen Organe abzuschaffen. Die besonderen den Sowjets übergeordneten Bevollmächtigten der Zentralbehörden sollen allmählich abgeschafft werden und die Neuwahlen zu den örtlichen Sowjets sollen von nun an regelmäßig und zu den vorgeschriebenen Zeitpunkten stattfinden. Alle Fragen von wesentlicher Bedeutung sind den örtlichen Sowjets zur Begutachtung zu übergeben, wobei freilich ihre Beschlüsse der Bestätigung der entsprechenden Exekutivkomitees bedürfen. Mögen diese Zugeständnisse praktisch noch nicht viel am bestehenden System ändern, so sind sie doch symptomatisch von großer Bedeutung.

Ueber die Meinungsverschiedenheiten, die im Zentralkomitee der russischen kommunistischen Partei in der Gewerkschaftsfrage bestehen, erzählt der Korrespondent des Ost-Express noch folgende weitere Einzelheiten: Auf dem Rätekongress hat Trotski seinen Standpunkt, wonach die Gewerkschaften mit dem gesamten Staatsapparat verwachsen müßten, nicht nur gegen Lenin und Sinowjew verteidigt, sondern sich dabei auch mit den Vertretern der extremen Richtung, Njokolajew, Solowjew und Schapajnikow, auseinandergesetzt, die seine Ansicht angriffen. Schapajnikow forderte, daß die gesamte Regelung der Produktion der Sowjetbehörden entzogen und sofort den Gewerkschaften übergeben werde. Die auf die Lösung der Gewerkschaftsfrage bezüglichen Angriffe in der Presse und in den Versammlungen dauern an. Um die Gegensätze innerhalb des Zentralkomitees der kommunistischen Partei auszugleichen, sieht sich Lenin gezwungen, eine vermittelnde Haltung einzunehmen, und vertritt die Ansicht, daß alle diese Fragen nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten gelöst werden müßten. Trotski fährt fort, die Verwirklichung des von Lenin genehmigten einheitlichen Wirtschaftsplans zu leiten. — Die neue Taktik Lenins zeigte sich auch darin, daß er, nach einem von der Moskauer Prawda wiedergegebenen Bericht, auf einer kommunistischen Parteitagsversammlung in der Frage der Prämienverteilung an die Bauern, den Opponenten widersprach, die die Bestrafung äußerten, daß sich ein Prämienverteilungssystem zur Belohnung der reicheren Großbauern, als der stärkeren, führen könnte. Hierauf entgegnete Lenin: „Wir werden die tüchtigen Bauernwirtschaften prämiieren, und seien es auch die Großbauern; denn die von uns als Prämien verteilbaren Maschinen können nicht nur von diesen „reichen Großbauern“ zu ausbeuterischen Zwecken mißbraucht werden. In Anbetracht dessen, daß 20 Millionen kleiner Bauernwirtschaften in Sowjetrußland vorhanden sind, kann der Sozialismus nur nach Schaffung hochentwickelter technischer Bedingungen verwirklicht werden.“

Arbeitszeitgeld in Rußland?

Moskau, 22. Januar (T.U.) Die Sowjetzeitungen veröffentlichen eine offizielle Note, in der gesagt wird, daß die wirtschaftliche Lage der Sowjetrepublik zu der Notwendigkeit führt, einen neuen Wertmesser an Stelle des Geldes einzuführen. Es wurde eine Spezialkommission ernannt, die den Vorschlag beraten soll, eine Arbeitsstunde als Wertmaßstab einzuführen.

Die offizielle Sowjetpolitik bewegt sich weiter auf der Linie kindischen Herumexperimentierens, das nur den Zweck hat, der in- und ausländischen Öffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen und potentiellische Dörfer eines sozialistischen Gemeinwesens vorzuspiegeln. Der Gedanke, in einem Lande wie Rußland, in dem 80 Prozent der Bevölkerung noch privatwirtschaftlich leben und die übrigen 20 Prozent die Befriedigung ihrer Bedürfnisse ebenfalls ganz überwiegend auf dem privatwirtschaftlichen Wege des Scheichhandels vollziehen, in einem Lande, in dem die größten Differenzen in der Bezahlung der Arbeitsstunde bestehen, ein Arbeitszeitgeld einzuführen, ein solch utopischer Gedanke kann nur dem Gehirn von Menschen entspringen sein, die nach Sinowjews berühmtem Rezept Marx nicht gelesen haben.

Waffenlager der Reaktion in Baden.

Im Hause des Führers der „Mittelstandspartei“ Otto Ragenberger in Forzheim wurde, wie der Vorwärts berichtet, in voriger Woche von der Kriminalpolizei ein geheimes Waffenlager von 57 Handgranaten, 4000 Gewehren und eine große Kiste mit über 60 Karabinern beschlagnahmt. Ragenberger hatte bei verschiedenen Gelegenheiten, in Sitzungen und Konferenzen wiederholt gedroht, die etwaigen Anruhen in der Stadt dem „Pöbel“ den richtigen Empfang zu bereiten, was Verdacht erregte und zu Hausdurchsuchungen führte, die indessen ergebnislos blieben. Er hatte sein Waffenlager in einer geheimen Nische eines dunklen Hausganges untergebracht, und erst den Nachforschungen des sozialistischen Stadtrats Spengler gelang es, dahinterzukommen.

Es besteht in Forzheim der Verdacht, daß noch mehr solcher Waffenlager existieren, denn bei einer früheren Aushebung eines Waffenlagers in einem Schulgebäude wurden anscheinend nicht alle Waffen abgeliefert, und auch das jetzt entdeckte Waffenlager war wohl aus diesem früheren Lager gestiftet. Ragenberger war schon seit Ausbruch der Revolution der Sprecher der äußersten Reaktion im Forzheimer Rathaus und bei öffentlichen Veranstaltungen.

Ein „entschuldigbarer Irrtum“.

Prinz Friedrich Leopold hat sich bald nach der Resolution in Lugano in der Schweiz angesiedelt. Seine großen Besitzungen in Glienitz bei Potsdam sind zum Teil, da der Prinz auch die Dienerschaft mitgenommen hat, unbewohnt. Das Jagdschloß, das allein 65 Zimmer enthält, wird nur von der gebliebenen Prinzessin Margarete und ihrer Dienerschaft bewohnt; auch mehrere Beamtenwohnhäuser standen längere Zeit unbewohnt, trotzdem der Amtsvorsteher von Klein-Glienitz in den Amtskellern die Anmietung leerstehender Wohnräume öfter bekanntgemacht hatte. Der Prinz reagierte nicht darauf, so daß der Amtsvorstand jetzt Anträge wegen Nichtanmietung leerstehender Wohnungen erbatte. Der Prinz erhielt einen Strafbefehl über 600 Mark und es wurde auch zur Beschlagnahme der Wohnungen geschritten. Prinz Friedrich Leopold ließ dagegen durch seinen Rechtsbeistand vor dem Potsdamer Schöffengericht Einspruch erheben. Sein Vertreter machte geltend, daß der Prinz weder von den Verordnungen des Amtsvorstehers, noch von den Verordnungen des Reichsministers für das Wohnungswesen etwas gelesen habe. (1) Diesen sonderbaren Einwand ließ das Schöffengericht gelten und der Prinz wurde freigesprochen. Die Kosten des Verfahrens wurden der Staatskasse auferlegt. Der Freispruch erfolgte wegen „entschuldigbaren Irrtums“. — Nun fehlt nur noch, daß auch die Beschlagnahme der leerstehenden Wohnungen für unzulässig erklärt wird.

Deutschlands Eisenbahnmaterial.

Unter den deutschen Antworten auf die Anfragen von Brüssel ist insbesondere die Aufstellung über das rollende Material und das Eisenbahnbesitz von Interesse. Frage 28 besetzt sich mit den anormalen Reparaturkosten. Diese werden auf 12,9 Milliarden Mark angegeben. Davon treffen auf Fahrzeugausbesserungen drei Milliarden, Oberbau des Bahnkörpers 1,2, Erlang von Ausstattungsgegenständen 0,1 und Erlang der abgelieferten Fahrzeuge 8,8 Milliarden. Auf die Frage nach dem tatsächlichen Stande des rollenden Materials im Vergleich zu dem des letzten Jahres und dem des Jahres 1913 gibt die Antwort die folgende Tabelle:

11. April 1913, 1. Okt. 20.		
A. Fahrzeugbestand.		
Lokomotiven	29 386	30 000
Personen- und Gepäckwagen	85 000	80 000
Güterwagen	600 951	546 800
B. Anzahl der ausbesserungsbedürftigen Fahrzeuge.		
Lokomotiven	5 125	11 815
Personen- und Gepäckwagen	5 000	9 000
Güterwagen	22 500	75 000
C. Anzahl der betriebsfähigen Fahrzeuge.		
Lokomotiven	24 771	18 685
Personen- und Gepäckwagen	80 000	51 000
Güterwagen	688 451	471 800

Lohnsteuer statt Lohnabzug.

Der Steuerauspruch des Reichstages nahm einen Antrag Selbstlich, die Versteuerung beiträge bis 1000 Mark steuerfrei zu lassen, und nach kurzer Debatte einstimmig eine Entscheidung an, nach der die Reichsregierung dem Ausschuss Material darüber vorzulegen hat, in welcher Weise der Lohnabzug zu einer Lohnsteuer ausgebaut werden kann, die bei geringem Einkommen an die Stelle der Einkommensteuer tritt und etwa 10 Prozent nicht übersteigt; wie der geltende Einkommensteuertarif abzuändern wäre, um ihn dem Tarif der Lohnsteuer anzupassen und um die veränderten Geld- und Verhältnisse zu berücksichtigen.

Noch keine Festsetzung der Getreidepreise.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung erfährt von der Vorwärts-Meldung über die Erhöhung der Getreidepreise von „zuständigster Stelle“ (wobei festgehalten zu werden verdient, daß die „zuständigsten Stellen“ noch immer das Stinnes-Organ als Sprachrohr benutzen. Die Red.) daß das Reichsernährungsministerium noch keinen Beschluß darüber gefaßt habe, sondern diese Frage der im Februar stattfindenden Konferenz der Ernährungsminister vorlegen wird.

Die Meldung war also verfrüht, aber aufgehoben ist nicht aufgehoben. Wähen wird uns die Erhöhung der Getreidepreise sicher. Wozu hätten wir denn eine kapitalistische Regierung?

Aus Oberschlesien.

Die Schlesische Zeitung erfährt von besonderer Seite, General De Rond habe an die nichttranssylvanischen Mitglieder der internationalen Kommission einen Wunderlich gerichteten, in dem er sich gegen die Androhtungen verschiedener englischer Offiziere wendet. Er droht jedem englischen Offizier, der es noch einmal wagen würde, mit irgendeinem aus der Bevölkerung außerordentlich in Verbindung zu treten, mit sofortiger Abführung von seinem Soldat. — Die interalliierte Kommission in Oberschlesien hat eine Verordnung über den Besitz von Schusswaffen und Munition erlassen. Danach dürfen außer Förkern und bestimmten Beamten der öffentlichen Behörden nur die Ausschalter und Sekretäre der Finanz- und Handelsinstitute sowie der Industrieunternehmen und nur die Ärzte, Tierärzte und Bedammen Waffen tragen. — Aus Beuthen wird berichtet: Vor einiger Zeit waren zwei bei der Preußengrube in Altkamowitz beschäftigte Arbeiter wegen Veruntreuung entlassen worden. Die Verwaltung beehrte diese beiden Stellen mit einem ehemaligen deutschen Offizier. Hiergegen protestierte die Belegschaft. Trotzdem der englische Kontrollleur den Protest für unberechtigt erklärte, hat die Belegschaft heute morgen den Betrieb stillgelegt und sich erneut an die interalliierte Kommission in Döbeln gewandt.

Oesterreichs Verlangen nach dem Anschluß an Deutschland.

Der österreichische Gesandte in London erklärte in einer Unterredung mit dem Vertreter des Reichs-Bureaus, die Enttäuschung über die in Oesterreich eingetroffenen ungünstigen Nachrichten bezüglich der Pariser Verhandlungen über den Kreditplan für Oesterreich sei der Grund für die jetzt erfolgenden zahlreichen klammischen Rundgebungen zugunsten der Vereinigung mit Deutschland. Die österreichische Regierung strebe danach, diese Bewegung zu überwinden. Infolge der in Oesterreich herrschenden traurigen Lage fühle die Regierung ihre Macht mehr und mehr schwächen, und wenn die kommenden Pariser Konferenz ebenfalls zu keinen Beschlüssen über eine Unterstützung Oesterreichs gelange, könne niemand für die Folgen einstehen, die die Verzweigung Oesterreichs nach sich ziehen würde. — In einer von Reuters veröffentlichten Erklärung heißt es, Großbritannien hege das größte Interesse an Oesterreichs augenblicklicher Lage und werde in Paris sein Möglichstes tun, um die Angelegenheit dringend vor den Obersten Rat zu bringen. Auch die Nachbarn seien gewillt, Oesterreich zu helfen. Die österreichische Regierung und das österreichische Volk könnten sicher sein, daß das Möglichste mit der größten Bestreunigung unternommen werden würde. Der englische Gesandte in Wien, Lindley, erklärte, wie die Neue Freie Presse meldet, in einem Gespräch mit

einem Redakteur über die Anschließfrage: Es ist sehr bedauerlich, daß die Agitation zugunsten eines Anschlusses Österreichs an Deutschland gegenwärtig wieder so lebhaften Formen annimmt. Man bedenke dabei nicht, daß das Auswerten dieser Frage nicht nur die deutsche Regierung in Verlegenheit bringt, sondern auch geeignet ist, die alliierten Mächte zu verstimmen. Es wäre daher im eigensten Interesse Österreichs, diese Angelegenheit ruhen zu lassen.

Ein Ententevertreter zu den österreichischen Anschließbestrebungen.

Paris, 26. Januar. Der französische Delegierte bei der Reparationskommission in Oesterreich, Klobukowski, erklärte dem Wiener Vertreter des Temps, Oesterreich könne sich nur mit Hilfe der Entente wieder erheben. Dieser Bestand könne ihm aber nur gewährt werden, wenn es sich Rechenschaft abliege über den Ernst der Lage, sich selbst helfe und alle schlechten Einflüsse beseitige. Insbesondere sei es notwendig, daß Oesterreich wisse, — wenn nötig müsse es ihm durch eine Erklärung des Obersten Rates klar gemacht werden —, daß die Entente den Anschluß an Deutschland, was auch kommen, nicht dulden werde, denn das würde mit Sicherheit den Wiederbeginn des Krieges (!) bedeuten. Als Gegenleistung werde die Entente zwischen den verschiedenen Staaten Mitteleuropas ein normales Regime wirtschaftlicher Verbindungen aufrichten, das sich stütze auf die eigenen Interessen eines jeden dieser Staaten.

Internationaler Kongress der roten Gewerkschaften.

Berlin, 28. Januar. (Eigene Drahtmeldung der Z. V.) Die rote Fahne bringt eine Meldung vom 27. aus Riga: Zum 1. Mai ist in Moskau der internationale Weltkongress der roten Gewerkschaften angesetzt. Dieser Kongress wird vom Internationalen Rat der Gewerkschaften gemeinsam mit dem Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale zusammen einberufen.

Die spanische Parteileitung gegen Moskau.

Madrid, 26. Januar. Zwei von Moskau zurückgekehrte spanische sozialistische Delegierte berichteten in einer Versammlung des Parteikomitees über ihre Reise. In der darauf erfolgten Abstimmung erklärte sich die Versammlung mit großer Mehrheit gegen den Anschluß an die 3. Internationale. Die endgültige Entscheidung wird auf dem außerordentlichen Parteitag im April gefaßt werden.

Günstiger Verlauf der Rigaer Verhandlungen.

London, 28. Januar. Wie der Times aus Warschau gemeldet wird, besteht die polnische Friedensdelegation in Riga hoffnungsvoll über den Fortgang der Verhandlungen. Das Haupt der Abordnung, Herr Dombasi, kündigt die Unterzeichnung des Vertrages für die erste Hälfte des Februars an. Es sei über alle Fragen Übereinstimmung erzielt worden, nur nicht über die Frage des Anteils Polens am Goldschlag der russischen Staatsbank und die Entschädigung für beschlagnahmtes polnisches Eigentum. Aber auch in diesen zwei Punkten zeigen sich die Bolschewisten jetzt angeblich entgegenkommender als bisher. Diese beiden Fragen sind allerdings dieselben, die schon seit Dezember das Zustandekommen des Friedensvertrages verhindert haben. Nach einer andern Meldung ist durch die Erklärung Koffes, des Führers der russischen Delegation, eine neue Verzögerung der Verhandlungen eingetreten.

Das revolutionäre Komitee von Sibirien wegen Hochverrats verurteilt.

Paris, 26. Januar. Nach einer Davaomedung aus Konstantinopel veröffentlicht die Moskauer Zwestlja Depeschen aus Tomsk, nach denen das ganze Personal des revolutionären Komitees von Sibirien vor Gericht gestellt worden ist, um wegen Unterhaltung geheimer Beziehungen zu Japan abgeurteilt zu werden. Auf Grund des Urteilspruchs des Gerichts wurden der Präsident des revolutionären Komitees Krasnojarsk und fünf andere Mitglieder des Komitees erschossen, sechs andre Angeklagte zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt und drei freigesprochen.

Meuterei der Kronstädter Matrosen.

DA. Moskau, 27. Januar. Die Prawda meldet: Nachrichten aus Kronstadt belagen, daß unter den Matrosen der Ostseeflotte eine vollkommene Meuterei ausgebrochen ist. Vier bolschewistische Regimenter wurden von Moskau nach Kronstadt entandt. Der Hafen von Kronstadt ist in der Gewalt der Aufständischen. Der bolschewistische Oberkommandant der Flotte wurde gefangen genommen. Die Käteregierung hat in Petersburg den verschärften Kriegszustand verkündet, weil die Stadt von den meuternden Matrosen ernstlich bedroht ist.

Die Kronstädter Matrosen waren bisher immer der Vortrupp jeder Revolution. Sollten sie wieder die Rolle eines Vortrupps spielen wollen?

Amerikanischer Imperialismus.

Nach einer Washingtoner Meldung hat der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Repräsentantenhauses, Carter, einen Gesetzentwurf eingebracht, nach welchem dem Präsidenten der Vereinigten Staaten die Ermächtigung erteilt wird, der portugiesischen Regierung Gesandte und Missionen zur Verfügung zu stellen. Als Gegenleistung soll Portugal den Vereinigten Staaten gewisse Vorkaufsrechte einräumen, namentlich in Kriegszeiten die Errichtung einer amerikanischen Flottenbasis in Ponta-Delegada auf den Azoren.

Deutschland.

Auffreuerregender Ueberfall.

Gegenüber einer Hochzeitsfeier wurde in Ebersbach in Baden auf einen Deutschamerikaner ein verwegener Ueberfall ausgeführt. Fünf in einem Auto angekommene Männer suchten die Hofahrt des Hochzeitspaars, in dem sich auch der Deutschamerikaner befand, zu verhindern. Es gelang aber, das Auto in Bewegung zu setzen. Die Angreifer landeten dem Hochzeitspaar einige scharfe Schüsse nach, die einem Wageninsassen die rechte Hand durchschlugen. Dann begann die Verfolgung des Hochzeitswagens, die aber durch das Eingreifen von Straßenpatrouillen behindert wurde. Die Gendarmerie eilte gleichfalls zu Hilfe, und es wurde festgestellt, daß der Wagen von Spener aus unter Führung von zwei amerikanischen Beamten der Polizeibehörde in Begleitung von vier bezahlten Deutschen aus dem besetzten Gebiet schon normittags in Ebersbach eingetroffen war, um die beiden Deutschen gewaltsam festzunehmen und in das besetzte Gebiet zu transportieren. Die Amerikaner hatten für alle Fälle Waffen

und Handschellen bei sich. Außerdem wurde neben erloschenen Barmiteln auch eine Kasse mit einem Betäubungsmittel vorgefunden. Alle Teilnehmer an diesem Ueberfall wurden verhaftet. Es sind die beiden amerikanischen Detektive Neag und Deiner sowie der deutsche Chauffeur Hildebrand und die Begleitpersonen Steiger, Keim und Jarnbach aus Otterstadt. Die amerikanische Regierung soll für die Verhaftung der beiden gesuchten Deutschen, die sich dem Kriegsgebiets entzogen hatten, ein Kopfgeld von 6000 Dollars ausgesetzt haben. Jeder der sechs Häftlinge kostete 50 000 Mk. Verpflegung erhalten. Nach einer weiteren Meldung haben die beiden verhafteten Amerikaner an, daß sie im Auftrag der amerikanischen Generalkommandantur (?) in Koblenz gehandelt haben. Sie zählten sogar von deutschen Behörden unterstreifende Ausweise vor, in denen als Zweck ihrer Reise die Festnahme von Arrestanten angegeben wird. Das amerikanische Hauptquartier in Koblenz behauptet, von der Angelegenheit nichts zu wissen.

Untersuchungsausschuß gegen Bermes.

Der Geschäftsausschuß des Reichstags hat beschlossen, dem am 18. Dezember im Plenum eingebrachten Antrage auf Einsetzung eines Ausschusses zur Prüfung der gegen den Reichsernährungsminister Dr. Bermes erhobenen Vorwürfe stattzugeben und einen Untersuchungsausschuß einzusetzen, in dem jede der 8 Fraktionen einen Sitz hat.

Die Kommunisten fliehen die Braunschweiger Revolution.

In Braunschweiger Landtag erklärten die drei Kommunisten, sie würden den Etat der Regierung bewilligen. Dadurch ist die drohende Revolution gestoppt.

Der Wumbahandal zieht weitere Kreise.

Wir haben aus einem Berliner Blatt vor einigen Tagen die Nachricht übernommen, daß in den Skandal bei der Feldeugelmesserei Berlin (Wumba), auf Grund dessen ein bekannter Kriegsleiter und ein Angestellter dieser Behörde verhaftet wurde, auch der Waffenfabrikant Burgsmüller aus Krefeld verwickelt, sogar schon ein Haftbefehl gegen ihn erlassen sei. Dazu teilt uns Rechtsanwalt Dr. Wollereck mit, daß nach den Feststellungen des gleichnamigen Berliner Blattes (Morgenpost) in seiner Nr. 8 vom 11. d. M. und Nr. 9 vom 12. d. M. tatsächlich Herr Karl Burgsmüller mit der fraglichen Angelegenheit nichts zu tun hat, auch niemals ein Haftbefehl gegen ihn erlassen ist.

Verurteilung eines Landrates. Vom belgischen Kriegsgericht in Namur wurde bei der Verhandlung über die gegen die Verurteilung des Landrates Freiherren von Luning-Neuh eingeleitete Berufung der Strafe noch verschärft. Das Urteil lautete auf zwei Monate Gefängnis und 10 000 Mk. Geldstrafe. Der Landrat war beschuldigt, mehrfach militärische Befehle nicht sofort und widerspruchslos Solos geleistet zu haben.

Kongress der italienischen sozialistischen Partei.

5. Tag.
Nachmittagsitzung.

Turati, der als erster Redner die Nachmittagsitzung eröffnet, bezeichnet seine Ausführungen als sein Testament. Seine Rede wird selbst von der Linken, die meist immer wild zu toben beginnt, wenn ihre Redner den Bannfluch auf diesen ältlichen Repräsentanten des Sozialismus in Italien schleudern, angehört mit bisher ungewohnter Ruhe und bewirkt damit die Achtung, die sie vor dem Wort dieses Vorkämpfers auch heute noch, aller begründeten oder unbegründeten Veräberung zum Trotz, empfindet. Turati spricht mit bewundernder Ruhe, die gegen die heftige Leidenschaft vieler anderer Redner fast wie ein Symbol abstricht. „Ich befinde mich hier vor einer drei Revolutionstrüben“, beginnt Turati, „denn dieser Kongress ist so etwas wie ein Prolog über die Redner, so sehr sie mich angegriffen haben, haben mich auch immer, ohne es zu wollen, etwas verteidigt. Ob ich jetzt oder nicht jetzt lebe, hat im Grunde wenig zu bedeuten, denn wenn unsere Partei wirklich eine Massenorganisation ist, dann können sie die Kritiker einzelner wenig schaden. Keine Kritiker unterlaufen schließlich nur dem, der sich der Ruhe hingibt. Schlafen wir darum das Letzte persönliche Geizt aus und haben wir unser Auswärtigenkomitee auf jene Höhe, von der aus sie allein mit Gemut zu behandeln sind. Ich schreibe mich ganz der in Reggio di Emilia ausgearbeiteten Resolution an, wenn ich auch an einige der darin enthaltenen Auffassungen meine Bedenken knüpfte. Bezüglich der Linken die anderen Resolutionen und die von den Vertretern der andern Fraktionen gehaltenen Reden, so muß ich sagen, daß uns nur eine verschiedene Bewertung der Wege und Mittel zu dem uns allen gleichsam vorstehenden Ziele trennt. Ich lehne es ab, die Gewalt als ein Programm anzuerkennen. Diese Auffassung über die Gewalt entspricht ebenso wie die Auffassung über die Diktatur des Proletariats der falschen und gefährlichen Illusion, daß die soziale Revolution das freiwillige Werk eines Augenblicks ist, und ist überdies der Ausdruck einer Schwäche und mangelnden Vertrauens in unsere Idee. Wir arbeiten alle viel zu viel für unsere Feinde. Sie meinen, daß jede Arbeit heute nur die Stellung der Bourgeoisie festhält und daß aus wachsendem Elend der Zustand erfolge. In Wirklichkeit erwachsen daraus nur die Festigung und die Konturrevolution. Die Bourgeoisie stützt heute die legalen Aktionen mehr als die illegalen. Alle jungen Parteien haben den Fehler einer falschen Schätzung ihrer Zeit begangen. Selbst Marx und Engels sind in ihrer Jugend diesem Irrtum erlegen. Keine 21 Punkte wie überhaupt keine noch so autoritär erscheinende These kann uns von eigenem Nachdenken entbinden. Der Kampf der unsere Partei heute beherrscht, ist in mehr oder weniger ausgeprägter Form schon früher in unserer Partei gekämpft worden. Meine Partei ist im Kampfe gegen den Anarchismus entstanden und hatte nachher einer andern Bewegung, der syndikalistischen, zu widerstehen. Der Anarchismus wird fortwährend neu geboren und der heutige Anarchismus, den der Krieg bei uns und in der ganzen Welt erzeugt hat, ist nichts anderes als eine neue Spezialart des Anarchismus. Ich bin überzeugt, daß wir auch diese neue Welle überstehen werden. Zum Sozialismus führt nur der von uns gewiesene Weg und wenn sie die kommunistische Partei oder gar die Rätereipublik in Italien begründet haben, so werden sie von selbst auf dem Weg der heutigen „Sozialveräter“ zurückkommen. Mehrheiten oder Minderheiten sind wandelbar, Geschichtlich betrachtet sind sie nichts. Ich glaube an den Sieg des Sozialismus! Es lebe der Sozialismus!“

Turatis Rede wird mit gewaltigem Beifall aufgenommen. Die Rechte stimmt die Internationale an. Das Lied wird von der Mitte brausend aufgenommen, während die Linke in Stille verharrt.

Nach Turati sprechen noch Mazzoni für die Rechte und Germari als Vertreter der Parteileitung.

Bloorno, 21. Januar.

Die Spaltung. In Italien die Entscheidung gefallen. Die im Laufe des gestrigen Nachmittages in verschiedenen Lokalen vorgenommene Abstimmung hat folgendes Resultat gehabt: Für die Resolution von Serrati geführten Einheitskommunisten wurden 98 000 für die „neuen“ Kommunisten 58 700 und für die „sozialistische Sammelgruppe“ 14 800 Stimmen abgegeben. Die Gruppe Graziadei-Marabini hatte sich für die extremistische Resolution, die Gruppe Vazzari für den Antrag der Einheitskommunisten ausgesprochen.

Als in der heutigen nur sehr schwach besuchten Kongresssitzung der Vorsitzende Bacci von diesem Abstimmungsergebnis Kenntnis gegeben hatte, verlasen die extremen Kommunisten eine Erklärung, in welcher gesagt wurde, daß sich die Mehrheit der Partei mit dieser Abstimmung außerhalb der 3. Internationale gestellt habe. Außerdem wurden Zweifel an der Richtigkeit der Abstimmung

erhoben und die Beschlüsse der extremen Resolution aufgefodert, sofort diesen Kongress zu verlassen und in einem andern Lokal zusammenzutreten. Eingend gegen Barabista die „neuen“ Kommunisten ab, während der Kongress seine Arbeiten fortsetzte. Diese Wendung kam nicht überraschend. Wohl konnte vorhergesehen werden, daß die Möglichkeit einer Verständigung der beiden kommunistischen Fraktionen ausreichte, aber diese Möglichkeit wurde immer wieder von den Extremisten der Extreme, insbesondere von dem als Vertreter des Exekutivkomitees der 3. Internationale nach Bloorno entsandten Bulgaren Koblaktschew, verschüttet. Noch gestern hatte dieser eine Epistel zur Verlesung gebracht, in der er sich schon nicht mehr bemühte, Serrati als „Reformisten“ zu brandmarken, sondern den Einheitskommunisten vorwarf, noch weit schlimmer und dem Proletariat gefährlicher zu sein, als die Reformisten selbst. Diese Schmäherung ging dem Kongress aber denn doch zu weit und die erdrückende Mehrheit antwortete mit einem energischen Protest. Dieser war so spontan und so überwältigend, daß sich selbst der sonst all diesen äußerlichen Kundgebungen abholden Genosse Serrati auf den Präsidentensitz schwang und die Internationale intonierte, die den ganzen Kongress über nie so ergreifend den Saal durchdrang hat.

In diesem Augenblick schon war das Schicksal des Kongresses entschieden. Es konnte kein Zweifel mehr bestehen, daß die Extreme die Spaltung um jeden Preis wollten und daß diese Zerrümmerungspolitik von Mostau ihre beste Förderung erfuhr. Schon immer hatte man sie in Italien die „Kommunisten-Spaltung“ genannt. Ihr Auftreten dem Kongress hat diesen Namen denn auch vollkommen gerechtfertigt.

Mit Recht konnte darum auch heute Barabato nach dem Abzug der Extremisten feststellen, daß zu besonderem Nachdauern keine Veranlassung vorliegt.

Die verhältnismäßig große Stimmenzahl, welche die Extreme auf ihre Resolution vereinigten, machte etwas überraschend. Es scheint aber, daß sie gehofft hatten, noch wesentlich besser auszufallen. Andererseits ist noch sehr die Frage, ob auch alle, die ihre Stimme den Kommunisten gegeben haben, die Spaltung wirklich mitmachen werden, denn viele Sektionen, darunter Genoa, haben sich ausdrücklich gegen jede Spaltung ausgesprochen. Die Mächte brauchen werden diese Spaltung einfach nicht verstehen. Schließlich ist es auch nicht ohne Bedeutung, daß von den 156 Abgeordneten keine zwanzig zur neuen kommunistischen Partei übertraten.

Der Kongress konnte heute keine Arbeiten mehr abenden. Ueber allen Delegierten lag eine sichtbare Müdigkeit. Allgemein wurde daher der Wunsch ausgesprochen, in Vado einen neuen Kongress einzuberufen und vorerhand die Diskussion nur provisorisch zu ergänzen. Nur in einem Punkte schuf der Kongress eine Klärung: der Abfall des äußersten linken Flügelns darf keine Rechtsabweichung der Partei bedeuten. Das gab man der Rechten mit aller Deutlichkeit zu verstehen und verlangte von ihr darum in bestimmter Form die Anerkennung der Parteileitung.

Mit einem Hoch auf den Sozialismus und auf die russische Revolution schloß Bacci den bedeutsamen Kongress.

Die aus der italienischen sozialistischen Partei ausgeschiedenen Kommunisten trafen nur zu einer ganz kurzen Tagung im Theatro San Marco in Livorno zusammen. Die Tagung wurde für geheim erklärt. Pressevertreter wurden nicht zugelassen. Selbst der Vertreter des Avantis wurde abgewiesen. Es wurde beschlossen, schon in kürzester Zeit einen eigenen Kongress einzuberufen. Ueber die Zusammenkunft der Parteileitung ist bis zur Stunde nichts bekannt geworden.

Von Nah und Fern.

Ein Bergleute verschüttet. Duisburg, 27. Januar. Auf Zechen Westend in Duisburg-Meiderich erfolgte heute auf der 6. Sohle ein neuer Gebirgsbruch, nachdem dort schon am 7. d. M. durch Zusammenbruch einer Straße sechs Bergleute verschüttet worden waren. Die Zahl der verschütteten Bergleute steht noch nicht fest; wahrscheinlich sind es 11. Die Rettungsarbeiten sind sofort in Angriff genommen worden.

Ein Flieger tödlich verunglückt. Dübendorf (Kanton Zürich), 26. Januar. Der Flieger Oberleutnant Ruhr aus Zürich ist gestern mittag aus etwa 50 Meter Höhe auf einem Newport-Jagdaparat tödlich abgestürzt, als er zu akrobatischen Flügen aufsteigen wollte.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Friedrich Fleißner in Leipzig.
Verantwortlich für den Inseratenteil: Friedrich Müller, Vordorf-Leipzig.
Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktien-Gesellschaft, Leipzig

Zur Konfirmation

Weiß		Schwarz	
Wolle m. Seiden- Streifen 110 br.	32.50	Alpacca 120 br. besonders preiswert	48.50
Woll-Wolle 115 br. prima Qualität	36.-	Popeline tief- schwarz reine Wolle	67.50
Woll-Baist doppeltbreit reine Wolle	59.50	Woll-Wolle 110 br. feinste Qualität	95.-
Serge reine Wolle beste Qualität 110 br.	67.50	Cheviot 150 br. für Anzüge u. Kostüms	110.-
Woll-Wolle feinste Qualität	95.-	Crepe de Chine 105 br. best. preiswert	82.50

Pörsch & Kornills

Erstes Spezialhaus für Kleiderstoffe

Grimmische Str. 2 u.
Waldstr.-Passage

Diese Nummer umfaßt 14 Seiten.

Ämliche Bekanntmachungen.

Leudja. 1. 125 Gramm Tafel (3,50 Mk.) für nächste Woche. 2. Montag, den 31. Januar, werden die Protokollarten für die Zeit vom 1. 2. bis 28. 3. 1921 wegen Rückgabe der alten Kartenlöcher verteilt. Protokollarten sind vom Bezuge ausgeschlossen. Vorübergehend anwesende und verleihe Personen erhalten vom Zähler keine Karten und können solche, soweit ein Anspruch besteht, von Mittwoch, den 2. Februar, an auf Zimmer 8 des Rathauses abfordern. Krankenbraten werden von Mittwoch ab ausgetauscht. Am Montag und Dienstag bleibt das Kartenamt nur für dringende Angelegenheiten geöffnet.

Nach § 16 der Landesverordnung über Maßnahmen gegen Wohnungsangel dürfen Wohnräume nur mit vorheriger Zustimmung der Gemeindebehörde vermietet, überlassen oder in Gebrauch genommen werden. Jeder Wohnungsinhaber hat demnach zu einer Abvermietung von Wohnräumen die Genehmigung dazu beim Wohnungsamt einzuholen. Der Stadtrat.

Spartasse Engelsdorf-Sommerfeld-Möllau
Zinsfuß 3%. Täglich Verzinsung.
Expedit wird jeden Werktag vormittags in Engelsdorf, Sommerfeld und Möllau.

Sparkasse Paunsdorf.
Geschäftszeit:
Montags bis Freitags 8-2 Uhr,
Sonnabends 8-1 Uhr.
Tägliche Verzinsung mit 3 1/2 Prozent.
Vollstreckungsbevollmächtigter: Dr. 41390.
Kontrollmarken.

U.S.P.D. Gross-Leipzig
Gemeindevorsteher-Konferenz.

Bezirk: Markranstädt, Quositz, Kulkwitz, Gärnitz, Soobensch, Lauson, Goronz, Albersdorf, Döitzig. Montag, den 30. Januar, nachm. 3 Uhr, in der Turnhalle der freien Turnerschaft Markranstädt. Anwesend: Herr. Genosse Stadtverordneter Joh. Scheib (nicht über: Kommunale Steuerpolitik). Vollständiges Erscheinen erwartet. Der Bez.-Vorst.

Holzhausen-Zudelhausen. Sonnabend, den 29. Januar 1921, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im Bahnhofs-Restaurant. Tagesordnung: 1. Parteiprogramm und Vereinsangelegenheiten. 2. Jahresbericht. 3. Vereinskassenbericht. 4. Sonstiges. Zahlreiches Besuchen erwartet. D. V.

Liebertwolkwitz. Heute Freitag, den 28. Januar, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im Gasthof zum schwarzen Ross. Tagesordnung: 1. Gemeindevorstandsbericht. 2. Aussprache. 3. Vereinsangelegenheiten. Zahlreiches Besuchen erwartet. Der Vorstand.

Mölkern. Sonnabend, den 29. Januar, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im Carolabad. Tagesordnung: 1. Bericht über: Kommunale Steuerpolitik. 2. Besondere Angelegenheiten. 3. Vereinsangelegenheiten.

Dehsch-Gaucha. Sonnabend, den 28. Januar, abds. 8 Uhr, Versammlung im Tübinger Hof in Gaucha. Tagesordnung: Wichtige Gemeindevorstandsberichte aus beiden Gemeinden. Besprechendes. Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend notwendig. Der Vorstand.

Sommerfeld-Engelsdorf, Baalsdorf, Paunsdorf u. Althen. Sonntag, 30. Januar 1921, nachm. 2 Uhr, Gemeindevorsteher-Konferenz im Restaurant Lindengarten, Engelsdorf, Hauptstraße. Thema: 1. Kommunale Steuerpolitik. 2. Besondere Angelegenheiten. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Sonstiges. Zahlreiches Besuchen erwartet. Der Bezirksvorsteher.

Stahmeln. Sonnabend, den 29. Januar, abds. 8 Uhr, Mitgliederversammlung im Restaur. zur Post. Tagesordnung: Die politische Lage und die Parteiprogramme. Ref.: Gen. Gustav Ernst. Freie Aussprache. Zahlreiches Besuchen erwartet. D. V.

Billigste Besondere Brennholz Bezugsanstalt etwa 500 Str. Stockholz, gespalten, Str. 10 Mt. Hartbrennholz, ebenfalls gespalten, „ 16
Leipz. Karditschewerk Dllp & Kurth
Leipz. Po., Verlängerte Wilmannstraße 47 c.

Billige Seefische

nicht es diese Woche infolge der Stürme nicht! Empfehle daher allen Hausfrauen die beliebten Sorten

Bollheringe Pfd. 1.50
ff. zarte Fett-Bollheringe . . . Pfd. 2.50
ff. Neue Schotten-
Fett-Bollheringe Pfd. 5.00
(Das Feinste was es gibt)
ff. Kleiner Fett-Büdlinge Pfd. 6.00 u. 7.00
Kiste . . . Mt. 30.00
ff. edle Kleiner Sprotten Pfd. 6.00 u. 7.00
Kiste Mt. 20.00 bis 30.00
Meine Spezialität:
Der beliebte Fischspeck Pfd. 5.00
Gratis! 10 Pfd. Zeitungspapier Gratis!
3 Pfd. Salzheringe u. 1/2 Pfd. Heringsmild

Spezial-Herings- und Fischwaren-Großhandlung
Walter Baumann
Wurzner Str. 2a. = Teleph. 60721.

Hausfrauen!
la Schweinefleisch . . . Pfd. Mt. 12.50
Feinster Voll-Reis . . . 3.00
Feinster Bruch-Reis . . . 2.80
la Kernsoße . . . Kiesel Mt. 4.90 4.60
Naumann, Lange Straße 41
Ede Reudnitzer Straße. - Tel. 15007.

Verkäufe

Achtung!
Ba. frisches Ochsenfleisch
zum Kochen und Braten
pro Pfund Mt. 12.-
Gehacktes Pfund Mt. 12.-
R. Gerhardt, Fleischermeister,
Angr. Zweinunddrei. Str. 42

Billiges Fleisch
Rindfleisch, s. foch. u. br. 10-12.
Schaffleisch, s. l. u. br. 11-12.
lein Gefrierfleisch.
Gellerh. Schützenhausstr. 1.
Fleischermeister Kühn.

Rindfleisch, Pfd. 14 u. 15
Schaffleisch Pfd. 16.00
Gehacktes 10.00 u. 14.00
Schweinefleisch Pfd. 20.00
Smit. Wurstwaren s. b. Pri.
Stöckerh. Weidnerstr. 12.
Ede Schwarzerstraße.

Achtung!
Küger m. va. Qual. Fleisch of.
ein. Post. Gehacktes Pfd. 10.00
va. Speisefata Pfd. 14.50 low.
la. Wurst in sich. Preislagen
Fleischermeister H. Pippacher,
Angr. Bernhardtstraße 27.

la Schweinefleisch 12.25
la Margarine 10.50 11.50
la Speck, fett, geräuch. 17.50
la Schwarzefleisch, ger. 17.50
la Rindfleisch, gelb. 15.00
Erbsen, gelbe 2.30
Hafersoden 3.50
Abendroth, Po., Kabet 52

Garantiert rein. (Houllard)
Schmalz 13.00
Wiederverkäufer billiger
la Margarine 12.00
Hecht, Kreuzstr. 17, Elterhlla.

Fett Pfund 13 Mt.
Margarine 10.80
Rühbutter 12.80
Fr. Reis 3.60, Bohnen 1.50
Sirup, dick und lüh 2.90
Fischlingers Lebensmittel-Ede.
Schönefeld, Stettiner Str. 54.

Feinste 50% andere geflüchte
Marmelade
bei 5 Pfund 3.50

Johannisbeer, Himbeer,
Pflaumenmus billiger
Müller Tinkchenweg 6
Markt. Gal. 160.

la Erbsen u. Thüringer
Speise-Leinöl
Pfund 13.50 und 15.-
Doppel. Wurmer Str. 177.
Begen Aufgabe der Abteil.:

Zigarren
siehe dieselben
zum Selbstkostenpreis ab
Dütern unter B. S. 1000
Billale, Lind., Obermannstr.

la. Rauch-Tabake
nur erstklassiger Firmen:
von Elden, Didentoff, Böllinger
u. v. Zigaretten nur
führender Marken:
Rosmos, Sulina, Salvano
u. v. Wiedervert. 1. Stonto
Kedderjen Kautabat
Itets frisch.
L. Holmann, Po., Hildegardstr. 44

Durch sehr glückl. Einkauf an
Schuhwaren
bin ich in der Lage, selbige
zu folgenden Preisen
zu verkaufen:

Besonders billige
Herren- u. Kinderstiefel
Herrenstiefel Rindl. Derby
mit Fernloble. 105.-
Herrenstiefel Rindl. Derby
" Hobbot 145.-
" edl. Gheor. 155.-
Herren- und Damenstiefel
in Jableder. 185.-
garantiert gute Ware
Damenstiefel in allen Sorten
und Größen von 125-165.-
nur gute Qualität
Kinderstiefel, Größe 18 - 22,
von 24.00 . . . an
" Größe 24 - 26,
von 30.00 . . . an
" Größe 27 - 30,
von 38.00 . . . an
" Größe 31 - 35,
von 45.00 . . . an

Kinderstiefel in Jableder
80-85 . . . an
Anabenstiefel von 115.00 . . . an
Heinrich Riche
Lindenau, Reuterstr. 31, 11. 39.
Schuhe billig und Stiefel
dauerhaft
Reudn. Frommannstr. 12. 1.
Militär-Stiefel, Gr. 37-47.
1 Post. Holzschuhe, Fischschalen-
schuhe, Heer-, Dam., u. Kinder-
stiefel, schwarz u. farbig, gebe
im einzel, billig ab. Alles
in Qualität. Leuchtsch.
Franz-Klemming-Str. 27, 1. l.
Ginia-Kulster i. Schultornist.
la Ware, bietet ebeni. billia an.

Billig u. gut!
100
eleg. Jackett-Anzüge
Wilder, gestreifte Hosen,
Wand-, Joppen u. -Hosen
Walter Fritzsche
L. R. Frommannstr. 12. 1. l.
P. Lindenau, Henriclstr. 4
Brandis, Kaufm. Engcl



Unser Haus
bleibt wegen Inventuraufnahme
Montag
bis 3 Uhr nachm. geschlossen.

Die Amerik. Lebensmittel-Abteilung
(Food Drafts American Relief Administ. Warehouses)
ist Sonnabend ausnahmsweise 9-5 Uhr
und
Montag von 3 bis 5 Uhr
geöffnet.

ALTHOFF

Propatria-Anzüge

Freiwillige Notstandsversorgung
für die minderbemittelte Bevölkerung

Propatria-Anzüge ohne Nutzen für die Herstellung
Propatria-Anzüge ohne Zwischenhandel
Propatria-Anzüge ohne Nutzen für Einzel-Verkauf

Propatria-Anzüge werden nicht an Wiederverkäufer u. Hausierer abgegeben. Aus diesem Grunde werden Propatria-Anzüge nur an persönlich erscheinende Käufer gegen Vorlegung der Haushaltskarte oder des Wohnungsmeldescheines abgegeben.

Die Stoffe zu den Propatria-Anzügen Qualität A und C sind vom Reichskleiderlager Leipzig geliefert und zeichnen sich durch große Haltbarkeit aus. Bei Stoffen Qualität B und D, die freihändig ab Fabrik bezogen wurden, ist neben Haltbarkeit auch geschmackvolle Ausm. istoring berücksichtigt. Die Propatria-Anzüge sind mit guten Friedenszutaten versehen und ganz gefüttert. Die Propatria-Anzüge sind in reiner Gesellenarbeit in meinem eigenen Berliner Großbetrieb hergestellt und nicht mit unlächmännisch hergestellten Reichsanzügen zu vergleichen. Schnitt, Sitz und Paßform sind als mustergültig bekannt.

	A	B	C	D
Propatria-Herren-Anzug moderno glatte Form	289	302	310	351
Propatria-Herren-Anzug Sportform, Umschlag-Hose	298	312	320	365
Propatria-Burschen Anzug Oberweite 78-86, Sportform, Umschlag-Hose	272	284	290	328
Propatria-Konfirmanden-Anzug Oberweite 70-76, Sportfor . Umschlag-Hose	250	262	268	298
Propatria-Jünglings-Anzug Hochgeschlossene Sportform, Knie-Hose	192	204	210	239

Friedrich Treumann
Roßplatz 1 LEIPZIG Roßplatz 1

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 28. Januar.

Parteiangelegenheiten.

Funktionäre L.-Kleinjocher. Morgen Sonnabend, den 29. Januar, abends Punkt 8 Uhr, Sitzung im Jugendheim. Der Vorstand.

Südostbezirk. Sonntag, den 30. Januar, vormittags 9 Uhr, Funktionärsitzung bei Hegne, Stüttert. Der Bezirksvertreter.

Ortsverein Plagwitz-Lindenau-Schleußig. Morgen Sonnabend, abends 1/2 8 Uhr, Diskussionsabend in Stadt Altenburg, Lindenau, Markt. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Ostbezirk. Morgen Sonnabend, den 29. d. M., abends 8 Uhr, im Bibliothekszimmer, Volkmarstraße, Markt, Sitzung der Vertrauensleute sowie der Vorsitzenden der Ortsvereine. Der Bezirksvertreter.

Ortsverein L.-Ost. Heute Freitag, abends 1/2 8 Uhr, Zusammenkunft aller Vertrauensleute in der Grünen Aue, Bernhardtstraße 26. Vorstandsmittglieder müssen mit anwesend sein.

Markranstädt. Sonnabend, den 29. Januar, abends 8 Uhr, wichtige Parteifunktion in der Turnhalle.

Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre, die an den Anfang Februar beginnenden Kurien teilnehmen wollen, müssen sich sofort im Gewerkschaftsamt, Abteilung Betriebsräte, Hotel Victoria, Gerberstraße 1, IV., melden. Das Gewerkschaftsamt.

Teilnehmer am Petermann-Kursus. Sonntag, den 29. Februar, Besichtigung des Gaswerkes II. Führer, die an der Besichtigung teilnehmen wollen, müssen sich beim Kartell melden. Gewerkschaftsamt.

Ist der Eigenbetrieb im Straßenbau unwirtschaftlich?

In der letzten Versammlung der Leipziger Steinseher kam die Regiearbeit und das vom Rat an die Stadtverordneten gerichtete Schreiben zur Sprache. Die Organisation muß zu diesem Schreiben Stellung nehmen, da es ein unklares Bild über die Wirtschaftlichkeit des Eigenbetriebes im Straßenbau gibt und dieser als unwirtschaftlich erscheint. Es wird in dem Schreiben behauptet, daß verschiedene Pflasterarten im Eigenbetrieb teurer geworden seien als im Unternehmerbetrieb, und zwar wird als Grund angeführt, daß die Unternehmer die Bezirksarbeiten verhältnismäßig niedrig veranschlagen, weil sie zu diesen Arbeiten nur ihre besten Steinseher beschäftigen, während das Tiefbauamt die vom Arbeitsnachweis vermittelten Steinseher einstellen mußte. Dies ist eine direkte Verkennung der Tatsachen und geeignet, die im vergangenen Jahr beim Tiefbauamt beschäftigt gewesen Steinseher insgesamt als minder leistungsfähig zu bezeichnen. Die Schuld an der Unwirtschaftlichkeit des Eigenbetriebes liegt ganz wo anders. Evident ist es nicht wahr, daß die Unternehmer zu den Bezirksarbeiten nur ihre tüchtigsten Steinseher heranziehen, denn fast alle Leipziger Steinseher mit ganz geringen Ausnahmen sind von der verschiedenen Unternehmen mit der Bezirksarbeit beschäftigt worden. Auch muß ganz entschieden dagegen protestiert werden, daß die im Regiebetrieb beschäftigten Steinseher nicht genau so zuerläßt sind, wie die im Unternehmerbetrieb tätigen Steinseher. Wenn Ausnahmen bestehen, so bestehen sie im Unternehmerbetrieb genau so gut wie im Eigenbetrieb. Im Gegenteil! Wiederholt ist Klage geführt worden, daß die Kollegen im Regiebetrieb in der Arbeitsleistung geradezu weitaus seien. Das Tiefbauamt gibt auch zu, daß bei der Einführung der Regiearbeit unvorzählige Anordnungen und kleine Mängel bestanden haben, und es hofft sie allmählich zu beseitigen. Es waren nicht nur kleine Mängel, sondern direkte Mißstände, die bestanden und von den Steinsehern direkt als Sabotage der Regiearbeit angesehen wurden und noch als solche angesehen werden. So mußte zu Anfang der Regiearbeit jede Kolonne ihren Werkzeugwagen abends vor Arbeitsbeginn nach dem Platzplatz fahren und morgens wieder von dort nach der Arbeitsstelle bringen. Oft schloß das Baumaterial aus und mußte mit dem Wagen herbeigeführt werden. Wieviel Zeit dabei täglich verloren geht und wie das die Arbeit verteuert, braucht nicht betont zu werden. Auch jetzt muß jeder neulingsteinte Steinseher nach dem Tiefbauamt gehen. Daß dabei Zeit verloren geht, ist wohl klar. Bei der Lohnzahlung müssen die Arbeiter ihren Lohn selbst abholen und dementsprechend zeitiger aufbrechen. Dies sind alles Dinge, die die Arbeit unerschöpflich verteuern. Dann wird in dem Schreiben angegeben, daß in den Leistungen die Ausbesserung kleinerer Mosaikschäden mit einbezogen sei, während in der Zusammenstellung der Unternehmerleistungen letztere Arbeiten nicht erscheinen, da sie im Tageslohn ausgeführt werden. Dies ist ein ganz wesentlicher Umstand. Es kommt vor, daß manchen Tag mehrere derartige Schäden auszubessern sind. Beim Unternehmer wird die Sache im Tageslohn verrechnet, dahingegen beim Eigenbetrieb werden diese Flächen vermessen; es kommt vor, daß jemand 3-4 solcher Schäden in mehreren Straßen auszuführen hat. Das fehlende Material ist zu holen, so daß zur Ausführung von mitunter kaum 1 Meter Mosaikpflaster 4-5 Stunden gebraucht werden. Daß dieses System den Eigenbetrieb bedeutend teurer erscheinen läßt als den Unternehmerbetrieb, liegt auf der Hand. Nun hat der Rat beschlossen, zur weiteren Feststellung der Wirtschaftlichkeit die Pflasterunterhaltungsarbeiten in der einen Stadthälfte auf ein weiteres Jahr im Eigenbetrieb fortzuführen. Bei der Abrechnung der Unternehmer und zahlreicher Beamten (!) gegen die Regiearbeit, aus leicht erklärlichen Gründen, ist es Pflicht der Steinseher, auf dem Posten zu sein. Es muß alles getan werden, um eine Ausdehnung der Regiearbeit zu fördern.

Kaufmannsgerichtswahl!

In früheren Aufsätzen haben wir nachgewiesen, daß es Sozialdemokraten gewesen sind, die seit den 70er Jahren mit aller Kraft dahin arbeiteten, die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte zum Segen für Arbeiter und Angestellte so großartig wie irgendmöglich auszubauen. Leider sind sie in ihrer Arbeit stets von den bürgerlichen Parteien gehemmt worden. In den Parlamenten konnten die bürgerlichen Parteien sich stets auf die Argumente der harmonisierenden Angestelltenverbände stützen. Im Jahre 1894, als es sich um die Errichtung der kaufmännischen Schiedsgerichte handelte, erklärte der Verband deutscher Handlungsgehilfen, der jetzt führend dem Gewerkschaftsbund der Angestellten angehört. Wir unferseits sind überhaupt nicht für solche Institutionen, da wir mit dem vom Verband gewährten Rechtsschutz sehr gut auskommen sind. Man vergewaltigt sich nur das Auftreten dieser Verbände um mit aller Gewalt die Wähler für sich einzufangen. Der Verband deutscher Handlungsgehilfen ist nie großartig gewesen. Seine Verbindungen zu den Unternehmern standen ihm immer höher, als die Wahrnehmung der Angestellteninteressen. Bei solchen Vorgängen ist immer beachtenswert, daß gerade die vor dem erwähnten Organisation mit den Unternehmern einer Meinung ist. Am 26. April 1895 schrieb der Verband deutscher Handlungsgehilfen ebenfalls: „Daß man der Frage, kaufmännischer Schiedsgerichte näher treten kann, die mit Kaufleuten als Richter besetzt sind. Das sollte zugegeben werden, wenn uns auch das Bedürfnis dafür nicht so dringend erscheint.“ Obwohl tausende von Angestellten aller Rechte verlustig gingen, weil sie wirtschaftlich nicht so stark waren, monatelang vor den Amts- und Landgerichten Prozesse zu führen, kümmerte sich der Verband deutscher Handlungsgehilfen sehr wenig darum. Für ihn und seine Unternehmernmitglieder lag ein Bedürfnis nicht vor.

Im Jahre 1900 brachte der nationalliberale Abgeordnete Wassermann erneut im Reichstage einen Antrag ein, worin er verlangte, daß die kaufmännischen Schiedsgerichte den überaus langsam und teuer arbeitenden Amtsgerichten angegliedert werden sollten. Der „fortschrittliche“ Verband deutscher Handlungsgehilfen (jetzt Gewerkschaftsbund der Angestellten) richtete an den Reichstag eine Eingabe, worin er den Wunsch ausdrückte, den Handlungsgehilfen solle kein Wahlrecht gewährt werden; die Richter sollen von den Behörden herangezogen werden und unter Vorsitz eines Amtsrichters tagen. Er begründete seine Handlungsweise wie folgt: Im Falle der Wahl befürchten wir, daß die Agitation, um den Sieg zu erringen, vor leeren Versprechungen und Wortschmelzungen nicht zurückstehen würde und daß durch wüste parteipolitische Kämpfe das gute Einvernehmen zwischen der Prinzipalität und dem Handlungsgehilfenstand zerstört oder vermindert werden könnte. Diesen Standpunkt vertritt dieser Verband auch heute noch. Das gleiche gilt für seinen Zwillingsbruder, dem Deutschen nationalen Handlungsgehilfenverband. Wir freuen uns auf jeden Wahlkampf, weil er jedesmal dazu beiträgt, den Angestellten die genügende Aufklärung über ihre wirtschaftliche Abhängigkeit vor Augen zu führen. Harmonisierungsverbänden, wie die vordem genannten, können solche Auseinandersetzungen nur unangenehm sein und daher ist es verständlich, daß sie stets schreien: Ruhe, Ruhe das gute Einvernehmen zwischen der Angestelltenchaft und den Prinzipalen darf auf keinen Fall gestört werden. So, wie sich dieser Verband früher in der Sozialpolitik verhalten hat, so ist

es heute noch kein Aufkommen. Wer neben einer notgedrungenen Angestelltenpolitik noch eine Unternehmerpolitik betreiben muß, kann nicht anders handeln. Intensiv beschäftigt man sich jetzt damit, Arbeitsgerichte zu schaffen, die alle Streitigkeiten erledigen sollen. Arbeitsgerichte also, für alle Arbeiter, ob höherer Angestellter oder leitender. Bleibt sich gleich. Eine Einkommensgrenze soll auch nicht gezogen werden. Sie sollen auch unabhängig vom Wert des Streitgegenstandes sein. Professor Dr. Singheimer vertritt hierbei den richtigen Standpunkt, daß diese Arbeitsgerichte nicht den Amtsgerichten angegliedert werden dürfen, weil der Apparat viel zu bürokratisch und schleppend sein würde. Auch über die Zulassung der Rechtsanwälte sind die Meinungen geteilt. Aus Erfahrung wird jeder Angestellte zugeben müssen, daß es geradezu ein Segen ist, daß Rechtsanwältin vor Gewerbe- und Kaufmannsgerichten nicht zugelassen werden. Oft genug haben wir die Lüftstechereien kennengelernt, die in unsern Berufsstreitigkeiten mit den Unternehmern gerade dazu geführt haben, die einfachsten Dinge auf die denkbar unangünstigste Weise in die Länge zu ziehen. Der bemittelte Teil, also die Unternehmer, werden immer in der Lage sein, sich vor den neuen Arbeitsgerichten einen Rechtsanwalt zu leisten. Von Vertretern der Angestelltenorganisation sollte man erwarten, daß sie doch wenigstens in solchen einfachen Fragen richtige Wege einschlagen. So „einfach“ liegen die Dinge denn doch nicht. Im Jahre 1920 auf dem Gewerbe- und Kaufmannsgerichtstag in Bamberg ereignete es sich, daß der Vertreter des Verbandes deutscher Handlungsgehilfen (jetzt also Gewerkschaftsbund der Angestellten) Herr Stadtrat Mantel sich über die wichtige Frage wie folgt äußerte: „Ich möchte noch darauf zurückkommen, daß der Ausschluß der Rechtsanwälte meines Erachtens manchen Nachteil bringen wird.“ Man hat nichts ver-

lassen und auch nichts hinzugelernen. Rückständig vor dem Kriege, ganz rückständig während des Krieges und jetzt nicht anders. Es lassen sich noch viel Vorgänge aus der neuen Zeit erwägen; darüber in späteren Aufsätzen. Vielleicht kann Herr Stadtrat Mantel verraten, worin die Nachteile bestehen, daß Rechtsanwältin nicht nur den kommenden Arbeitsgerichten erschienen dürfen. Damit die Arbeit der Nachfrage nicht zu unzulänglich wird, würde die Befragung der eigenen Verbandsmitglieder voll auf genügen. Auch hieraus sollten die Angestellten lernen, daß sie sich auf keinen Fall von den Pflichten dieser Herren einlassen lassen. Zentralverband der Angestellten, Leipzig, Braustraße 17.

Die Wegweiserin der Arbeiterchaft

in den schweren Tagestämpfen, in dem heftigen Ringen um den Sozialismus ist die Leipziger Volkszeitung.

Sie verfolgt weder reformistische noch putschistische Bestrebungen, sondern steht unerschütterlich fest auf dem Boden des Marxismus, nach dem der Sozialismus nicht mit dem Bürgertum gemeinsam oder durch den Terror einer Minderheit, sondern nur auf dem Wege des Klassenkampfes von der Arbeiterklasse durchgeführt werden kann. Deshalb braucht die Arbeiterchaft eine Presse, die ihr hierzu das nötige Rüstzeug liefert.

Die Leipziger Volkszeitung die nach dieser Richtung stets allen sozialistischen Zeitungen vorangegangen ist, hat in letzter Zeit ihren Inhalt bedeutend erweitert. Das Feuilleton widmet sich mehr den Arbeiterbildungsbestrebungen

Dazu ist gekommen eine volkswirtschaftliche Beilage, die allwöchentlich erscheint und die Leser über die Fragen der Volks- und Weltwirtschaft unterrichtet. Es sollen ferner die Sozialisierungsfragen ausführlich erörtert werden. So wird die Leipziger Volkszeitung wie bisher im Mittelpunkt der Kämpfe um den Sozialismus stehen und der Arbeiterklasse führend vorgehen.

Alle Arbeiter und Arbeiterfrauen, alle Angestellten und Beamten, die herauskommen wollen aus der kapitalistischen Ausbeuterwirtschaft müssen daher die Leipziger Volkszeitung lesen.

Werbe jeder neue Leser für die Leipziger Volkszeitung.

auch heute noch sein Auftreten. Wer neben einer notgedrungenen Angestelltenpolitik noch eine Unternehmerpolitik betreiben muß, kann nicht anders handeln. Intensiv beschäftigt man sich jetzt damit, Arbeitsgerichte zu schaffen, die alle Streitigkeiten erledigen sollen. Arbeitsgerichte also, für alle Arbeiter, ob höherer Angestellter oder leitender. Bleibt sich gleich. Eine Einkommensgrenze soll auch nicht gezogen werden. Sie sollen auch unabhängig vom Wert des Streitgegenstandes sein. Professor Dr. Singheimer vertritt hierbei den richtigen Standpunkt, daß diese Arbeitsgerichte nicht den Amtsgerichten angegliedert werden dürfen, weil der Apparat viel zu bürokratisch und schleppend sein würde. Auch über die Zulassung der Rechtsanwälte sind die Meinungen geteilt. Aus Erfahrung wird jeder Angestellte zugeben müssen, daß es geradezu ein Segen ist, daß Rechtsanwältin vor Gewerbe- und Kaufmannsgerichten nicht zugelassen werden. Oft genug haben wir die Lüftstechereien kennengelernt, die in unsern Berufsstreitigkeiten mit den Unternehmern gerade dazu geführt haben, die einfachsten Dinge auf die denkbar unangünstigste Weise in die Länge zu ziehen. Der bemittelte Teil, also die Unternehmer, werden immer in der Lage sein, sich vor den neuen Arbeitsgerichten einen Rechtsanwalt zu leisten. Von Vertretern der Angestelltenorganisation sollte man erwarten, daß sie doch wenigstens in solchen einfachen Fragen richtige Wege einschlagen. So „einfach“ liegen die Dinge denn doch nicht. Im Jahre 1920 auf dem Gewerbe- und Kaufmannsgerichtstag in Bamberg ereignete es sich, daß der Vertreter des Verbandes deutscher Handlungsgehilfen (jetzt also Gewerkschaftsbund der Angestellten) Herr Stadtrat Mantel sich über die wichtige Frage wie folgt äußerte: „Ich möchte noch darauf zurückkommen, daß der Ausschluß der Rechtsanwälte meines Erachtens manchen Nachteil bringen wird.“ Man hat nichts ver-

lassen und auch nichts hinzugelernen. Rückständig vor dem Kriege, ganz rückständig während des Krieges und jetzt nicht anders. Es lassen sich noch viel Vorgänge aus der neuen Zeit erwägen; darüber in späteren Aufsätzen. Vielleicht kann Herr Stadtrat Mantel verraten, worin die Nachteile bestehen, daß Rechtsanwältin nicht nur den kommenden Arbeitsgerichten erschienen dürfen. Damit die Arbeit der Nachfrage nicht zu unzulänglich wird, würde die Befragung der eigenen Verbandsmitglieder voll auf genügen. Auch hieraus sollten die Angestellten lernen, daß sie sich auf keinen Fall von den Pflichten dieser Herren einlassen lassen. Zentralverband der Angestellten, Leipzig, Braustraße 17.

Achtung, Betriebsobleute! In den nächsten Wochen soll in mehreren Lichtspielhäusern Leipzigs der wissenschaftliche Aufklärungsfilm: Die Geschlechterarbeit und ihre Folgen, verbunden mit wissenschaftlichen Erklärungen, gegeben werden. Die vorzügliche Art des Films und die bestehende Unkenntnis auf diesem Gebiet gibt Veranlassung, die Arbeiterchaft überall auf diese Vorführungen aufmerksam zu machen. Daneben wird der Zweck verfolgt, endlich die Bestrebungen, das Kino in den Dienst der Aufklärung zu stellen, wirksam zu unterstützen. Die Betriebsobleute werden zur Unterstützung aufgefordert. Für sie findet am Sonntag, dem 30. Januar, vormittags 11 Uhr, im Lichtspielhaus Weiße Wand (neben Krystallpalast) eine Probeaufführung statt. Karten können kostenlos im Gewerkschaftsamt und Arbeiterbildungsinstitut, Braustraße 17, entnommen werden. Gleichzeitig soll der Vertrieb der besonders ermäßigten Eintrittskarten besprochen und organisiert werden. Betriebe und Organisationen, die einen Wert auf die Verbreitung dieses Films legen, werden gebeten, einen Vertreter zu entsenden. Allgemeines Arbeiterbildungsinstitut.

Die Wirkung der Speisung von Schulkindern. Die Berichte der von der Mich-Hobhouse-Speisung besuchten Schulen über die gesundheitlichen Ergebnisse der Speisungen liegen, wie man uns schreibt, recht günstig. Die Berichte erstrecken sich auf die Dauer eines Vierteljahres von April bis Juni 1920. Es liegen die Ergebnisse von 25 Schulen vor. Von 3919 in diesen 25 Schulen gespeisten Knaben hatten 2004 = 68 Proz. zugenommen, 832 = 21,2 Proz. abgenommen, 423 = 10,8 Proz. waren gleichgeblieben, 2642 = 67,4 Proz. waren gewachsen. Von 2403 in diesen 25 Schulen gespeisten Mädchen hatten 1762 = 73,3 Proz. zugenommen, 441 = 18,4 Proz. abgenommen, 200 = 8,3 Proz. waren gleichgeblieben, 2020 = 84,1 Proz. waren gewachsen. Die Zunahme bewegte sich bei den Knaben zwischen 0,47 und 2,17 Kilogramm pro Kind, bei den Mädchen zwischen 0,60 und 2,23 Kilogramm pro Kind. Die Abnahme bewegte sich bei den Knaben zwischen 0,38 und 1,66 Kilogramm pro Kind, bei den Mädchen zwischen 0,27 und 1 Kilogramm pro Kind. Von 3337 untersuchten Kindern erhielten am Ende der Speisungsperiode 976 = 29,3 Proz. eine bessere Jenkur hinsichtlich ihres Gesundheitszustandes als bei der Erstuntersuchung, 411 = 12,3 Proz. eine schlechtere Jenkur hinsichtlich ihres Gesundheitszustandes als bei der Erstuntersuchung, 584 = 16,9 Proz. erhielten eine so gute Jenkur, daß sie aus der Speisung auszufallen hatten. Der Erfolg war hiernach recht günstig. Trotz der Sommerzeit, wo gewöhnlich keine wesentliche Gewichtszunahme beobachtet wird, hatten doch 68 Proz. der Knaben und 73,3 Proz. der Mädchen an Gewicht zugenommen. Die Zunahme betrug pro Kind über ein Kilogramm. Allerdings hatten auch 21,2 Proz. der Knaben und 18,4 Proz. der Mädchen an Gewicht abgenommen. Wenn auch nach den alljährlich vorgenommenen Messungen und Wägungen sämtlicher Volksschulkinder schon seit 1918 eine allgemeine Besserung hinsichtlich des Wachstums und des Körpergewichts der Kinder festzustellen ist, eine Besserung, die schon vor Beginn der Speisungen eingeleitet hat, so wird man doch einen günstigen Einfluß der Speisungen seit dem letzten Jahre gewiß annehmen dürfen.

Der Ueberwachungsausschuss für die Fleischpreise teilt mit: In letzter Zeit geht der Handel angeichts der hohen Schmalzpreise vielfach dazu über, neben reinem Schweinefleisch auch wieder sogen. Compound stark einzuführen. Es ist dies ein Kunstspeisefett, welches mit Schweinefleisch wohl das Aussehen gemein hat, im übrigen aber ausschließlich aus einer Mischung von Oelen und Mineraltalg besteht und sich um circa 25 Prozent, zeitweise sogar noch mehr, billiger stellt als Schmalz.

Gegen die ordnungsmäßige Einfuhr dieses billigen Fettes ist an und für sich nichts einzuwenden, vorausgesetzt, daß der Vertrieb unter strengster Beachtung der hierfür bestehenden gesetzlichen Vorschriften erfolgt. Es hat sich aber herausgestellt, daß dem Publikum diese Ware nicht unter der allein zulässigen Bezeichnung „Kunstspeisefett“, sondern als „Schmalz“, oder gar „Amerikanisches Schweinefleisch“, Markt Compound, und ähnlichen unklaren Bezeichnungen angeboten wird, und zwar dazu noch in einer Verpackung, die sich von den üblichen Schmalzpackungen durch nichts unterscheidet. Hierdurch wird eine Verführung des Konsumenten bewirkt, welcher die angebotene Ware für ein besonders billiges und preiswertes Schmalzprozent hält.

Es muß daher nachdrücklich darauf hingewiesen werden, daß nach dem Gesetz, betreffend den Verkehr mit Butter, Käse, Schmalz und deren Ersatzmittel vom 15. Juni 1897 (Reichsgesetzblatt 1897, Seite 475) die Gefäße und äußeren Umhüllungen, in welchen Kunstspeisefett verpackt oder selbsten verkauft wird, mit einem stets sichtbaren, bandförmigen roten Streifen und der deutlichen Inschrift „Kunstspeisefett“ versehen sein müssen. Ferner darf nach § 5 des gleichen Gesetzes auch in öffentlichen Angeboten, sowie Schlußscheinen, Rechnungen, und Frachtbriefen ebenfalls nur diese Warenbezeichnung angewendet werden. Dem Publikum muß deshalb empfohlen werden, Vorsicht beim Einkauf zu üben, und im eigenen Interesse ein besonderes Augenmerk auf die strenge Beachtung dieser Vorschriften durch die Verkäufer zu richten, damit übertretende Firmen zur Anzeige gelangen. Der Ueberwachungsausschuss seinerseits wird Firmen, die gegen diese Verordnung verstößen, weitere Einfuhrgenehmigungen nicht mehr erteilen.

An die Mitglieder des Internationalen Bundes der Kriegsoffer. Man schreibt uns: In Nr. 7 des Klassenkampf vom Freitag, dem 21. Januar, bringt die Zentrale der Kommunistischen Kriegsoffer einen Aufruf, der alles, nur keine Wahrheiten enthält. Die Gauleiterkonferenz, die am 5. Februar in Berlin stattfinden soll, ist wohl am 5. Dezember 1920 in Berlin beantragt, aber nicht beschloffen worden, um das Geld der Kriegsoffer nicht unnötig zu verpulvern. Weiter regt sich die Zentrale auf über die Delegiertenwahl zum Bundestag, obwohl die Bundesleitung ganz gerecht vorgeht. Jede Ortsgruppe kann durch einen Delegierten vertreten sein, sofern sie die Kosten dafür aufbringt. Wenn bei der Delegiertenwahl eine Ortsgruppe in der Mehrheit kommunistisch ist, wird sie ohne weiteres ihren vorschlagenden Genossen wählen. Aber die Herren Schreier wollen das, was sie der Bundesleitung vorwerfen, für sich in Anspruch nehmen, und zwar sich von vornherein die Mehrheit auf dem Bundestag sichern. Wer war es denn, der entgegen den Bestimmungen auf der Gauleiterkonferenz statt mit dem Gauleiter mit 22 Genossen erschien, um in der Mehrheit zu sein? Es war der geistige Vater der Spaltung, der Genosse Roal. Man fragt sich, wo nimmt er das Geld her, für so eine Zahl von Delegierten? Wo hat er das Geld her für die Agitationsreisen, welche er seit längerer Zeit unternommen hat, um die Zersplitterung vorzubereiten? Sind das Gelder der Kriegsoffer, oder sind es Schmiergelder? Nun regen sich die

Herrn auf, daß nur der Gau und nur die Ortsgruppe Zutritt zum Bundesrat hat. Die ihren finanziellen Pflichten restlos nachzukommen ist. Diese Herren sind es, welche sich nach den Posten der Bundesleitung drängen, um von da aus zu diktiert, was ihnen beliebt.

Datum, Genossen und Genossinnen! Seht euch die Leute genau an, denen ihr euer Geschick anvertraut, ob sie würdig sind, euer Vertrauen zu genießen. Hört nicht auf jene Schreier und Verspotteter, denen nur daran gelegen ist, einen Posten zu erwischen. Bekennet euch zu unserem Programm und bleibt eilig und dadurch auch stark.

Der Verlust der Haushaltskarte hat für den Verlustträger stets unliebame Wege und auch Geldkosten zur Folge. Die letzte Haushaltskarte gilt auf unbestimmte Zeit und muß deshalb besonders sorgsam aufbewahrt werden. Bekanntlich kann ohne Haushaltskarte niemand Karten erhalten oder Um- und Umdruckungen vornehmen.

Gasverwertung und Gasverparnis. Der Leipziger Hausfrauenverein veranstaltet mit Unterstützung unseres städtischen Gaswerkes Montag, den 31. Januar, nachmittags pünktlich 1/2 Uhr, im Saale des Volkswohls, Köhrstraße 7, einen Vortrag mit Lichtbildern über Gasverwertung und Gasverparnis im Haushalt, gehalten von Herrn W. Otto und Fräulein K. Eiseh, Berlin. Es werden ca. 13 Gasöfen und Herde im Betrieb vorgeführt. Die Dien sind an Gasöfen angeschlossen, so daß jede Besucherin den Gasverbrauch ablesen kann und lernt, ihren eigenen Verbrauch zu berechnen und einzusparen. — Eintritt gegen Vorzeigen der Mitgliedskarte frei, für Nichtmitglieder 1 Mk.

„Soziales Verständnis“ für den Unternehmer. Im Tarifvertrag der Chemischen Industrie ist eine soziale Zulage von 15 Pfg. für jedes Kind unter 14 Jahren vorgesehen. Deshalb fordern auch einzelne Kriegswitwen für ihre Kinder die 15 Pfg. Die Herren der Chemischen Industrie in Leipzig lehnten das Verlangen der Kriegswitwen ab. Es fiel irgendwann einmal das Wort vom Dank des Vaterlandes.

Arbeiter-Stenographenverein. Wir werden darauf aufmerksam gemacht, daß in Leipzig ein Arbeiter-Stenographenverein besteht, so daß die Arbeiter nicht nötig haben, in die bürgerlichen Vereine zu gehen. Der Arbeiter-Stenographenverein in Wroclaw hat es sich zur Aufgabe gemacht, in Arbeiterkreisen die Stenographie zu fördern und zu pflegen. Der genannte Verein nimmt Anhänger aller Systeme an, denn er ist inter-systemal. Bezirke sind in seinen Reihen die Systeme Gabelsberger, Stolze-Schrey und Scheithauer. Doch auch Anhänger anderer Systeme sind als Mitglieder willkommen. Der Verein beginnt in nächster Zeit 1 bis 2 Kurse in dem System Scheithauer. Im System Stolze-Schrey und Gabelsberger sind auch Anfängerkurse im Gange, die ihrem Ende entgegengehen. Aus alledem kann jeder ersehen, daß auch auf dem Gebiete der Stenographie den Arbeitern Gelegenheit geboten ist, Stenographie zu lernen und zu üben. Näheres über das Wirken des Stenographenvereins, Formulare ist jeden Dienstag, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 4, zu erfahren. — Also auch auf dem Gebiete der Stenographie heißt für die gesamte Arbeiterschaft die Lösung: Heraus aus den bürgerlichen Vereinen! Hinein in den Arbeiter-Stenographenverein!

Die Maul- und Klauenseuche ist im städtischen Vieh- und Schlachthofe ausgebrochen.

Hausarbeit. Ueber die Verpflichtung zur offenen Auslage von Lohnverzeichnissen oder Aushängen von Lohnlisten in Werkstätten, in denen Arbeit für Hausarbeiter ausgegeben wird sowie über die Aushändigung von Lohnbüchern oder Arbeitszetteln an Hausarbeiter, ferner über die Führung und Einreichung von Verzeichnissen über die Beschäftigung von Hausarbeitern usw. handelt in vorliegender Ausgabe eine Bekanntmachung des Rates, auf die hiermit aufmerksam gemacht wird.

Kaufhöflich. Beim Verkauf an Verbraucher (Kleinhandel) darf, abgesehen vom Falle des Verkaufes durch den Hersteller, der Preis für 1 Pfund Neingewicht 4,70 Mk. nicht übersteigen.

Treppebeleuchtung. Das Wohlfahrtspolizeiamt schreibt: Es ist immer wieder zu beobachten, daß in Grundstücken mit automatisch elektrischer Treppebeleuchtung diese vom Eintritt der Dunkelheit an bis 8 Uhr abends nicht dauernd brennend unterhalten wird. Es wird deshalb darauf hingewiesen, daß die Besitzer solcher Grundstücke bei ferneren Zuwiderhandlungen Geldstrafen bis 80 Mk. oder Haft bis zu 14 Tagen zu gewärtigen haben, da die automatisch elektrische Treppebeleuchtung als hinderlich im Sinne des Treppebeleuchtungs-Regulativs nicht angesehen werden kann, wenn sie nicht dauernd brennend unterhalten wird.

Zeugen gesucht. Am 14. April 1919 ereignete sich 7/7 Uhr abends am Johannisplatz ein Straßenbahnunfall, bei dem ein älterer Mann verunglückte. Zwei junge Leute waren an der Haltestelle, die vor dem Verunglückten aufstiegen. Sie werden dringend ersucht, ihre Adresse Selterhausen, Grabsdorfer Straße 19, Hof part., anzugeben.

Wachung, Bibliothekare! Sonnabend, den 29. Januar, abends 7 Uhr, findet der zweite Abend des neuen Bibliothekartages im Lehrsaal, Braustraße 17, Erdgesch. statt. Genosse Benfien spricht über Die Entleerung der sozialistischen Literatur. Die Bedeutung dieser Frage macht es jeder Bibliothek zur Pflicht, mindestens einen Vertreter zu entsenden. Eine stärkere Beteiligung als am ersten Kursoabend wird erwartet.

Allgemeines Arbeiterbildungsinstitut.

Lebensmittellieferanten für Sonnabend, den 29. Januar.

Für Haushaltungen.

Ausgabe von Auslandsschweinefleisch an Schwerkrriegsbeschädigte: Letzter Tag, 9—12 Uhr vormittags, Schlachthof (Schaumant 11).

Für Händler.

Büchsenmilch: Bezugsartenentnahme in der Bezugshausstelle, Nr. 1001—2000 des Berechtigungsausweises.

Boltzeinrichtungen.

Schlimme Folgen zu schnellen Radfahrens! In der verlängerten Zweinaundorfer Straße ist am 23. v. M. ein 22jähriger Bockhalter bei dem Einbiegen in die sogenannte Pflaumenallee infolge zu schnellen Fahrens mit seinem Fahrrad in den dort befindlichen Straßengraben gestürzt und bewußtlos liegen geblieben. Wegen eines dabei erlittenen Schädelbruchs fand er Aufnahme im Krankenhaus St. Jakob, wofür er sich noch befindet.

Von der Straßenbahn überfahren! Am 24. ds. Mts. nachmittags in der sechsten Stunde, ist eine 61jährige Rentierwitwe aus Kuedlinburg an der Straßenbahnhaltestelle Ede Goethestraße und Georgiring von einem Anhängewagen der Linie 10 überfahren worden. Sie erlitt dabei Querschnitten an beiden Beinen und Armen, am linken Knöchel sowie am rechten Hüftgelenk. Man brachte die Verletzte zunächst nach der Sanitätswache im Hauptbahnhof und von da später auf ihren Wunsch in die Wohnung eines hier wohnenden Verwandten.

Beim Spielen in die Lupe gefallen. Am 25. d. M., nachmittags gegen 4 Uhr, ist ein in der Köhlerstraße bei seiner Mutter wohnender 6jähriger Knabe beim Spielen hinter dem Sportplatz in die Lupe gefallen. Der Knabe, der bereits bewußtlos war, wurde von einem Passanten herausgezogen und nach Bornumbeim Altkrankenhaus verbracht. Die Verletzung wurde zunächst nach der Sanitätswache und später nach dem Krankenhaus St. Georg gebracht.

Straßenbahnunfall in der Lammestraße. Mündung der Albert- und Wollstraße. Am 18. d. M. (Donnerstag) zwischen 5 und 6 Uhr ist eine 42 Jahre alte Händlerfrau beim Überqueren der Straße durch einen Motorwagen der Linie 5 ungeritten und zu Boden geschleudert worden. Zeugen des Vorfalles werden gebeten, sich baldigst bei der Kriminalabteilung zu melden.

Werber der Fremdenlegion in Leipzig. In letzter Zeit sind bei der Polizei Anzeigen darüber eingegangen, daß sich Werber der Fremdenlegion, ihrem Auftreten nach wahrnehmlich französische Offiziere, in hiesigen Schaftwirtschaften an junge Leute heranmachen und unter glänzenden Versprechungen zum Eintritt in die Fremdenlegion zu überreden verucht haben; sie leiten dabei sogar Verpflegungsbilanzen zur Unterzeichnung vor. Das Publikum wird vor diesen Volksfeinden gewarnt und gebeten, bei deren Auftreten nicht nur Anzeige zu erstatten, sondern ihre sofortige Festnahme durch die Polizei zu veranlassen, damit gegen sie eingeschritten werden kann.

Aus der Umgebung.

Ein Kohlenwucherer wegen Diebstahls bestraft.

Der Kaufmann Kröber in Deutzen bei Borna besorgt seit dem Jahre 1919 neben seiner Gutswirtschaft auch Kohlentransporte nach Leipzig. Die Kohlen holte er von dem Werke der Niederlausitzer Braunkohlenwerke in Deutzen. Nachdem der Prokurist der Kohlenwerke erfahren hatte, daß K. mit den Kohlen Wucher treibe, hatte er Anweisung gegeben, ihm nichts mehr zu liefern. Als dieser am 5. Februar 1920 wieder 10 Zentner Briketts abholen wollte, wurde er deshalb abgewiesen, um über einige Tage später wieder mit seinem Gespann auf dem Kohlenlagerplatz zu erscheinen und auf Landabfahrschein Briketts zu holen. Auftragsgemäß wurde ihm von den Angestellten des Werks gelagt, er solle dorthin gehen, wo er 25 Mk. für die Briketts bekomme. K. wollte nun selbst den Prokuristen sprechen, wurde indessen nicht vorgelassen. Inzwischen war der Wagen von Arbeitern des Werks, die da glaubten, daß alles in Ordnung sei, mit Briketts beladen worden. Als K. zurückkam, hat er noch mitgeholfen und ist dann weggefahren. Die Ladung betrug 16 Zentner. Das Landgericht hat ihn wegen Diebstahls zu einer Woche Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte habe, wie er auch wußte, kein Recht auf Kohlenlieferung gehabt. Wenn er gekauft habe, auf den Landabfahrschein auch Kohlen bekommen zu müssen, so hätte er sich beschwerdefähig an die Ortskohlenstelle wenden müssen. Er wußte auch, daß ihm keine Kohlen abgegeben werden sollten. Das Angebot der Ladung war unter diesen Umständen belanglos. Die Wegnahme der Kohlen bestand in einem Komplex von Handlungen (in dem Hinsahren, dem Aufsahren durch die Arbeiter, die er als seine Werkzeuge handelte sich, und in dem Wegfahren). Die Kohlen hätten sich, solange sie noch auf dem Werksplatz waren, noch im Mitbewusstsein des Werks befunden, eine Uebergabe habe nicht stattgefunden.

Die Revision des Angeklagten, die die Annahme eines Betrugsfalls erstrebte, wurde vom Oberlandesgericht Dresden verworfen. Nach den getroffenen Feststellungen könne es keinem Zweifel unterliegen, daß der Angeklagte die Kohlen nicht durch Täuschung, sondern durch Wegnahme an sich genommen hat. Die Zahlungsabsicht komme nur als Erschließung für die entwendete Kohle in Frage, ändere aber nichts an der Bestrafung aus § 242 des Strafgesetzbuchs.

Zweinaundorf. Aus dem Gemeinderat. Nachdem der Vorsitzende die Sitzung mit den besten Wünschen für das laufende Jahr eröffnet und für die anfängliche seiner hiesigen zehnjährigen Tätigkeit entgegengebrachten Anerkennungen dem Gemeinderate seinen Dank ausgesprochen hatte, nahm das Kollegium von einem ausführlichen Jahresbericht für 1920 Kenntnis. Im Berichtsjahre haben 14 Sitzungen stattgefunden, in denen 153 Punkte beraten wurden. Registratorien- und Abgänge waren 3804 zu verzeichnen. Mehrere ortsgesellschaftliche Bestimmungen wurden geschaffen. Wegen Aufnahme der Schleusenwasser und Anschluß an das Wasserleitungssystem sind Verträge mit der Stadt Leipzig abgeschlossen worden. Ein weiterer Vertrag über Eingemeindung des Gutsbezirks ab 1. April 1921 wurde angenommen. Im Berichtsjahr sind 103 Personen zur An- und 161 Personen zur Abmeldung gekommen. Bei der Gemeindekasse sind vom 1. April bis 31. Dezember 1920 bei 605 Posten 325241,58 Mk. verausgabt und bei 241 Posten 307179,89 Mk. vereinnahmt worden. Der Kassenbestand betrug Ende 1920 18081,89 Mk. An Erwerbslosenunterstützung sind 5913,03 Mk. ausgezahlt worden. An Reichs-, Staats- und Gemeindesteuern wurden insgesamt vereinnahmt 118287,10 Mk. Die Girokasse hatte einen Umlauf von 1138443,35 Mk. Das Einlegerguthaben betrug 115838 Mk. Bei der Sparkassenzweigstelle wurden 108088,11 Mk. eingezahlt. Der gesamte Umlauf der bei der Gemeinde verwalteten Kassen betrug insgesamt 136041360,51 Mk. An Wertzuwachssteuer sind 121 837 Mk. eingegangen. Hierauf nahm das Kollegium Kenntnis davon, daß die 1921 vorzunehmenden Straßensanierungen gegen 32000 Mk. Kosten veranlassen und daß die Wiederwahl des Gemeindevorstandes von der Aufsichtsbehörde bestätigt worden ist. Die Hundesteuer wurde für den ersten Hund auf 10 Mk. festgelegt. Die Luftbarkeitssteuer wurde entsprechend erhöht und die Wohnungsluxussteuer beschlossen. Die Zulagsteuer beim steuerfreien Einkommen wird bei Verheirateten bei einem Mindesteinkommen von 18000 Mk., bei Ledigen bei einem solchen von 12000 Mk. festgelegt. In den Erwerbslosenausgaben wurden gewählt Fleischermeister Walter Bode und Schmiedemeister Max Jastisch. Die von der Amtshauptmannschaft für Fischer- und Schöbel geordneten 1,65 Mk. Vermittlungsgebühr für Kartoffeln soll nicht bezahlt werden. Hierauf fanden noch mehrere Zuwachssteuer- und Füllsorgegaben ihre Erledigung.

et. Aufschauen. Aus dem Gemeinderat. Der Antrag Schlichter, die Zulagsteuer vom steuerfreien Einkommen ganz fallen zu lassen, wird mit 8 gegen 4 Stimmen abgelehnt, die Festsetzung der Grenze für Ledige auf 10000 und für Verheiratete auf 14000 Mk. mit 9 Stimmen angenommen. Die Grundsteuer soll für 1920 nochmals nach Einheiten und zwar 1,50 Mk. pro Einheit erhoben werden. Die Erhebung nach Werten wird vorläufig vertagt, bis genaue Unterlagen zur Stelle sind. Die Einführung der gesetzlichen Grundsteuer wird wegen der dadurch entstehenden hohen Kosten abgelehnt. Zur Regelung der elektrischen Leitung im Neubau liegen zwei Kostenschätzungen vor. Herr Berner fordert 5255 Mk., Herr Erler 29730 Mk. Die Anschläge sollen geprüft werden. Der Bauauschuss wurde ermächtigt, die Arbeiten zu vergeben. Die Forderung von Herrn Mühlmann wurde, als gegen den Vertrag verstoßend, abgelehnt. Die Eingabe von Beckmann über das Füllballspiel auf öffentlichen Straßen wurde zur Kenntnis genommen. Die Gemeinde soll Verbotstafeln anbringen lassen. Die Erwerbslosen beauftragten, einen Vertreter zu den Sitzungen des Erwerbslosen-Fürsorgeausschusses zuzulassen. Gewählt wurde Herr Kurt Köning als Vertreter, als Stellvertreter Herr Karl Händel. Die Kosten zu den Sitzungen und sonstigen Auslagen der Vertreter der Erwerbslosen sollen von der Gemeinde getragen werden. Eine weitere Eingabe der Erwerbslosen um Gewährung einer Wethnachtsbeihilfe wurde dem Finanzausschuss überwiesen. Der Antrag der Erwerbslosen, den Verwaltungsausschuss als Kontrollgremium anzuerkennen, wurde angenommen, dagegen der Vorschlag, bei Nichtbezug der Erwerbslosen-Verlammung den Tag von der Unterzeichnung zu kürzen, abgelehnt. Als Vertreter zur landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft wurde Herr Bach und als Stellvertreter Herr Robert Müller gewählt. Die Eingabe des Wirtes Schulze, die Entschädigung im Winter pro Sitzung von 10 Mk. auf 15 Mk. zu erhöhen wurde angenommen. Jedoch soll für das Sommerhalbjahr der alte Preis von 5 Mk. bestehen bleiben. Es folgt eine nichtöffentliche Sitzung.

Böhlig-ehrenberg. Aus dem Gemeinderat. Nach Bekanntgabe der Kassenabrechnung vom Dezember berichtete der Vorsitzende über die Schaffung eines Ortsrates zur Regelung der Kellameweiens. In einem weiteren Nachtrage zur Spartenordnung wird erneut darauf hingewiesen, daß die Mitglieder des Spartenauschusses trotz der Resolutionen des Verbandesvorsitzers verpflichtet sind, jährlich mehrere Revisionen bei der Spartenversammlung vorzunehmen. Der Nachtrag zur Besteuerung des Mindesteinkommens ist vom Ministerium in der Weise angenommen, daß ledige Personen mit einem Einkommen von 12 bis 18000 Mk. die Hälfte und über 18000 Mk. das volle Mindesteinkommen zu versteuern haben. Verheiratete mit über 20000 Mk. haben die Hälfte zu versteuern. Der Vorsitzende gab weiter bekannt, daß der neue Kindererleichterwagen von der Gemeinde übernommen ist. Der Gemeinderat beschloß, den Transport der Kindererleichterwagen kostenlos zu übernehmen. Dagegen sollen die Gemeinden Gumborf und Burghausen für Benutzung des Leichenwagens eine

Gebühr von 5 Mk. bezahlen. Bei der Aussprache über diese Angelegenheit kam deutlich zum Ausdruck, daß, sobald die Finanzlage es der Gemeinde gestattet, das ganze Beerdigungswesen in eigene Regie übernommen werden soll. Hierbei sei noch bemerkt, daß die ganze Angelegenheit dem Gemeinderat schon vor Jahr und Tag beschäftigt hat und damals nur an den enorm hohen Kosten scheiterte. Auf Vorschlag des Verwaltungsausschusses beschloß der Gemeinderat, dem Landespenionsausschuss beizutreten. Die Kosten des Beitrittes werden aus dem von der Gemeinde angelegten Penionsfonds entnommen. Hierauf folgte eine nichtöffentliche Sitzung.

Markranstädt. Elternabend. Oberlehrer Biffhardt aus Leipzig sprach in einem Elternabend in der Aula der Schule über die weltliche Schule. Er führte aus: Die Elternschaft wird sich noch vor Eltern entscheiden müssen, ob sie ihre Kinder an dem domatistischen Religionsunterricht der Schule oder an dem Gesinnungsunterricht, den die Lehrerschaft aus pädagogischen Gründen fordert, teilnehmen lassen will. Redner ging näher auf den domatistischen Religionsunterricht vor allem auf den Katholizismusunterricht ein und schloß, wie wenig kindertümlich er ist, weil die darin zu behandelnden abstrakten Lehren (Dogmen) der Kirche dem kindlichen Denken und Fühlen viel zu fern liegen, wie dieser Unterricht aber andererseits die Lehrer durch geistliche Bestimmungen zwingt, den Kindern einen Stoff darzubieten, der für deren Verständnis viel zu schwer ist und eine treudie Anteilnahme am Unterricht nicht aufkommen läßt.

Die im allgemeinen ruhige Aussprache, an der sich auch die Weltlichkeit beteiligte, endigte mit der Aufforderung des Stadtverordnetenvereins, die Kinder vom Konfessionsunterricht der Schule abzumelden. Es wurde nachfolgende Resolution gegen 3 Stimmen angenommen:

Die am 10. Januar 1921 in der Schule zu Markranstädt tagende Elternversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Herrn Oberlehrers Biffhardt einverstanden, fordert die weltliche Schule und verlangt für ihre Kinder Sittenslehre und Religionsgeschichte.

Sächsische Angelegenheiten.

Die Anstaltsgesellschaften in den Krankenhäusern.

Zu prinzipiellen Auseinandersetzungen zwischen der sozialistischen Mehrheit und den Bürgerlichen kam es in der Sitzung der Dresdner Stadtverordneten aus Anlaß eines Antrages der Unabhängigen auf Streichung der im Haushaltsplan für die städtischen Krankenhäuser auf das Jahr 1921 eingestellten Mittel für kirchliche und religiöse Zwecke. Es handelte sich dabei hauptsächlich um die Bezahlung einiger Anstaltsgesellschaften, die von der Stadt bezahlt werden (insgesamt etwa 50000 Mk.). Stadtrat Dr. Krumhölz wandte sich gegen den Antrag. Der Gesellschafter sei ein „notwendiges Korrelat für den Staat“. Uebrigens seien die Anstaltsgesellschaften festangestellte städtische Beamte, denen eventuell bis zum 65. Lebensjahre das Gehalt weitergezahlt werden müßte. Der Vertreter der Rechtsparteien lehnte den Antrag Wenke natürlich ab. Für die Mehrheitssozialisten stimmte Stadtrat Leinen dem Antrage zu. Wenn die Trennung von Kirche und Staat durchgeführt sein werde, würde auch die Trennung von Kirche und Gemeinde folgen. Wenn man schon jetzt nicht mehr die Mittel für 1921 bewilligt, so deshalb, weil es ein Unrecht sei, daß sich die Kirche auf Kosten der Gemeinde in die Krankenhäuser hineinsetze, und mit auf Kosten derjenigen, die nichts mehr mit der Kirche zu tun haben wollen. Man sei weit davon entfernt, den Kranken, die den Trost der Kirche gebrauchen wollen, diesen zu verweigern, aber es müsse endlich damit gebrochen werden, daß Mittel der Allgemeinheit für Zwecke verwendet werden, womit die Allgemeinheit nicht einverstanden sei. Die Frage der Pensionierung der Anstaltsgesellschaften sei dabei von untergeordneter Bedeutung und werde sich ohne allzu große Schwierigkeiten lösen lassen. Der Antrag Wenke wurde mit 38 gegen 33 bürgerliche Stimmen angenommen.

Außerordentlicher Sächsischer Mietertag in Dresden.

Am Sonnabend und Sonntag hielt der Landesverband Sachsen im Bunde Deutscher Mietervereine einen außerordentlichen Mietertag ab, der aus allen Teilen Sachsens stark besucht war. Zweck der Veranstaltung war, zu den schwebenden Interessenfragen, insbesondere zur Reichsmietsteuer, zu den Heimstätten-Darlehnskassen, zum Reichsmietengesetz und zum sächsischen Grundsteuerreformgesetz Stellung zu nehmen.

Der erste Bundesvorsitzende, Herrmann Dresden, wies in seiner Begrüßungsansprache auf die Bedeutung der Tagung hin. Abhandlung berichtete der Geschäftsträger des Bundes, Dietrich Berlin, über die Sitzung des Gesamtvorstandes in Berlin vom 15. bis 17. Januar, an welcher auch Vertreter der Spinnengewerkschaften usw. teilgenommen hatten und in der weittragende, entscheidende Beschlüsse gefaßt wurden. Baumeister Seidler Dresden berichtete über die „Dresdner Richtlinien“ und die mit ihnen gemachten schlechten Erfahrungen, die bekanntlich zur Kündigung der mit den Hausbesitzern getroffenen Vereinbarungen geführt haben. Der zweite Bundesvorsitzende, Rechtsanwalt Groß Dresden ergänzte diese Ausführungen und gab wichtige juristische Aufschlüsse.

Der Verbandstag stellte sich einmütig hinter die Forderungen des Bundes gegen die Mietsteuer, für die Heimstätten-Darlehnskassen, für den Ausbau des Mieterrechtes und für die unverzügliche Schaffung eines Reichsmietengesetzes, das das gesetzliche Mietbestimmungsrecht des Mieters schafft und unbedingt den Friedenswert der Grundstücke festhält. Mit Erörterungen über den Mieterstreik schloßen die Verhandlungen; es wurde beschlossen, alle Vorbereitungen für den Streik als das letzte Kampfmittel zu treffen.

Protokollverhandlungen der Dresdner Mieterchaft.

In fünf großen Massenversammlungen nahm am Sonntag die organisierte Dresdner Mieterchaft Stellung zu den Dresdner Richtlinien, zum sächsischen Grundsteuerreformgesetz und zum Reichsmietengesetz. Es wurden mehrere Entschlüsse angenommen. Darin wird mit Entschiedenheit Kenntnis genommen von der Art, wie die Vertreter des Dresdner Hausbesitzervereins die Verhandlung über die Abänderung der „Richtlinien“ unzulässig gemacht haben. In der Forderung auf Beibehaltung der Grundstücke nach dem heutigen Werte wird der Versuch einer Bewandlung des deutschen Volkes erblickt. Die Mieterchaft werde sich das Mietbestimmungsrecht erkämpfen. Die Kündigung der Richtlinien wird abgelehnt.

In einer zweiten Entschlußfassung wurde gegen den Grundsteuerreformgesetz der sächsischen Regierung Stellung genommen, weil ein Gesetz in dieser Form nur eine Mietsteuer sei. Die dritte Entschlußfassung lehnt eine Mietsteuer als volksfeindlichste und unsozialste Steuer ab. Dagegen wird die sofortige Ausgabe von Heimstätten-Darlehnskassen für den Bauabschnitt 1921 in Höhe der vorausgeschickten Baukosten gefordert. Weiter wird ein Reichsmietengesetz auf Grundlage des von der Mieterchaft mitberatenden September-Entwurfs verlangt und erneut Protest dagegen erhoben, daß die Mieterchaft im Reichsmietengesetz ausgeschaltet wird. Endlich wendet sie sich mit aller Entschiedenheit gegen die Bestrebungen auf Beseitigung der Mieterrechtskassengebäude.

Rosenthal in Berlin ermittelt?

Wie verlautet, ist der flüchtige Hofrat Rosenthal in Berlin ermittelt worden. Die Dresdner Kriminalpolizei ist unterwegs, um ihn zu verhaften.

Der Herr Hofrat wird schon zu rechter Zeit wieder „seinen Wohnsitz verlegen“.

Die Beifügung der Opfer von Delonitz.

Gestern nachmittag fand die Beifügung der Opfer der Grubenkatastrophe statt, 37 tote Bergknappen aus Delonitz wurden zu

Grabe getragen. Die Särge waren unter einer Fülle von Blumen in der Turnhalle aufgebahrt. Auf neun Wagen wurden die Särge zum Friedhof gefahren. Auf dem Wege dorthin bildeten Bergknappen und Bergschüler Spalier. Die Delsnitzer Bergkapelle eröffnete den Trauerzug. Die Beisetzung erfolgte in Einzelgräbern. Als erster sprach auf dem Friedhofe der evangelische Ortspfarrer von Kunte. Sodann ergriff der sächsische Ministerpräsident Bud das Wort und sprach den Hinterbliebenen nochmals das Beifeld der Regierung und des Volkes aus. Als Vertreter der Stadt Leipzig sprach Oberbürgermeister Dr. Kothke. Hieraus legten die verschiedenen Abordnungen mit herzlichen Worten des Gebetens ihre Kränze nieder. Am Schluß sprach der katholische Pfarrer Köpfer. Damit endete die eindrucksvolle Trauerfeier.

Die Geburtenziffer steigt!

Dies wurde in der Dienstversammlung der Hebammen des Bezirks Grimma festgestellt. Die Zahl der Geburten, die von 2075 im Jahre 1914 auf 1204 im Jahre 1917 gesunken war, erreichte im Jahre 1920 die Zahl von 2993, also 320 mehr als 1914.

Da nach den Berichten der Standesämter die Zahl der Eheschließungen zugenommen hat, ist auch in den nächsten Jahren eine erhöhte Geburtenzahl zu erwarten. Die Zahl der gestillten Kinder ist von 78,6 Prozent im Jahre 1914 auf 92 Prozent im Jahre 1920 gestiegen.

Verbot der Schlachtfeste und Auspielungen von Fleisch- und Wurstwaren.

Die Abhaltung von Schlachtfesten und ähnlichen Veranstaltungen, sowie die Vornahme von Auspielungen von Fleisch- und Wurstwaren in Gast- und Schankwirtschaften ist durch Verordnung des Wirtschaftsministeriums - Landeslebensmittelamt - Dresden vom 13. Januar 1921 verboten worden. Es macht keinen Unterschied, ob die Veranstaltungen öffentlich oder nichtöffentlich stattfinden und die Fleisch- und Wurstwaren in- oder außerhalb der Wirtschaft verzehrt werden.

Briefkasten der Redaktion.

B. G. 100. Ja, Sie müssen zahlen.
B. P. A. Sie können vorläufig nichts tun. Die Entscheidung des Mieteinigungsamtes ist maßgebend. - 1 Mt. Parzellasse.
A. S. 500. Darüber können wir von hier aus nicht entscheiden. Anheftungen müssen natürlich unterlassen werden. Der Mieter braucht sie sich nicht gefallen zu lassen. Sie hätten angeben müssen, wozu und an wen Sie die Manuskriptkassette haben abgeben müssen. Solche Eingriffe sind heute unter Umständen zulässig. 2 Mt. Parzellasse.
A. S. 32. Solche Auskunft erteilen wir nicht.
A. S. Lind. Sie geben die Miete, die bisher gezahlt wurde. In anderen Fällen wenden Sie sich an Mieteinigungsamt. Werden die Sachen nicht herausgegeben, so müssen Sie das Gericht in Anspruch nehmen.
2752 S. Wenn die Extraabgaben vertraglich vereinbart sind, müssen sie bezahlt werden. Ist nichts vereinbart, weigern Sie sich, etwas zu entrichten.

Großer Inventurausverkauf

Herrenhüte Wolfs, leht schon von 46.- Mt. an
Herrenhüte Saarkis 99.- 90.- und 85.- Mt.
Velourhüte leht nur 185.- Mt.
Wollvelourhüte 99.- und 95.- Mt.
 in nur modernen Formen und Farben.
Achten Sie besonders auf Qualität!
 Ferner zu billigen Preisen: **Krawatten, Herrenwäsche, Rosensträger, Herren- u. Damenhandschuhe und -Gamaschen, Spazierstöcke, Regenschirme, Schals, Socken** etc.
Richard Winkler, Hallische Straße 3
 zwischen Hauptbahnhof und Brühl.

Geyers billige Lebensmittel
 in Schmalz Wfd. 12.50
 Margarine Wfd. 10.70
 Schlackwurst Wfd. 22.00
Vollreis Wfd. 3.20
 Viktoria-Erböen Wfd. 2.25
 Weiße Bohnen Wfd. 1.65
 Linsen Wfd. 4.40 Hirse Wfd. 3.75
 Vollheringe 3 Stück 2.00
Kernseife Doppelriegel 4.90
 10 Doppelriegel 47.50
Schnefeld, Paul-Heys-Strasse 30
Sellerhausen, Bülowstrasse 41
Reudnitz, Kapellenstrasse 10

Ihr Bruch wird grösser!

Probieren Sie meine Erfindung, die ihn ohne Feder zurückhält. 20.000 Bester in 5 Jahren.
 - Fernen -
Bandagenhaus Dr. Winterhalter, Halle (Saale).
 Bin mit Mutter in Leipzig nur Dienstag, den 25. und Mittwoch, den 26. Januar, von vormittags 8 bis nachmittags 5 Uhr, im **Hotel Grüner Baum.**

Lichtspiele

Bornaische Str.
 Heute bis Montag:
 Der II. Teil des Kolossal-Fortsetzungs-Films
„Vampire“
 6 Teile - 31 Akte
Das Gespenst - Die Fluch des Toten
 6 Akte
Albert Bassermann
„Eine schwache Stunde“
 Familien-Tragödie in 6 Akten
Nur Sonntag nachmittags
„Der Rattenfänger von Hameln“
 Grosses Märchen-Drama in 7 Akten

Revolutionäre

Theaterstücke uvm.
Auswahl zu Diensten.
Karnevals-
 u. Fest- u. Vereins-Artikel.
Kataloge zu Diensten.
Lombolas
 liefert am reichhaltigsten
Ulrich Jahn Leipzig
 (Seinrich Vismeyer)
 Telefon 10245. Ständige
 Musterausstellungen.
 Rognat, Weinbrand Hf 52.-
 Rognat, Verschnitt Hf 44.-
 Jam.-Rum, Berlch. Hf 50.-
 Für Gastwirte vom Fab.
 zu billigen Preisen.
A. Kriegel Nchf.
 Leipzig-Lindau
 Mersburger Straße 70

Emte moderne Speisezimmer
 von 4 5400 an
Schlafzimmer
 von 4 3200 an
Küchen-Einrichtungen
 von 4 695 an
 empf. Möbel, Große
 Mühb. Str. 54 (Lab.)

Kaufe

Platin // Zahngelbte
Bruch-Gold u. Silber
Uhren
Reihhausdame
Brillanten :: Schmuck
Silbergeräte aller Art
Max Israel,
 Uhrmacherladen, 1.
 Promenadenstraße 5.

Zäuse

In 1 Stde. unt. Garantie
 vernichten Sie Flöhe,
 Kaps, Flecken, Flis.
Zäuse
 1. Brut (Kissen) bei Mensch u.
 Tier mit „Kampolda“
 gel. gelb. Wund. unabh. Vert.
 Schleierstr. 12; Gehl., Kuh.
 Hall. Str. 57; St. Josefstr. 17.
 sind nicht an
 die Redaktion
 sondern an d. Expedition d.
 Verba. Hofsch. zu richten.

Restbestände
 aus meinem
Inventur-Ausverkauf zu enorm billigen Preisen

Astrachan, Plüsch-, Velour-Mäntel	595- 695- 750- 850-
Covercoat-Mäntel	250- 350- 495- 550-
Winter-Mäntel	95- 195- 295- 395- 495-
Imprägnierte Mäntel	175- 375- 495- 595-
Sport-Jacken	120- 195 295- 395-
Kleider	89- 120- 195- 295- 395-
Röcke und Blusen	55- 69- 95- 120-
Morgenröcke und Matinées	98- 120- 135- 195-

Gelegenheitskauf:
 Volleile-Kleider
 in weiß und farblich
195-

Kinder-Konfektion
 aussergewöhnlich
 billig

Gelegenheitskauf:
 Reinwollne Schotten und
 gestreifte Kleider
195-

Konfektionshaus Ebert
 Größtes Spezialgeschäft für Damen-, Bäckisch- u. Kinderkleidung in Sachsen

Karneval
 Faschingsartikel aller Art, direkt aus
 erster Hand, über 300 Sorten ausgestellt.
 Studentenmützen, Dubend 2.50, Gr. 25. 4
 Feit- u. Badierlieder, 10 versch. Sorten,
 100 Stück 2.-, Groß-Abnehmer Extra-
 Preise. Preislisten gratis und franko.
Emil Wagner, Leipzig, Dresdner Strasse 20, 1.

Bockbierfest
 Freitan, Sonnabend und Sonntag
 mit humoristischer Unterhaltung.
Johann Kullschka, Gundorfer Str. 17
Gastwirtschaft Gute Quelle

Roßschlächtere Hoffmann
 Wächterstraße 20 Telefon 7135
 empfiehlt **Sonabend**, ab 9 Uhr
Va. Rohfleisch, Kouladen, Gehacktes,
Blut-, Leber- und Knoblauchwurst.
Patentanwaltsbüro Sack,
 Leipzig, Brühl 2.

Restaurant Kleeblatt
 Tel. 11413 Lange Straße 37. Tel. 11413
 Werten Freunden, Bekannten und einer geehrten
 Nachbarschaft zur gefl. Mitteilung, daß wir obiges
 Restaurant übernommen haben. - Es wird unter
 eifrigstem Bestreben sein in Küche und Keller das
 Beste zu bieten. Zum Ausdient kommen G. U. Ulrich
 und Behrén (Kulmbach) Köchler.
 Um künftigen Zuzpruch bitten
Ernst Schönfeld und Frau.

... unter nur 5 Toren

An der Kasse in Abzug gebracht
 werden auf Einzel-
 paare, Restbestände
 sowie auf warme
 Winterschuhe **20% BAR-RABATT**

Schuhfabrik
Conrad & Cie. A.G.
Burg
 b. Magdabg.

Herrenstiefel Netto-Preise
 gut. Arbeits- und
 Strassenstiefel,
 solides Fabrikat **98.-**
 echt R.-Chevr.,
 Besuchsstiefel,
 eleg. Passform **148.-**
 echt Boxkall,
 Gesellschafts-
 stiefel, Ersatz
 für Mass **198.-**

Damenstiefel
 hocheleg. Leder-
 Spangenschuh,
 modern. Absatz **88.-**
 solid. Strassen-
 stiefel, in guter
 Lederverarbeitung **108.-**
 schicker Gesell-
 schaftsstiefel, m.
 echt. Lackkappe
 moderne Form **138.-**

Unser Fabrikat wird in Haltbarkeit und
 Passform nicht übertroffen

Verkaufsstelle **Leipzig, Hainstraße 16/18** **Telephon 13576.**

Man achte auf
 den Vornamen
„Conrad“

Jimmie Higgins

Von Upton Sinclair.

IV.

Eine Pflegerin kam voller Aufregung in den Saal gestürzt, flüsterte: „Sie kommen!“

Endlich erschien ein Mann in Uniform, den Jimmie nie für einen König gehalten haben würde...

Der König und die Königin blieben stehen und überblickten die Betretenden. Sie lächelten und grüßten...

Sie stand gleich den andern reglos auf ihrem Platz, doch sah Jimmie, wie der König lächelnd auf sie trat...

„Was machen Ihre Patienten?“ — fragte Seine Majestät. „Es geht gut“ — entgegnete sie...

„Wie helfen Sie?“ — fragte der König und dann — „Nun, Higgins, wie fühlen Sie sich?“

„Ganz wohl; ich möchte aufstehen, aber Sie läßt mich nicht.“ „Ja“ — meinte Seine Majestät — „früher waren die Könige Tyrannen, jetzt sind es die Pflegerinnen.“

„Dieser Krieg ist der Krieg der Maschinen“ — bemerkte der König liebenswürdig.

„Ich bin Sozialist“ — erklärte Jimmie unvermittelt.

„Wirklich?“

„Darauf können Sie Gift nehmen.“

„Ich sehe aber, daß Sie nicht zu jenen Sozialisten gehören, die sich gegen ihr eigenes Land auflehnen.“

„Ich habe lange dazugehört; ich nicht ein, was mich der Krieg angeht. Aber ich habe meine Ansichten ein wenig geändert.“

„Das freut mich, zweifellos hat auch Ihr letztes Erlebnis beigetragen.“

„Freilich; doch bin ich immer noch Sozialist, geben Sie sich keinen Illusionen hin, Herr König.“

„Ich werde es nicht tun.“ Der König blinnte zur Honourable Beatrice hinüber und zwischen den beiden entspann sich ein stummes Gespräch...

„Des Königs Augen sagten: „Dieser Bursche ist ja tölpelisch.“ Und die Blide der jungen Dame erwiderten: „Ich wußte, daß er Ihnen gefallen würde.“

Jimmies Hirn war natürlich voller Propagandaideen; diese letzte Gelegenheit mußte ausgenutzt werden.

„Es wird für uns alle anders werden“ — entgegnete der König — „das wissen selbst die Gedankenlocher.“

„Der Arbeiter wird, was er verdient, auch besitzen“ — beharrte Jimmie. Bei mir daheim, Herr König, kann einer sein Leben lang zwölf Stunden am Tage arbeiten und nicht einmal so viel ersparen, um für sein Begräbnis zu zahlen.

„Wir haben auch hier eine entsetzliche Armut“ — gab der König zu — „müssen Mittel und Wege finden, ihr abzuhelfen.“

„Es gibt kein andres Mittel als den Sozialismus!“ rief Jimmie. — „Betrachten Sie doch die ganze Sache, dann werden Sie dies selbst einsehen. Wir müssen mit dem Profitssystem aufhören. Der Mensch, der arbeitet, muß auch seine Erzeugnisse bekommen.“

„Nun“ — meinte Seine Majestät — „in einer Sache werden wir wohl einer Meinung sein: erst müssen die Deutschen geschlagen werden.“

„Wir werden viel von unsern amerikanischen Besuchern lernen.“ Dann flog zwischen beiden abermals eine geheime Botschaft hin und her, vielleicht sagten des Königs Augen, es sei nicht gut für Patienten, sich durch sozialistische Propaganda aufzuregen!

Jedemfalls wandten sich die Pflegerin und der König dem andern Bett zu. Seine Majestät erfuhr, daß der Mann Feuerwerker sei, Dealin heiße und aus Cape Cod komme. Daraufhin bemerkte der Herrscher, wie nötig England gute Panzer-Feuerwerker brauche, und wie dankbar es für deren Hilfe sei.

Jimmie lächelte, fühlte ein klein wenig Eifersucht, nicht für sich selbst natürlich, aber weil er genau wußte, um wie viel wichtiger der Sozialismus als das Schießen ist.

„Nun“ — meinte Seine Majestät — „in einer Sache werden wir wohl einer Meinung sein: erst müssen die Deutschen geschlagen werden.“

„Wir werden viel von unsern amerikanischen Besuchern lernen.“ Dann flog zwischen beiden abermals eine geheime Botschaft hin und her, vielleicht sagten des Königs Augen, es sei nicht gut für Patienten, sich durch sozialistische Propaganda aufzuregen!

Jedemfalls wandten sich die Pflegerin und der König dem andern Bett zu. Seine Majestät erfuhr, daß der Mann Feuerwerker sei, Dealin heiße und aus Cape Cod komme. Daraufhin bemerkte der Herrscher, wie nötig England gute Panzer-Feuerwerker brauche, und wie dankbar es für deren Hilfe sei.

Jimmie lächelte, fühlte ein klein wenig Eifersucht, nicht für sich selbst natürlich, aber weil er genau wußte, um wie viel wichtiger der Sozialismus als das Schießen ist.

„Nun“ — meinte Seine Majestät — „in einer Sache werden wir wohl einer Meinung sein: erst müssen die Deutschen geschlagen werden.“

„Wir werden viel von unsern amerikanischen Besuchern lernen.“ Dann flog zwischen beiden abermals eine geheime Botschaft hin und her, vielleicht sagten des Königs Augen, es sei nicht gut für Patienten, sich durch sozialistische Propaganda aufzuregen!

Jedemfalls wandten sich die Pflegerin und der König dem andern Bett zu. Seine Majestät erfuhr, daß der Mann Feuerwerker sei, Dealin heiße und aus Cape Cod komme. Daraufhin bemerkte der Herrscher, wie nötig England gute Panzer-Feuerwerker brauche, und wie dankbar es für deren Hilfe sei.

Jimmie lächelte, fühlte ein klein wenig Eifersucht, nicht für sich selbst natürlich, aber weil er genau wußte, um wie viel wichtiger der Sozialismus als das Schießen ist.

„Nun“ — meinte Seine Majestät — „in einer Sache werden wir wohl einer Meinung sein: erst müssen die Deutschen geschlagen werden.“

„Wir werden viel von unsern amerikanischen Besuchern lernen.“ Dann flog zwischen beiden abermals eine geheime Botschaft hin und her, vielleicht sagten des Königs Augen, es sei nicht gut für Patienten, sich durch sozialistische Propaganda aufzuregen!

Jedemfalls wandten sich die Pflegerin und der König dem andern Bett zu. Seine Majestät erfuhr, daß der Mann Feuerwerker sei, Dealin heiße und aus Cape Cod komme. Daraufhin bemerkte der Herrscher, wie nötig England gute Panzer-Feuerwerker brauche, und wie dankbar es für deren Hilfe sei.

Jimmie lächelte, fühlte ein klein wenig Eifersucht, nicht für sich selbst natürlich, aber weil er genau wußte, um wie viel wichtiger der Sozialismus als das Schießen ist.

„Nun“ — meinte Seine Majestät — „in einer Sache werden wir wohl einer Meinung sein: erst müssen die Deutschen geschlagen werden.“

„Wir werden viel von unsern amerikanischen Besuchern lernen.“ Dann flog zwischen beiden abermals eine geheime Botschaft hin und her, vielleicht sagten des Königs Augen, es sei nicht gut für Patienten, sich durch sozialistische Propaganda aufzuregen!

Jedemfalls wandten sich die Pflegerin und der König dem andern Bett zu. Seine Majestät erfuhr, daß der Mann Feuerwerker sei, Dealin heiße und aus Cape Cod komme. Daraufhin bemerkte der Herrscher, wie nötig England gute Panzer-Feuerwerker brauche, und wie dankbar es für deren Hilfe sei.

Jimmie lächelte, fühlte ein klein wenig Eifersucht, nicht für sich selbst natürlich, aber weil er genau wußte, um wie viel wichtiger der Sozialismus als das Schießen ist.

„Nun“ — meinte Seine Majestät — „in einer Sache werden wir wohl einer Meinung sein: erst müssen die Deutschen geschlagen werden.“

„Wir werden viel von unsern amerikanischen Besuchern lernen.“ Dann flog zwischen beiden abermals eine geheime Botschaft hin und her, vielleicht sagten des Königs Augen, es sei nicht gut für Patienten, sich durch sozialistische Propaganda aufzuregen!

Jedemfalls wandten sich die Pflegerin und der König dem andern Bett zu. Seine Majestät erfuhr, daß der Mann Feuerwerker sei, Dealin heiße und aus Cape Cod komme. Daraufhin bemerkte der Herrscher, wie nötig England gute Panzer-Feuerwerker brauche, und wie dankbar es für deren Hilfe sei.

Jimmie lächelte, fühlte ein klein wenig Eifersucht, nicht für sich selbst natürlich, aber weil er genau wußte, um wie viel wichtiger der Sozialismus als das Schießen ist.

„Nun“ — meinte Seine Majestät — „in einer Sache werden wir wohl einer Meinung sein: erst müssen die Deutschen geschlagen werden.“

„Wir werden viel von unsern amerikanischen Besuchern lernen.“ Dann flog zwischen beiden abermals eine geheime Botschaft hin und her, vielleicht sagten des Königs Augen, es sei nicht gut für Patienten, sich durch sozialistische Propaganda aufzuregen!

Jedemfalls wandten sich die Pflegerin und der König dem andern Bett zu. Seine Majestät erfuhr, daß der Mann Feuerwerker sei, Dealin heiße und aus Cape Cod komme. Daraufhin bemerkte der Herrscher, wie nötig England gute Panzer-Feuerwerker brauche, und wie dankbar es für deren Hilfe sei.

Jimmie lächelte, fühlte ein klein wenig Eifersucht, nicht für sich selbst natürlich, aber weil er genau wußte, um wie viel wichtiger der Sozialismus als das Schießen ist.

„Nun“ — meinte Seine Majestät — „in einer Sache werden wir wohl einer Meinung sein: erst müssen die Deutschen geschlagen werden.“

„Wir werden viel von unsern amerikanischen Besuchern lernen.“ Dann flog zwischen beiden abermals eine geheime Botschaft hin und her, vielleicht sagten des Königs Augen, es sei nicht gut für Patienten, sich durch sozialistische Propaganda aufzuregen!

Jedemfalls wandten sich die Pflegerin und der König dem andern Bett zu. Seine Majestät erfuhr, daß der Mann Feuerwerker sei, Dealin heiße und aus Cape Cod komme. Daraufhin bemerkte der Herrscher, wie nötig England gute Panzer-Feuerwerker brauche, und wie dankbar es für deren Hilfe sei.

Jimmie lächelte, fühlte ein klein wenig Eifersucht, nicht für sich selbst natürlich, aber weil er genau wußte, um wie viel wichtiger der Sozialismus als das Schießen ist.

„Nun“ — meinte Seine Majestät — „in einer Sache werden wir wohl einer Meinung sein: erst müssen die Deutschen geschlagen werden.“

„Wir werden viel von unsern amerikanischen Besuchern lernen.“ Dann flog zwischen beiden abermals eine geheime Botschaft hin und her, vielleicht sagten des Königs Augen, es sei nicht gut für Patienten, sich durch sozialistische Propaganda aufzuregen!

dem mußte die Aufnahme, die sein Vortrag bei dem zahlungs-fähigen Publikum, das sich dazu eingefunden hatte, die Wärme, die ihm von seinen Zuhörern entgegenströmte, darüber Gewißheit verschaffen, daß die Bourgeoisie, soweit sie nicht rettungslos auf das Schieberniveau gesunken ist, soweit in ihr überhaupt noch geistiges Leben und Streben vorhanden ist — und diese dünne, aber schon sehr dünne Schicht, diese geistige Elite der Bourgeoisie war es, die sich zu Kersjellings Vortrag ein Stellbildchen gegeben hatte — in Philosophen vom Schlage Kersjellings ihr Symbol gefunden hat, in ihnen sich symbolisiert, an sie glaubt — zeitweise mit derselben gefühlstarken, aber geisteschwachen Inbrunst wie der Gläubige an seinen Heiland —, sich an sie als ihren letzten Rettungsanker klammert.

Die „Symbolik der Geschichte“, ihr Sinn und ihre Bedeutung enthüllt sich hier klar, klarer noch, wenn man die Philosophie des verfallenden Bürgertums mit der des aufstrebenden Proletariats vergleicht. Da wird es sonnenklar, daß alles geistige und künstlerische, religiöse und philosophische Sein, soweit es sich gesellschaftlich auswirkt, nur als Ueberbau über der ökonomischen Grundlage verstanden werden kann, ein ideologischer Ausdruck ökonomischer Verhältnisse, Vorgänge und Entwicklungsreihen. Von diesem Standpunkt ist es zu verstehen, daß die aufsteigende Klasse des Proletariats sich als ideologischen Ueberbau eine gesunde, lebensfreundliche Philosophie geschaffen hat, die mit beiden Füßen auf dieser schönen Erde steht, einen klaren Gedankenbau, dem alles metaphysische Spinnweben als etwas Unrationalistisches fremd und verhasst ist. Es ist der Positivismus eines Marx und Engels, der Phänomenalismus eines Dicksen und Mach, zu dem sich das Proletariat als zu seiner Philosophie bekennt, und soweit fanatische Elemente in die Gedankenwelt des Proletariats Eingang gefunden haben, sind es die Antimetaphysiker Kant, der die Metaphysik und ihren Gott und ihre Seele aus dem Bereich des wissenschaftlich-rationalistisch Erfassbaren ein für allemal verbannt hat. Das ist die Philosophie des Proletariats, die sich in der materialistischen Geschichtsauffassung einen das Verständnis für das zeitliche Geschehen ermöglichenden soliden Körper geformt hat.

Und auf der anderen Seite das untergehende Bürgertum: Seine wertvollsten Elemente haben einen Weg aufwärts, den Weg ins Lager des Proletariats, gefunden, der größte Teil ist bereits geistig und seelisch untergegangen und die kleine noch übrigbleibende Schicht hat den Ausweg gefunden, der jeder verfallenden Klasse als der letzte geblieben ist: den Weg, der aus diesem verfallenden Leben herausführt in ein niemals rationalistisch, sondern nur religiös bzw. metaphysisch erfassbares Jenseits. Das verfallende Leben haßt nach dem Strohalm der Metaphysik. Es will nicht mehr denken — da würde es ja den Grund erkennen, dem es zukümmert —, sondern glauben. Da ist ihm das abgeschmackteste Gebräu einer verschwommenen Theosophie, da sind ihm Menschen, die an Stelle des klaren Gedankens glühende Geistesheiligkeit, an Stelle des Rationalistischen ein unklares Gefühl legen, eben recht. Darum sind die Auflagen, die die Bücher eines Spengler und Kersjelling erleben, und der Zustand, den die Vorträge dieser Leute finden, tief symbolisch.

Das ist für die materialistische Geschichtsauffassung das Symbolische an der Geschichte: daß in jedem Kunstwerk, in jedem Gedankengebäude sich ebenso wie in jedem Geschuch und in jeder Staatsverfassung die Art und Entwicklungslinie der ökonomischen Verhältnisse widerspiegelt — womit natürlich nicht gesagt sein soll, daß ihre ganze Bedeutung sich in dieser Widerspiegelung erschöpft, daß ein Kunstwerk nicht eben absoluten, von aller historischen Bedingtheit unabhängigen Wert hat usw. Aber es ist diese Abhängigkeit eine ihrer vielen Bedeutungen, nämlich das Geschichtssymbolische an ihnen.

Kersjelling liest aus der Geschichte etwas anderes heraus. Am es gleich vorwegzunehmen: ungefähr das, was Hegel aus ihr herauslas. Der Unterschied ist nur der, daß Hegel in einer Zeit lebte, wo das Bürgertum noch nicht ganz so verkommen war wie heute, daß in ihm noch die Traktion eines Geistesriesen wie Kant fortlebte und daß er darum in klare Gedanken faßte, was Kersjelling in verschwommenen Gefühlsausdrücken wiedergibt. Oder, philosophisch gesprochen: Hegel faßte den Geist, dessen Verwirklichung in der Zeit nach seiner Ansicht die Geschichte ist, noch rein rationalistisch, während Kersjelling bereits die Höhe der Metaphysik erklimmen hat, die unter ihm etwas Uebergeistiges versteht, einen — Sinn, nicht Geist, sondern Sinn — diesen Anstich soll ein Geist fassen! Um diesen Sinn, der, wie Kersjelling ausdrücklich betont, mehr ist als etwas rein Intellektualistisches, drehte sich der ganze Vortrag, er ist es, der im Tatsächlichen, d. h. im geschichtlichen Verlauf der Ereignisse, seinen symbolischen Ausdruck findet. In diesem überintellektualistischen Sinn ist die Geschichte nach Kersjelling ein geistiger Zusammenhang, ist ein Geistiges, das in der Geschichte immer mehr nach Ausdruck, nach Verwirklichung drängt. Daraus ergibt sich der Gedanke des Fortschritts, zunächst als Postulat: das stets tiefer Erfassen des Sinns, bzw. das stetige Wachsen der Sehnsucht nach dem Sinn, so daß der symbolische Ausdruck des Sinns — das menschliche Sein und das historische Geschehen — ihm stets adäquater, daß er stets sinngemäher wird.

Es ist nicht gerade originell, was Kersjelling da ausspricht. Hegel hat alle diese Gedanken in seiner „Philosophie der Geschichte“ viel klarer und philosophischer tiefer fundiert bereits ausgesprochen und Marx hat mit seiner materialistischen Geschichtsauffassung ebenso wie in seiner positivistischen Umdeutung der Hegelschen Dialektik durch eine einfache Umkehrung die Hegelsche Philosophie vom Himmel der Metaphysik auf den festen Boden der Tatsachen zurückgeführt, sei, wie Engels sich ausdrückt, vom Kopf auf die Füße gestellt. Bei Kersjelling kann man sich diese Nähe ersparen. Seine Geschichtsphilosophie hat dazu nicht genug Kopf, ja sie hat weder Kopf noch Füße. Immerhin vermochte er noch Geistesreichigkeiten genug — allerdings noch viel mehr idiosynkratische — aus ihr abzuleiten. So versuchte er die Niederlage Deutschlands, den Sieg der Entente und das Aufsteigen des Sternes im Osten geschichtsphilosophisch zu erklären: Deutschland sei für die Völker ein Symbol alles dessen gewesen, was sie überwinden wollten, während die 1918 die Entente und seither Rostau ihre Kraft aus einem bestimmten „Symbolträgetum“ schöpften. Aber Kersjelling vermochte das deutsche Publikum, das ihm gläubig, aber auch ein bißchen erschreckt über die hohe Bedeutung, die er dem Kommunismus beilegte, anstarrte, bald zu trösten: das nächste Symbolträgetum wird natürlich Deutschland sein. Tatsächlich beginne man auch schon überall außerhalb Deutschlands an Deutschlands Zukunft zu glauben. Beweis: das Ansehen, das die deutsche Mark im Osten genießt! Dieser unfreiwillige Witz wurde anscheinend vom Publikum, das doch sicherlich in Valutafragen gut bewandert ist, gar nicht verstanden.

Diese Probe wird genügen, um klarer zu machen, als es Kersjellings Worte selbst vermöchten, welcher Geist es ist, des Kinds Kersjelling ist und den er in der Geschichte sich verwirklichen sieht. Für die Arbeiter aber ist es sehr nützlich, wenn sie einmal erfahren wie es im anderen Lager aussieht. Ausgerichtet mit dem Pöbel der materialistischen Geschichtsauffassung werden ihnen die zeitlichen Vorgänge in jenem Lager ein Barometer sein, an dem sie den Stand der inneren Kräfte des Feindes ablesen können. Das Barometer steht tief, sehr tief, aber sein Tiefstand erfüllt uns mit Zuversicht: er bedeutet ja keinen absoluten Tiefstand unserer Kultur, sondern dieser verfallenden bürgerlichen Kultur wächst bereits eine andere neue entgegen, deren klarer und lebensvoller Träger das Proletariat ist. Und in dem Maße, wie die alte Kultur ab-

stirbt, entfaltet die neue ihre Flügel. Die historischen und geistigen Vorgänge unserer Zeit mögen uns ein Symbol ihres Abstieges und unseres Aufstieges sein. Dr. Alfred Braunschlag.

Kleine Chronik.

Republikanisches. Wer es bis jetzt noch nicht glaubte, daß wir eine deutsche Republik haben, wird nunmehr seine letzten Zweifel daran begraben. Einer kleinen Gemeinde von 2000 Seelen oben im Holsteinischen gebührt der Dank für diese Belehrung aller Zweifler: In der Erkenntnis, daß das Münzrecht der Fürsten eine der stärksten Stützen des Absolutismus war, hat sie es unternommen, ein Monument für die Abschaffung dieses Privilegs durch die Herausgabe eigenen Papiergelds zu errichten. Wenn boshafte Leute einwerfen, daß dies ja große Städte schon längst getan haben, so ist zu erwidern, daß bei denen eben ein Gebot der Not an kleiner Münze sie dazu zwang, während es bei dieser kleinen Gemeinde eben ein freier republikanischer Entschluß war. Und wenn noch boshaftere Leute behaupten, daß schließlich mit solchem Geld für eine Gemeinde etwas zu verdienen wäre, da der deutsche Sammler noch immer nicht ausgestorben sei, so wird man darauf überhaupt nicht zu antworten brauchen. Daß die Scheine um ihrer Schönheit willen zum Sammeln verlockten, wird auch sicher niemand zu behaupten wagen. Die Gemeinde hat diesen Verdacht klug zu vermeiden gewußt, indem sie der Böhischen Luise, die auf der einen Seite prangt, weiß sie in dieser herrlichen Gegend entstanden ist, von dem entwerfenden Künstler grüne Augen einsehen ließ, obwohl die Unterschrift nur poetisch schön besagt, daß sie ein „rosenwangiges Mägdelein“ sei. Außerdem hat man durch eine hinreichend hinreichende Landschaftsansicht auf der Rückseite dafür gesorgt, daß auch dem, der den Schein nur von dieser Seite sehen sollte, alle Zweifel über seinen künstlerischen Wert schwinden. Es sollte eben wirklich nur ein republikanisches Monument ohne alle solchen Ueberflüssigkeiten errichtet werden. Es ist zu hoffen, daß bald alle kleinen Gemeinden dem eben Beispiel von Malente-Gremsmühlen nachfolgen. Dann würde auch endlich dem Anflug des einheitlichen Geldes in Deutschland ein Ende gemacht sein. Hoffentlich erleben wir diese schöne, diese endgültig republikanische Zeit noch!

Romain Rolland in deutscher Sprache. Zu unserer neuerlichen Besprechung der Rollandbiographie von Stephan Zweig tragen wir nach: Von den Werken Romain Rollands sind im Verlage der Literarischen Anstalt Rütten u. Loening, Frankfurt a. M., die folgenden erschienen: Das Leben Michelangelos, mit 24 Abbildungen, Pappband 28 M., in Halbleinen 32 M.; Johann Christof, Roman, 3 Bände, pro Band geheftet 23 M., gebunden 30 M.; Meister Breugnon, Ein frühliches Buch, geheftet 12 M., gebunden 18 M. In Kürze wird in demselben Verlag erscheinen Das Leben Tolstois. In Vorbereitung befinden sich die deutschen Ausgaben der Werke: Cerambaut, Au-dessus de la mêlée, Empédocle d'Agrigente, Voyage Musical au pays du passé.

Was Gelehrte alles beweißen können. Die schwedische Gefängnisverwaltung, die eine Veränderung der Disziplinarrufen in den Gefängnissen beabsichtigt, hat das Urteil eines Psychologen darüber eingeholt, ob es bedenklich sei, wenn Gefangene eine zeitlang auf Wasser und Brot gesetzt werden. Der Gelehrte kommt zu dem Schluß, daß eine Herabsetzung der Nahrungsmenge auf die Hälfte wenigstens auf sechs Monate ohne Schädigung möglich sei, vorausgesetzt natürlich, daß die Maßnahme nicht bei Kranken, vor allem nicht bei Tuberkulösen angewandt und höchstens drei Monate hintereinander beibehalten wird. Bei reiner Brotkost würden 700 Gramm gewöhnlichen Roggenbrots täglich die Hälfte des Nahrungsbedarfs decken. Eine solche Zuchtmahregel sieht er für humaner an als die ebenfalls vorgeschlagene Wiedereinführung der Prügelstrafe.

Auf Mittel und Wege zu sinnen, die Ursachen zu beseitigen, die Menschen ins Gefängnis bringen, kommt solchen menschenfreundlichen Gelehrten natürlich nicht in den Sinn.

Die Kinosuche. Daß die Kinosuche heute nicht lediglich eine Großstadtercheinung, sondern auch in Klein- und Mittelstädten verbreitet ist, geht aus einer Statistik hervor, die das Fachblatt Lichtbild-Bühne veröffentlicht. Danach gibt es im Deutschen Reich 2104 Orte mit 3731 Kinos. Von den Orten mit weniger als 10 000 Einwohnern haben 1219 Kinos, während 319 noch keine aufzuweisen haben. „Ueberraschend“ ist es, daß es unter den Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern noch 30 ohne ein Kino gibt.

In den Vereinigten Staaten gibt es nach demselben Blatte 18 000 Kinos, darunter allein in New York 3500. Die größten New Yorker Kinos sind das Capitol-Theater mit 5600 Plätzen, Strand mit 2900, Rivoli mit 2006 und Rialto mit 1900 Plätzen. Im Criterion-Theater mit 1200 Sitzplätzen wird jeder Film drei bis vier Wochen gespielt. Am Broadway allein, der 26 englische Meilen lang ist und ganz New York durchquert, gibt es 65 Kinos.

Den Profit des Kinopitals aber bringen die großen Massen der arbeitenden Bevölkerung auf; denn die Bourgeoisie hat andre Vergnügungstätten.

Schauspielhaus. In der Erstaufführung des Woyzeck (Wozzeck) am Sonnabend ist die Rolle des Tambourmajors nicht, wie gemeldet, mit Otto Werther, sondern mit Karl Kessler besetzt.

Eingelaufene Schriften.

„Ita“ und andere Erzählungen aus der Revolution. Ausgewählt und übertragen von Fedja. Verlag der Arbeiterbuchhandlung, Wien, 111, Alsterstraße 69. Preis 18 Kronen. Organisierte und Arbeiterbibliotheken zahlen nur 12 Kronen.

Karl Sternheim, 1913. Schauspiel in drei Aufzügen. Kurt Wolff Verlag, München. Geheftet 6 M., gebunden 12,50 M.

Erwin Barish, Die Sozialisierung des Rohlenbergbaus, Mahnungen und Bedenken. Herausgegeben von der Gesellschaft Aufbau und Werden. Verlag Der Firm, Berlin V, 57. Preis 1,50 M.

U. Jannasch, Schwarze Schmach und Schwarzweißrote Schande. Flugblätter des Bundes Neues Vaterland. Nr. 18 bis 21. Verlag Neues Vaterland, E. Berger & Co., Berlin W. Preis 4,40 M.

Mafters de Latude. Ein Opfer der Kompagnie. Verlag Robert Lutz, Stuttgart. Geh. 17 M., in Halbleinen geb. 24 M.

Wissen und Glaube n. Zeitschrift für naturlich-menschliche Welt- und Lebensanschauung. Herausgegeben von Dr. phil. Georg Kramer, Düsseldorf, Kaiser-Wilhelm-Str. 53. Preis der Einzelnummer 50 Pfg. Bezug durch die Post vierteljährlich 1,75 M.

Schlachten des Weltkrieges. 1914—1918. Heft 1: Antwerpen 1914. Herausgegeben unter Mitwirkung des Reichsarchivs. Verlag von Gerhard Stalling, Berlin. Preis 14,50 M.

Schlachten des Weltkrieges. 1914—1918. Heft 2: Baranowitsch 1916. Herausgegeben unter Mitwirkung des Reichsarchivs. Verlag von Gerhard Stalling, Berlin. Preis 14,50 M.

Wirtschaftliches Arbeitnehmersachenbuch. Volkswortlag für Wirtschaft und Verkehr, Stuttgart. Preis 9 M.

Die Symbolik der Geschichte.

Vortrag von Graf Kersjelling im Kaufhaus am 23. Januar. Kersjelling wurde sich bei seinem Vortrag wohl kaum dessen bewußt, daß er selbst ein tiefes Symbol darstellt. Aber wer nur ein wenig „Instinktischerheit“, um mit Kersjelling zu sprechen, hat,

Reichstag.

Berlin, 27. Januar, nachm. 1 Uhr.

Die Interpellation Herz (Dnat. Vp.) über die Haftbewirtschaftung wird die Regierung in der geschäftsordnungsmäßigen Zeit beantworten. — Das Gesetz über die Abgabe von Versicherungen an Eidesstatt zur Geltendmachung von Rechten und Interessen im Auslande wird ohne Aussprache in allen drei Lesungen angenommen; ebenso das Gesetz über die Kontrolle der Kriegszuschüsse. — Der Gesetzentwurf zur Entlastung der Gerichte wird dem Rechtsausschuß debattelos überwiesen. — Es folgt die Beratung der Interpellation über die Vorlage eines Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes, die von den Frauen sämtlicher Fraktionen, mit Ausnahme von Frau Zettin (Komm.), eingebracht wurde.

Abg. Frau Müller-Dreißig (Dnat. Vp.): Wir verlangen baldigst die Vorlage eines Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes. Die staatliche Jugendfürsorge reicht zwar für die seelischen Bedürfnisse der Erziehung nicht aus, ist aber um so notwendiger für die Erziehung sozialer Ziele.

Reichsminister des Innern Koch: Die Reichsregierung legt Wert darauf, durch ein Reichsgesetz der Vernachlässigung der Jugend entgegenzuwirken. Der Entwurf ist dem Reichsrat bereits im Februar 1920 zugegangen, aber von ihm erst im Juli 1920 in Angriff genommen worden, weil die Vorarbeiten durch den Rapp-Putsch abgebrochen werden mußten. Leider begegnet die Durchführung des Gesetzes finanziellen Schwierigkeiten, da es unbestimmt ist, ob das Reich oder die Länder die Kosten zu tragen haben. Der Reichsfinanzminister hat 50 Millionen Mark als Reichszuschuß zur Verfügung gestellt. Preußen fordert eine Erhöhung des Reichszuschusses. Der Schwerpunkt liegt nicht bei der Reichsinstanz, sondern bei den Familien, Jugendvereinigungen usw.; das Reichsgesetz soll lediglich eine Zersplitterung vermeiden und die Jugendfürsorge über das ganze Reich ausdehnen. Die Verhandlungen sind vom Reichsrat wieder aufgenommen worden, der Gesetzentwurf dürfte in drei bis vier Wochen dem Reichstag zugehen.

Abg. Frau Dr. Baum (Dem.): Mit den Ausgaben für die Kriegesbeschädigtenfürsorge sind wir einverstanden, doch muß für die Jugend auch etwas übrig bleiben. Den Gemeinden kann man nicht alles überlassen.

Abg. Frau Schröder (Soz.): Finanzminister und Reichsminister sollten sich darüber klar sein, daß während sie sich streiten, die Kinder zugrunde gehen. Das einzige Erreichte in den Ausführungen des Ministers Koch war die Erklärung, daß das Gesetz in der nächsten Zeit dem Reichstag zugehen werde. Wir haben in den letzten Wochen die große Aktion der Kinderhilfe im ganzen Reich erlebt und finden es um so sonderbarer, daß man sich an den höchsten Stellen in dieser Zeit, statt zu handeln, noch über Kompetenz- und Finanzfragen streiten kann. Das Reich muß unbedingt die Initiative ergreifen. Wenn für unsere Kinder von Reich wegen 50 Millionen Mark zur Verfügung werden, so ist das verhältnismäßig eine sehr kleine Summe. Im Etat des Reichsministeriums des Innern wurden für die Technische Nothilfe 40 Millionen Mark eingestellt. Die Zunahme der tuberkulösen Tuberkulose bedeutet eine schwere Gefährdung des ganzen Volkes. Minister Koch sagte, der Schwerpunkt liege nicht in der Reichsinstanz, sondern die Verantwortung liege bei den einzelnen Familien und Fürsorgevereinen. Gewiß darf und kann der Einfluß der letzteren nicht geschwächt werden, aber das Reich muß alles tun, um den kleinen Hilfsorganisationen unter die Arme zu greifen. (Beifall.)

Abg. Frau Dr. Mah (D. Vp.): Wir wollen ein Reichsjugendwohlfahrtsgesetz, das eine großzügige Organisation verbürgt, mit einem Jugendamt an der Spitze. Auf die Festlegung gewisser Mindestforderungen können wir uns nicht festlegen. Die private Fürsorge, die außerordentliches geleistet hat, darf nicht unterbunden werden, aber der Staat als letzte Instanz muß die Leitung und Überwachung in die Hand nehmen. (Bravo!)

Staatssekretär Schulz: Es ist eine erfreuliche Tatsache, daß in dieser Frage eine weitgehende Einigung der Ansichten dieses Hauses in Erscheinung tritt. Das läßt hoffen, daß das Gesetz vom Reichstag bald verabschiedet wird. Der Reichsminister des Innern hat Verhandlungen in die Wege geleitet, die das Zustandekommen einer Verständigung der einzelnen Finanzressorts erwarten lassen. Entgegen der Behauptung einer Vorrednerin, daß der Gesetzentwurf dem Hause nicht zugänglich gemacht worden sei, muß ich erklären, daß ich bereits im Frühjahr einige der wenigen vorhandenen Exemplare an Persönlichkeiten verteilte, von denen ich annehmen konnte, daß sie dieselben ihren Fraktionen überreichen würden. U. a. übergab ich auch der Abg. Frau Zieh mehrere. Der Reichsminister des Innern ist sich klar, daß die ausgeworfenen 50 Millionen Mark für das große Fürsorgewerk nicht ausreichen; sie sollen lediglich ein Zuschuß zu den ganz erheblichen Leistungen der Länder, Gemeinden und Fürsorgeanstalten sein.

Abg. Dr. Bönenstein (U. Soz.): Wir betrachten das Gesetz nur als Abschlagszahlung, denn man kann nicht ein einzelnes Gebiet aus dem ganzen Zusammenhang dieser Fragen herauslösen und reformieren. Zu lösen ist dies Problem nur mit einer

Reform der ganzen Kultur und Wirtschaft. Das Chaos unierer Wirtschaft hat unweidlich auch die Kulturkatastrophe zur Folge. Die konservativen Kreise wollen alles nach ihrer Kultur, ihrer Familie und Sitte orientieren. Wir hingegen lösen das ganze Problem im Zusammenhang auf mit der ungesicherten Wirtschaftslage der breiten Massen. Bei Ihnen (nach rechts) steht am Anfang aller Erziehung: Autorität, blinder Gehorsam und Pflichtgefühl. Das alles wollen Sie erreichen durch strengste Zucht, unter gänzlichlicher Verkennung der völkigen Forderung Ihrer Kultur und Ihrer Gesellschaftsordnung. Wir stellen an die Spitze der Erziehung Solidarität und soziales Gemeinschaftsgefühl. Dabei sind wir uns der Gefahren dieses Übergangsalters für unsere Jugend wohl bewußt. Obwohl wir uns von der reichsrechtlichen Regelung der Maturie nichts Wesentliches versprechen, sehen wir doch ein, daß ein Mißschick für die Jugend dringend notwendig ist. Das Reichsgesetz muß alle bisherigen Einschränkungen des bürgerlichen Gesetzbuches beseitigen, z. B. auf dem Gebiete der Adoption, des Vormundschaftswesens und der Erziehung. Die Fürsorgeerziehung darf nicht den einzelnen herausgehen aus der sozialen Gemeinschaft und ihn auf militärische Weise drücken; sonst bleibt es immer bei den bisherigen Mißerfolgen. Vielmehr muß gerade die Maturie nichts Wesentliches versprechen, sehen wir doch ein, daß ein Mißschick für die Jugend dringend notwendig ist. Das Reichsgesetz muß alle bisherigen Einschränkungen des bürgerlichen Gesetzbuches beseitigen, z. B. auf dem Gebiete der Adoption, des Vormundschaftswesens und der Erziehung. Die Fürsorgeerziehung darf nicht den einzelnen herausgehen aus der sozialen Gemeinschaft und ihn auf militärische Weise drücken; sonst bleibt es immer bei den bisherigen Mißerfolgen. Vielmehr muß gerade die Maturie nichts Wesentliches versprechen, sehen wir doch ein, daß ein Mißschick für die Jugend dringend notwendig ist.

Abg. Frau Zettin (Komm.): In der kapitalistischen Gesellschaft bedeutet der Besitz alles, der lebendige Mensch nichts. Daraus erklärt sich der gänzliche Mangel an Initiative seitens der bürgerlichen Klassen. Sie haben eben noch nicht eingesehen, daß Mensch und Ökonomie die beste Politik ist. Schon vor dem Kriege gab es entscheidende Mißerfolge, aber Kinderkrisen und Verbrechertum der Jugendlichen infolge des Krieges entleglich zugenommen. Die bürgerliche Gesellschaft will sich im Grunde nur gegen die Brecher ihrer Ordnung schützen. Wir aber wollen ein starkes, idealistisch gesinntes Geschlecht revolutionärer Kämpfer heranziehen, das ein neues Zeitalter heraufzuführen. Das Kinderelend ist heute nicht nur unter den Proletariern, sondern auch bei den Kleinbürgern und Mittelbürgern entsetzlich verbreitet. Der Staat, die Gesellschaft hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht zur Erziehung der Kinder. Das Kind ist nicht das Eigentum der Eltern, sondern die Gesellschaft hat für seine größte Entwicklungsmöglichkeit zu sorgen. Die private Initiative hat in bezug auf die Kinderfürsorge viel geleistet; wir verlangen aber auch für die privaten Bestrebungen, die aus dem Proletariat hervorragen, also für die sozialistischen und kommunistischen Jugendorganisationen, die gleiche Bewegungsfreiheit, wie sie die übrigen karitativen Bestrebungen genießen. Da aber die Frauenarbeit die Frau immer mehr verhindert, ihre Mutterpflichten auszuüben, muß die Kinderfürsorge eine Berufstätigkeit werden. Wir werden uns bestreben, die Schandmale der kapitalistischen Ordnung aus dem Jugendfürsorgegesetz nach Möglichkeit zu entfernen. Ohne Unterschied des Standes und der Religion wollen wir die Grundlage schaffen für freie Menschen, die sich bewußt sind ihrer Pflicht gegen die Gesellschaft.

Abg. Frau Lang-Bruman (Bayr. Vp.): Dem Reichsjugendfürsorgeamt sollte ein Beitrag aus den Landesjugendfürsorgeämtern beigegeben werden. Zwischen Helfern und Hilfsbedürftigen sollten möglichst wenig Instanzen bestehen. Die Jugendfürsorgeverbände müssen die reichsfinanzielle Unterstützung erhalten.

Abg. Frau Neuhans (Zentr.): Die Not der Jugend übersteigt alle Grenzen. Ich bin erkrankt, wie wenig meine Ansichten von denen der Frau Zettin abwichen, und hoffe, daß wir in dieser Beziehung gut zusammenarbeiten können.

Darauf folgt die dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über den Entschluß von Verordnungen für die Zwecke der Übergangswirtschaft. — Danach kann mit Zustimmung des Reichsrates und eines Reichstagsausschusses die Regierung die Maßnahmen anordnen, die ausschließlich die Regelung des Überganges von der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft betreffen. Für Beschlüsse auf Einführung oder Aufhebung von Bewirtschaftungen bedarf es in diesem Ausschuß der Zustimmung von mindestens zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder.

Abg. Warnitz (Dnat. Vp.) beantragt, dem Ausschuß nicht die Bejusnis zu geben, auch über die Aufhebung von Bewirtschaftungen zu entscheiden. — Die Abgg. Herz (U. Soz.) und Dr. Herzfeld (Komm.) lehnen den Antrag ab. — Abg. Schäfer (Dem.) gibt die Erklärung ab, daß die drei Regierungsparteien ihren Antrag, der sich fastlich mit dem der Deutschnationalen deckt, zurückziehen, weil mit seiner Annahme das Zustandekommen des ganzen Entwurfs gefährdet sein würde.

Vor der Abstimmung verlassen unter allgemeiner Heiterkeit die Unabhängigen und Kommunisten den Saal, um bei der Gesamtabstimmung eine Zweidrittelmehrheit des Hauses zu verhindern. — Unter Ablehnung des deutschnationalen Antrages wird der Entwurf unverändert angenommen.

Präsident Voegelé: Obwohl die Frage, ob das Gesetz ein verfassungsänderndes ist, noch der Klärung bedarf, legt die Regierung auf seine Annahme keinen Wert, wenn nicht die verfassungsmäßige

Mehrheit dahinter steht. Die Gesamtstimmung wird daher an einem andern Tage stattfinden.

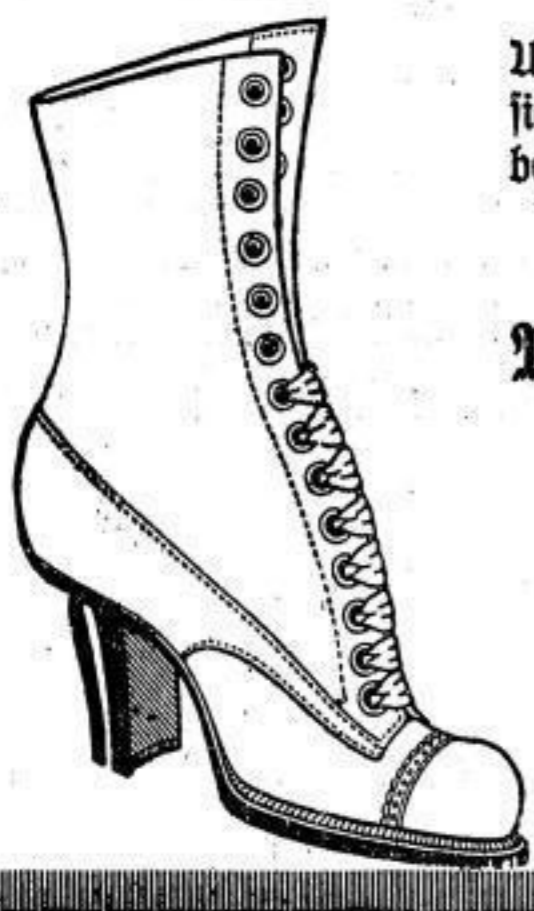
Reichswehrministerium.

Es folgt die zweite Lesung des Haushalts des Reichswehrministeriums. — Als Berichterstatter berichtet Abgeordneter Stülken (Soz.) über die Zuschußverhandlungen.

Abg. Schäfer (Soz.): Ungeachtet der im Ausschuß vorgenommenen Abträge bleiben nach unserer Überzeugung in dem Etat noch Ausgaben, die ohne Gefährdung wichtiger Interessen gestrichen werden können. Auch im Reichswehrministerium selbst sind noch Abträge von Beamtenstellen möglich. Mit den Stellen von Stabsoffizieren ist sehr verschwenderisch umgegangen, man hat sich in den höheren Stellen eben gegenseitig verlorzt. Auch die Zahl der Pferde ist zu hoch. Bei den Mannschaften kommt auf jeden vierten Mann ein Unteroffizier. In der Garnison Magdeburg hat man für die Unterbringung von 1440 Mann sowie Kojernen gebraucht, wie früher für mehrere Regimenter. Diese Raumverschwendung geht über die Notwendigkeiten hinaus und steht im krassen Gegensatz zur Wohnungsnot und zu unserm Finanzelend. Bestimmte Gründe hindern mich anzugeben, zu welchem Zwecke das gemacht wird. Auch das Reichswehrministerium hat gegen solche Verschwendung Einspruch erhoben. Den Offizieren wird jeder Wunsch nach einer bestimmten Garnison erfüllt, daher werden die Formationen übermäßig auseinandergerissen. Überall fehlt es im Etat an der notwendigen Sparsamkeit. Dagegen wird an Kleinigkeiten Sparbarkeit demonstriert: Im Etat steht wörtlich, daß der Reichswehrminister auf das Auto des Chefs der Heeresleitung angewiesen sei. Bei den guten Beziehungen der beiden Herren zueinander ist nicht anzunehmen, daß der Chef der Heeresleitung dem Minister das Auto sperret. (Heiterkeit.) Schon sind parlamentarische Kräfte am Werke, um die wenigen Abstriche wieder rückgängig zu machen. Ein Ende muß gemacht werden mit der Verschwendung gegenüber viel Mißbrauch getrieben worden. Ebenso fordert dieser Antrag ein Gesetz zur Wänderung der Militärgerichtsbarkeit, welches die Rechte des Gerichtsherrn beseitigt. Ich bitte auch um Annahme des Antrages Müller, der die Vorlegung eines genauen Berzeimisses der Weisenbestände verlangt, die der Reichswehr etatsmäßig zur Verfügung stehen. Gefährlich und ganz im Sinne des alten Systems erscheint die Organisation der oberen Behörden der Reichswehr, wonach der Chef der Heeresleitung zwar die Macht, aber nicht die Verantwortung hat. Auch früher piffen die Leiter des Generalstabes und Militärsabinetts ein lustig Viehlein auf die Bestimmungen des Reichstages. (Zuruf links: Und heute?) Bei einem nicht sehr energischen Minister ist dieser Zustand den militärischen Herren sehr angenehm. Sie sitzen draußen und der Zivilist muß die Kritik des Reichstages aushalten. Herr Geiler hält sich für einen starken Mann. Der Minister soll keine Genugtuungsschüßel treiben, sondern nur Verschonungstreue verlangen. Die Schwereigkeiten, die der Minister vorfindet, verkennen wir nicht. Für das schlimmste Erbe des Krieges und des Zusammenbruchs. Bewilderung und Disziplinlosigkeit haben wir volles Verständnis. Aber wenn man das alles auch weisheitsvoll auslegt, bleibt doch immer noch vieles Bedenkliche. Es wird nicht mit hinreichender Energie gearbeitet, den Geist der Reichswehr mit ihren neuen Aufgaben in Einklang zu bringen. Der Minister hat erklärt, das Offizierskorps sei in seiner Weisheit monachisch. Dann aber muß er gerade als parlamentarischer Minister das Offizierskorps mit höchstem Auge überwachen, damit künftig die Exzesse gegen die Regierungsbefehle und die Republik unterbleiben. Genügsamkeit soll verlangen wir nicht, aber die Verhandlungen der Republik, wie sie vielfach vorgekommen sind, verhindern wir uns. Ich gebe gern zu, daß der Minister in einzelnen Fällen mit Nachsicht mehr erreichen kann als mit Strenge. Aber bei Aktionen, wie dem Rapp-Putsch, kann es nicht genügen, daß ein kleiner Leutnant oder auch mal ein Hauptmann daran glauben muß. Eine Reihe von Vorzügen, die die öffentliche und parlamentarische Kritik herausfordern, wären bei richtigem Eingreifen des Ministers unmöglich. Das Organ des heutigen Offiziersbundes bringt am heutigen Geburtstag des Erzherzogs einen im alten byzantinischen Geiste gehaltenen Artikel, in dem es ihm die tiefstemfundesten Glückwünsche der deutschen Offiziere zufließen legt. Dem deutschen Offiziersbunde gehören zahlreiche Reichswehroffiziere an. Wie aber das Soldatenblatt Schild und Scholle einen farblosen Artikel gegen den Reichswehrgesetzentwurf brachte, wurde es für Reichswehresoldaten verboten!

In Bayern, wo überhaupt seltsame Dinge vorgehen, läßt man die Offiziere und Soldaten, die sich im Rapp-Putsch als verfassungstreue erwiesen haben, dies jetzt entgelten. Es gehen unter den Regimentskommandeuren von General v. Wühl unterzeichnete Rundschreiben herum, in denen nach der Meinung der Offiziere und Mannschaften gefragt wird. Auf der äußersten Linken sollte man einsehen, daß alle unbesonnenen Streiche nur den Offizieren

Inventur=Ausverkauf



Unsre fabelhaft billigen Preise erregen allgemeines Aufsehen. Unsre Umsätze vergrößern sich mit jedem Tage, weil jeder Verkauf uns neue Kunden bringt. Diese Tatsache beweist am deutlichsten, welche Wirkung unsre beispiellosen Angebote auf alle sparsamen Verbraucher ausüben.

Man besichtige unsre vielseitigen Schaufenster-Auslagen, sie sagen alles!

Stordheimer



mit Recht zulassen geben, den Geist der Soldaten in ihrem Sinne zu beeinflussen. Das erste, was der Reichswehrminister durchführte, war die neue Bekleidungsordnung. Das Wiedererheben der Märschälle und Orden ist eine Kapitulation vor den Offizieren. Das Wiedererheben dieses militärischen Firlefanzes ist eine Provokation aller Kreise des deutschen Volkes, die auf dem Boden der Republik und der Demokratie stehen. Auch die Vorgänge im Volkstheater Pöper und der Pseudo-Spartakistenkampf von Bülstrom, der nach Erklärungen des Regimentskommandeurs höheren Orts befohlen worden ist, sind unerhörte Ersehnungen. Dem Reichswirtschaftsverband deutscher Berufssoldaten werden große Hindernisse bereitet. Mit Vorwänden, wie, der Reichsbund deutscher Berufssoldaten wolle einen Soldatenstreik organisieren, sympathisiere mit den Linkstabilen, wird gegen ihn gearbeitet. Das Wehrkreiskommando 1 erteilt für Reichswehrsoldaten ein Verbot, das vom Minister bestätigt ist, dem R. D. V. anzugehören. Begründet ist das Verbot mit dem Streben des R. D. V. nach Abänderung des Wehrgesetzes im Sinne der Koalitionsfreiheit der Soldaten. Dagegen konnte man für ein Verbot des Beitrittes zum Verbande national gestimmter Soldaten keine Handhabe finden, weil das Reichswehrgesetz noch nicht in Kraft getreten ist. Auch wir Sozialisten anerkennen, daß jede Regierung eine Macht in den Händen haben muß, um ihre Gesetze und Verordnungen durchzuführen zu können. Dieses Machtinstrument muß aber in seinem Innern, in seinem Geiste an die deutsche Republik angepaßt sein. Dafür zu sorgen ist Pflicht des Ministers. Wenn aber das Instrument so aussieht, wie die heutige Reichswehr, so werden sich immer Reibungsflächen mit der Arbeiterkassette ergeben und die monarchische Gefahr, auf die nach meiner Überzeugung der General von Seeckt hinarbeitet, wird wachsen. Es ist eben unser Unglück, daß wir einen nachgiebigen Reichswehrminister und einen nachgiebigen Chef der Herrensoldaten haben. Wir Sozialdemokraten arbeiten gegen die monarchistische Gefahr und werden nie aufhören für die Erhaltung der Republik zu kämpfen. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Erising (Zentr.): Der Herr Reichswehrminister ist seiner Aufgabe voll und ganz gerecht geworden, er hat alles getan, um eine dem Volke dienliche Wehrmacht zu schaffen. (Gelächter links.) Wir sind der Überzeugung, daß die guten Traditionen des alten Heeres in der Reichswehr fortleben. (Bravo! rechts. — Unruhe auf der äußersten Linken.) Die Heere gegen die angeblichen Verschönerungen der Offiziere im Kreise muß aufhören, sie ist in ihrer Verallgemeinerung ebenso unberechtigt wie die Heere der äußersten Rechten gegen die Arbeiterkassette. Um das Vertrauen zwischen Heer und Volk wieder herzustellen, darf die Reichswehr nicht einer Partei dienen, sondern nur dem ganzen Volke. Der bauliche General von Mohl soll eine Eingabe gemacht haben, in der er verlangt, in Bayern die schwarz-weiß-rote Kokarde wieder einzuführen. So etwas sollte er den zuständigen Stellen überlassen und sich nicht in Reichsanangelegenheiten mischen. Die militärischen Tugenden haben ihre tiefsten Wurzeln in der Religion, deshalb muß der militärischen Seelenergie möglichst Pflege gewidmet werden. Möge die Reichswehr in Verfassungstreue ohne Gesinnungszwang dem Ganzen des Volkes dienen. (Lebhaftes Bravo rechts und im Zentrum.)

Abg. von Galkwitz (Dntl.): Das Kriegsministerium selbst konnte sich nicht verkleinern, da die Arbeit auch bei einem kleinen Heere dieselbe ist und die Umstellung viel Arbeit macht. Der Generalstab und die Kriegsministerien sind ja auch auf das Wehrministerium übergegangen. Jetzt haben wir im Ministerium 205 Offiziere. Im alten Heere verbesserte sich das Avancement dadurch, daß das Heer immer wieder vermehrt werden mußte. Dies soll bei der kontingentierten Reichswehr leider fort. Die drei Kavalleriedivisionen müssen wir beibehalten. Schönfärbereien über den 27. Januar werden diejenigen nicht betreffen, die sich an diesem Tage besonderen Empfindungen hinneigen.

Das Haus vertagt sich auf Freitag, 1 Uhr: Anfragen, Weiterberatung. Schluß 7 Uhr.

Sächsischer Landtag.

18. Sitzung. Dresden, 27. Januar 1921.

Zur Verhandlung steht der Antrag Lexi und Genossen (Soz.): die Staatsregierung zu ersuchen, a) alsbald den Schutz der Arbeiter in Baubetrieben landesgesetzlich zu regeln, b) zur Durchführung des Bauarbeiter-schutzes die Mitwirkung von Aufsichtsbeamten aus den Kreisen der Berufsarbeiterkassette in allen Bezirken sicherzustellen.

Abg. Casian (Soz.) begründet den Antrag. Trotz dem Rückgang des Baugewerbes kommen hier immer noch 1/2 Million Beschäftigte in Frage. Die ungeheure Zahl der Berufskrankheiten und Unfälle muß durch zweckmäßige und vorbeugende Maßnahmen und durch einheitliche gesetzliche Vorschriften für gesundheitliche Maßnahmen und Einrichtungen ganz wesentlich herabgedrückt werden. Unser Antrag bezweckt, die anerkannten Regeln des Schutzes gegen gesundheitliche Gefahren der Bauarbeiter in feste Normen zu fassen, einheitlich zu regeln und streng durch-

zuführen. Die Verbesserung ist bisher in der Hauptsache der Baupolizei übertragen worden. Die Erfahrungen haben aber gezeigt, daß diese Organe teils nicht geeignet, teils nicht ausreichend sind. Es kann deshalb auch nichts richtigeres geben, als diejenigen, die die Gefahren am eigenen Leibe kennengelernt haben, auch mit dem Schutz von Leben und Gesundheit der Beschäftigten zu betrauen: die Schaffung von Bauarbeiterkontrollen. Die Vernachlässigung des Bauarbeiter-schutzes hat zur Folge gehabt, daß trotz dem Rückgang der Bautätigkeit in der letzten Zeit eine große Anzahl schwerer Unfälle zu verzeichnen ist. Die sächsische Baugewerks-Berufsgenossenschaft steht in dieser Richtung besonders schlecht da. Es muß so schnell und so grundsätzlich als möglich mit diesen Menschenfallen ausgeräumt werden. Jeder, der Verantwortungsgesühl hat, muß mit uns ohne Heulen und ohne Nabelstich energisch für die Förderung des Bauarbeiter-schutzes eintreten. (Bravo!)

Ministerialdirektor Dr. Schmitt erklärt für den Minister des Innern, daß der heutige Zustand, der den Baupolizeibehörden in bezug auf den Bauarbeiter-schutz einen gewissen Spielraum läßt, unbedeutend ist. Die Regierung sei bereit, den Unstimmigkeiten ein Ende zu bereiten und zum besseren Schutz der Bauarbeiter Spezialvorschriften von sich aus zu erlassen. Die für alle Bauten im Lande maßgebend sein sollen. Vor Erlass dieser Spezialvorschriften werden die Vertretungen der Bauunternehmer und Bauarbeiter gehört werden. Hand in Hand damit muß, um zu einem wirksamen Bauarbeiter-schutz zu gelangen, die Beaufsichtigung der Bauten und die Durchführung der Sicherheitsmaßnahmen geregelt werden. In Dresden, Leipzig, Chemnitz, im Bezirk Zwickau und einigen Amtshauptmannschaften seien bereits Bauarbeiterkontrollen angeordnet. Für die Anstellung von solchen in mehreren andern Bezirken würden im Staatshaushaltsplan für 1921 Mittel eingestellt werden. Die Regierung erkläre sich aber bereit, die Frage zu prüfen, in welchem Umfange die Baupolizeibehörden im allgemeinen die Anstellung von Bauarbeiterkontrollen aufzugeben sei.

Abg. Kunzsch (Dntl.) erkennt an, daß der Bauarbeiter-schutz nicht überall gleichmäßig durchgeführt worden ist. Ehe aber durch Verordnung die Anstellung von Bauaufsichtern durchgeführt wird, sollte man die Erfahrungen mit den Bauarbeiter-Kontrollen in Leipzig, Dresden und Chemnitz abwarten.

Abg. Raab (D. Sp.) spricht sich in ähnlichem Sinne aus und behauptet, die Arbeiter handelten in bezug auf Innehaltung der Schutzvorschriften vielfach leichtsinniger als die Unternehmer.

Abg. Dönnhardt (U. Soz.): Die Frage ist schon sehr alt. Seit 25 Jahren kämpfen schon die Bauarbeiter, daß ihnen der Schutz für ihr Leben und ihre Gesundheit selbst übertragen wird. Erst seit 1908, als die ersten Sozialdemokraten in den Landtag eintraten, hat man für die Bauarbeiter etwas mehr getan. Seitdem werden die Berufsgenossenschaften etwas stärker herangezogen. Was die Befähigung der Bauarbeiter anbelangt, so ist schon darauf hingewiesen worden, daß der Arbeiter, der auf dem Bau arbeitet, die Mängel und Gefahren besser kennt als der Architekt und Berufsinspektor, der sich nur für kurze Zeit sehen läßt und der sich überdies bemüht, die Interessen der Unternehmer so gut wie möglich zu vertreten. Die Erfahrungen sind also schon Jahrzehnte alt. Die Erklärung der Regierung muß schnell in die Tat umgesetzt werden.

Abg. Grube (Kom.): Die ganze Sache muß reichsgesetzlich geordnet werden.

Abg. Jähnig (Dem.): Mit Rücksicht auf die Finanzlage des Staates sollte die Durchführung des Bauarbeiter-schutzes vorläufig noch den bisher damit betrauten Stellen belassen werden, bis genügende Erfahrungen mit den Bauarbeiterkontrollen vorliegen.

Abg. Casian (Soz.): Die Herrschaften von rechts haben viele Jahrzehnte lang dafür gefordert, daß kein Bauarbeiter dort etwas zu sagen habe, wo Leben und Gesundheit ihrer Berufsgenossen in Frage kommt. Wenn Sie nun noch weiter auf die Erfahrungen warten wollen, nachdem Sie sich solange Zeit gegen die Einrichtung überhaupt geträumt haben, so beweist das, daß Sie nur Ihren alten grundsätzlichen Standpunkt so gut wie möglich verdecken wollen.

Der Antrag wird zur Weiterberatung dem Rechtsausschuß überwiesen.

Es folgt der Antrag Frau Büttmann (Dntl.) auf zeitgemäße

Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Hebammen. Gewünscht wird eine Sicherstellung des Existenzminimums und entsprechende Versorgung im Alter und bei Arbeitsunfähigkeit durch Krankheit, Invalidität oder Berufsunfähigkeit.

Ministerialdirektor v. Husak: Die Lage der Hebammen hat sich im letzten Jahre durch die Zunahme der Geburten wesentlich gebessert. Inzwischen sind auch ihre Gebühren gegenüber den Säuglingen von 5. April 1912 um 300 Prozent erhöht worden. Trotzdem befindet sich ein großer Teil der Hebammen in schwieriger Lage. Eine Reform des Hebammenwesens ist bisher noch nicht erfolgt, weil die Wünsche in den beteiligten Kreisen auseinandergehen. Außerdem möchte die Regierung abwarten, in welcher Richtung sich das neue preussische Hebammengesetz bewegen wird. Die ganze Materie läßt sich aber auch nur im Zusammenhang mit der Regelung der Frage der unentgeltlichen Geburtshilfe erledigen.

Frau Wagner-Chemnitz (Soz.): Die Forderung, die hier gestellt wird, ist nichts Neues, sondern schon so alt, als die Sozial-

demokraten überhaupt fordern. Wenn die Rechte schon immer diesen Standpunkt vertreten hätte, so wäre die Lage der Hebammen schon längst verbessert zum Nutzen der Allgemeinheit. Den Hebammen muß nicht bloß ein Existenzminimum gewährt werden, sondern ein bestimmtes Gehalt. In dem Augenblicke, wo sie die Beamteneigenschaft erlangen, finden die übrigen Forderungen des Antrages ganz von selbst ihre Erledigung.

Hr. Dr. Hartwig (D. Sp.) tritt für den Antrag Büttmann ein, spricht sich aber gegen eine Sozialisierung des Hebammenwesens aus.

Frau Dastinger (Dem.) steht dem Antrage ebenfalls sehr sympathisch gegenüber.

Frau Thümmel (U. Soz.): Für uns ist es selbstverständlich, daß den Hebammen in ihrem schweren Berufe ein ausreichendes Existenzminimum gewährt werden muß. Wir sind dafür, daß dieser Antrag zusammen mit dem Antrag auf Einführung der unentgeltlichen Geburtshilfe im Ausschuß beraten wird.

Auch dieser Antrag geht an den Rechtsausschuß. Nächste Sitzung: Freitag vorm. 9 1/2 Uhr. Nachtrag zum Haushaltsplan, Gesetzentwurf über Volkswehr und Volkseisfeld.

Gewerkschaftsbewegung.

Generalversammlung der Gemeinde- und Staatsarbeiter Leipzigs.

II. (Schluß.)

Kollege Hessel gab eine Übersicht über die Mitgliederbewegung und den Kassenbericht. Die Mitgliederzahl betrug am 1. 1. 1920 4833, am Jahreschluß waren 5025 Mitglieder vorhanden. Die Zahlen schwanken, eine vorübergehende Abnahme wurde durch die Verordnung über wirtschaftliche Demobilmachung verursacht, durch die die Frauen vollwerbsfähiger Männer entlassen wurden. Der freien Arbeiter-Union gelang es, einige Arbeiter in den Gas- und Elektrizitätswerken abtrünnig zu machen. Nachdem sie eingesehen haben, daß die Union gar nichts für die Arbeiter tun konnte, lehnen sie nunmehr in unsern Verband zurück. Obwohl die Organisationsmöglichkeit nahezu erschöpft ist, war immerhin noch eine Zunahme von 192 Mitgliedern zu verzeichnen. Die Hauptkassette hatte eine Einnahme von 272 684 Mk. und 95 222 Mk. Ausgabe. In die Hauptkassette abgeführt wurden 177 451 Mk. Die Lokalkassette buchte 192 032 Mk. Einnahme und 156 345 Mk. Ausgabe. Die Kassieren berichteten, daß die Kasse geprüft und in Ordnung befunden war und beantragten Entlastung des Kassierers. Den Kartellbericht gab Kollege Berger.

In eine Aussprache wurde nicht eingetreten, da trotz wiederholter Aufforderung des Vorsitzenden niemand das Wort wünschte. Die Entlastung des Kassierers wurde einstimmig erteilt. Die Kritik setzte erst beim zweiten Punkt ein. Sie gestrichelte sich hochpolitisch. Die kommunistische Zelle, die auch in unsern Verband besteht, hatte zuvor in Sonderberatung ihren Plan aufgestellt. Der Sprecher derselben wurde leider das Opfer einer Manipulation, indem er für den kommunistischen Betriebsratsvorsitzenden der Gemeinde Leutzsch das Märchen aufstülpte, daß der Organisationsvertreter habe in einer Sitzung mit Betriebsrat und Gemeindevorstand Entlassungen von Arbeitern zugestimmt. Bei einigem Nachdenken mußte der Sprecher wissen, daß ein Organisationsvertreter überhaupt kein Recht hat, Entlassungen zuzustimmen. Die Dinge lagen so: nach Meinung des Arbeiters Schumann von Leutzsch, daß der Betriebsrat schon wieder der Entlassung von 6 Arbeitern zugestimmt habe, nachdem zuvor mit seiner Zustimmung alle Frauen entlassen wurden, verlangte unser Geschäftsführer von der Gemeinde die alsbaldige Einberufung einer Sitzung mit dem Betriebsrat und dem Gemeindevorstand, an der er teilnehmen wolle, da niemand entlassen werden dürfe, ehe nicht zu einer Arbeitsstreckung Stellung genommen worden ist. In der Sitzung wurde durch Prüfung des Protokolls, das die Unterschriften zweier Betriebsratsmitglieder und des Gemeindevorstandes trug, folgender Wortlaut festgestellt: Der Betriebsrat stimmt der Entlassung von 6 Arbeitern zu. Der Organisationsvertreter bewirkte, daß der Betriebsrat seine Zustimmung zurückzog und forderte ihn auf, Gegenunterlagen zu denen des Strahnmüllers zu bringen, daß Arbeit genug vorhanden sei, dann wäre die eventuelle Behandlung vor dem Schlichtungsausschuß erfolgreich, zumal der Tarifvertrag dem Betriebsrat ein erhebliches über das Betriebsrätegesetz hinausgehendes Mitbestimmungsrecht sicherstelle. Der Betriebsrat hatte also sein Mitbestimmungsrecht gegen seine Arbeitskollegen angewandt und wollte nun den Verbandsvertreter als den Sündenbock hinstellen. Der demonstrative Beifall, der der sächsischen Darstellung des Verbandsvertreters folgte, belehrte die kommunistische Zelle, daß sie sich mit dieser Verleumdung einen Bärendienst erwiesen hatte. Die planmäßig eingehende weitere Kritik unterschied sich nicht ein iota von der allgemein bekannten Weise der kommunistischen Zellen. Die große Masse der Versammelten merkte die Absicht und war verstimmt. Ein Antrag des Kollegen Berger fand mit großer Mehrheit Annahme. Er besagt: Mitglieder der Ortsverwaltung können nur diejenigen Kollegen werden, die drei Jahre feiengewerkschaftlich organisiert und mindestens ein Jahr Funktionär unseres Verbandes sind. Die Nachprüfung ergab, daß diese Bedingungen kein Mitglied der kommunistischen Partei erfüllte, die zur Ortsverwaltung vorgeschlagen waren. Als



**LEIPZIGER
TEXTILGESELLSCHAFT
MBH
TUCHGROSSHANDLUNG**

**LEIPZIG
Eberhardstr. 7
Brühl 21**

Der grosse Andrang

in den letzten Tagen liess es nicht zu, alle Kunden zu bedienen. Um allen Verbrauchern Gelegenheit zu geben, von dem Vorteil des Einkaufes

aus erster Hand ohne jeden Zwischenhandel

Gebrauch machen zu können, stellen wir weitere grössere Posten

Herren- und Damenstoffe

140 cm breit in verschiedenen Farben und Dessins zu den **ausserordentlich billigen** Preisen **Mk. 38.-, Mk. 75.-** per Meter zum Verkauf

Benutzen Sie möglichst die Vormittagsstunden zum Einkauf, da nachmittags der Andrang sehr gross ist

Unsere Frühjahrs-Neuheiten sind eingetroffen! Besichtigen Sie unser Lager!

Leipziger Textil-Gesellschaft, Brühl 21.

m. b. H.

Meinoren wurden die Kollegen Buchardt, Krehschmar und Weisse, als Parteivorsitzende die Kollegen Berger, Rattrodt, Weisse, Bode und Kollege Scharfberg gewählt. Die Versammlung mußte auf den 21. Januar vertagt werden.

In der fortgesetzten Generalversammlung wurde das Wahlresultat zum Ortsvorstand bekanntgegeben. Gewählt sind die Kollegen Siegel und die Kollegen Böhm, Müller, Stockmann, Reschke, Münze, Kalweit, Höhnle, Schapf, Heibel, Bogler und Falob. Kollege Blach wurde als erster Bevollmächtigter, Kollege Salomon als 2. Bevollmächtigter und Kollege Hessel als Kassierer mit allen Stimmen bis auf eine wiedergewählt. Zum Ortsleiter der K.A.M. wurden außer den Bevollmächtigten die Kollegen Döhrst und Fleischer gewählt. Ein vorliegendes Ortsstatut wurde einstimmig angenommen. Dagegen fand ein Antrag Annahme, den streikenden Metallarbeitern 1000 M. aus der Lotterie zu überweisen. Die vom Kollegen Fleischer eingebrachte Resolution mit den bekannten Forderungen der Stützpartei Metallarbeiter fand nach Ablehnung des zweiten Punktes derselben Annahme. Sie wird dem Hauptvorstand überandt.

Einen ausführlichen Bericht gab Kollege Blach über die am 17. Januar mit dem Arbeitgeberverband sächsischer Gemeinden in Dresden gepflogenen Lohnverhandlungen, bei der folgende Lohn-erhöhung erzielt worden ist:

Mit Wirkung ab 1. Januar 1921 werden die Löhne in den Ortsklassen A und B für über 21 Jahre alte männliche um 45 Pfg., für über 21 Jahre alte weibliche um 35 Pfg., für jugendliche Arbeiter um 20 Pfg. für die Stunde erhöht. In Ortsklasse C betragen diese Zulagen 60 Pfg. für über 21 Jahre alte männliche, 40 Pfg. für über 21 Jahre alte weibliche, für jugendliche Arbeiter die Hälfte dieser Zulage. Der Referent unterbreitete eine Resolution, die die Annahme dieser Abmachung auspricht und empfiehlt, daß auf die Stadtverordneten hingewirkt werde, damit sozialistische Gemeindevorsteher in den Vorstand des Arbeitgeberverbandes entsandt werden. Die Resolution wurde mit Mehrheit und damit die Lohnhöhung angenommen.

Der Vorsitzende Kalweit schloß die Generalversammlung mit dem Appell an die Kollegenschaft, auch ferner geschlossen für die Einheit im Verband einzutreten, nur so werden uns weitere Erfolge beschieden sein. Sn.

Zur Lohnbewegung in den mitteldeutschen Braunkohlenrevieren.

Mit der Lohnbewegung der Braunkohlenbergarbeiter befaßt sich in seiner Nummer 21 der kommunistische „Klassenkampf“.

Er behauptet, noch nie sei eine Lohnbewegung leichter verlaufen als die eben beendete; man müsse endlich geeignete Leute an die Spitze stellen, um die Bergarbeiter durch „Kampf zum Sieg“ zu führen. Dem Klassenkampf kommt es natürlich nur auf den „Kampf“ an, die den Bergarbeitern gemachten Zugeständnisse gefallen den kommunistischen Agitatoren nicht. Ihnen wäre es lieber gewesen, wenn nichts bewilligt worden wäre; dann hätte man den nötigen Wind zum Anblasen des sehnlichst herbeigewünschten Feuers gehabt.

So unheimlich wie es dargestellt wird, sind die von den Organisationsvertretern erreichten Zugeständnisse in Wirklichkeit gar nicht; das ist schon dadurch bewiesen, daß die stattgefundenen Bezirkskonferenzen den gefällten Schiedspruch angenommen haben.

Von welchem Geiste viele „Kommunisten“ befallen sind, geht aus Darlegungen einiger Ueberradikaler aus dem Gesellstale zur Herange hervor. Diese erklärten, es sei den revolutionären Bergarbeitern unwürdig, einen Schiedspruch anzuerkennen, nur im Kampfe müßten Zugeständnisse errungen werden. Wenn aber diese Forderungen die Massen zum Kampfe aufgereizt haben, wenn Tausende von Arbeitern anderer Berufe in Mitleidenschaft gezogen werden, wenn die Massen endlich Erfolge sehen wollen, dann verschwinden diese „Siegler“ oder „Waiseln“, wie in Oberösterreich, die verhassten Gewerkschaftsböden und die — Unternehmer um Hilfe an. Wenn aber durch einen Schiedspruch, also ohne Kampf und materielle Verluste des Einzelnen, eine Schicht Lohnhöhung von 8 M. erreicht wird, so ist das Verrat. Die Bergarbeiter müßten sich das einprägen.

Nicht gegen die Gewerkschaftsführer richtet sich der Groll der Bergarbeiter. Sie wissen viel zu gut, daß sie ihre Lebenslage nur mit Hilfe der Gewerkschaften und der Tätigkeit ihrer Führer verbessern können. Gegen die Gewerkschaftsführer richtet sich nur der Groll einer kleinen Gruppe besoffener Gernegroße, die es mangels geistiger Fähigkeiten nur im Aufspeisenden der niedrigen Instinkte zu etwas bringen können — mögen darüber auch Organisationen zugrunde gehen.

Was die Gewerkschaftsführer für die Bergarbeiter zu leisten in der Lage waren, werden diese an ihrem Geldbeutel spüren, was die „Klassenkämpfer“ den Bergarbeitern aber für Vorteile bringen können, dafür sind sie den Beweis noch schuldig.

Wir fordern die Bergarbeiter auf, Sonderaktionen unter allen Umständen zu vermeiden. Laßt euch das Errungene nicht durch gewissenlose zum Teil im Solde der Unternehmer stehende Elemente entreißen. Folgt nicht jedem Schreier; weißt jeden Zersplitterungsversuch entschieden zurück.

Gelingt es den Zersetzern, die feste Front der Bergarbeiterorganisation zu erschüttern, so ist die alte Knechtschaft euer Los. Steht fest zum Bergarbeiterverband.

Lohnverhandlungen im Transportgewerbe.

Der Landestarifvertrag der Transportarbeiter erreicht mit diesem Monatschluß sein Ende. Der Vertrag hat 4 Lohnklassen, in denen die Wochenlohnsätze bis jetzt wie folgt sind: Lohnklasse A 225 M., Lohnklasse B 205 M., Lohnklasse C 185 M., Lohnklasse D 170 M.

Die Transportarbeiter fordern die Einführung des Achtstundentags für alle Beteiligte, da die Geschirrführer jetzt noch 8 1/2 Stunden pro Tag tätig sein müssen, sowie die Erweiterungen der sozialen Einrichtungen. Es wird gefordert ein Wochenlohn in Lohnklasse A 285 M., Lohnklasse B 265 M., Lohnklasse C 245 M., Lohn-

klasse D 230 M. Mit hin eine Erhöhung für jede Lohnklasse von 60 M. pro Woche.

In den Verhandlungen, die am Mittwoch, dem 26. Januar, in Dresden stattfanden, nahmen über 70 Speditoren und Fuhrherren aus Sachsen teil.

Die Arbeiter wurden vertreten durch eine Tarifkommission von 18 Mitgliedern. Nachdem die Arbeiter ihre Forderungen kurz vorgetragen und begründet hatten, erklärte die Vertretung der Unternehmer, daß alle Forderungen der Arbeiter abgelehnt wären, es könne nur eine Verlängerung des jetzigen Tarifvertrages auf einige weitere Monate in Frage kommen. Die Vertreter der Arbeiter wiesen nunmehr auf die ungenügenden Löhnsätze, die teure Lebenshaltung und den riesigen Verbrauch an Kleidern und Schuhwerk im Transportgewerbe hin und kamen zu dem Schluß, daß bei diesem Verhalten der Unternehmer ein Kampf im ganzen Gewerbe unvermeidlich sei.

Hierauf machten die Unternehmer den Vorschlag, in den Orten der Lohnklasse A und den westfälischen Orten eine Erhöhung von 15 M. pro Woche zu vereinbaren, was von den Vertretern der Arbeiter abgelehnt wurde. Der Vorschlag der letzteren, einen Manteltarif abzuschließen und die Lohnsätze örtlich oder bezirksweise zu vereinbaren, wurde von den Unternehmern nicht akzeptiert.

Nachdem die Arbeiter ihre Forderungen um 30 M. für jede Lohnklasse herabgesetzt und somit einen neuen Weg zur Verständigung geschaffen hatten, erklärten die Unternehmer nach kurzer Beratung, auch hierauf nicht eingehen zu können, die Verhandlungen seien hiermit als gescheitert zu betrachten.

Dieser Standpunkt der Unternehmer muß in unserm Transportgewerbe einen Kampf zur Folge haben, der das ganze Wirtschaftsleben tief erschüttern wird. Um dieses zu vermeiden, hat die Tarifkommission der Arbeiter beschlossen, das Arbeitsministerium zu ersuchen, einen Schlichtungsausschuß zu beauftragen, in dieser Angelegenheit einen Schiedspruch zu fällen.

Deutscher Transportarbeiterverband.

Achtung, Zimmerer und Holzarbeiter!

Die Sperre über die Firma Allgemeine Transport-Anlagen-Gesellschaft, Großschlocher, ist aufgehoben. Die Zimmerer und Holzarbeiter wurden restlos eingestellt und der ortsübliche Lohn der Holzarbeiter ab 3. Januar 1921 zur Auszahlung gebracht.

Deutscher Holzarbeiterverband, Zentralverband der Zimmerer.

Achtung, Zimmerer!

Laut Beschluß des Fachauschusses des Arbeitsnachweises für das Baugewerbe sind sämtliche Betriebe der Metallindustrie Leipzigs gesperrt. Arbeitslose Zimmerer sind verpflichtet, Arbeit in diesen Betrieben unter dem Tariflohn für das Baugewerbe abzulehnen. Zentralverband der Zimmerer.

Arbeiter, Gewerkschaftsgenossen!

Wie schon in einem früheren Bericht mitgeteilt wurde, haben die Unternehmer in der Zigarrenindustrie die Forderung des Verbandes der Tabakarbeiter auf Lohnhöhung glatt abgelehnt mit dem Hinweis, die Feuerung hätte seit dem 28. August nicht so ausgenommen, daß sie zu erneuten Lohnhöhungen Anlaß gebe. Die Leipziger Tabakarbeiter haben darum lokale Forderungen gestellt und zwar wurde eine Beschäftigungshilfe von 100 M. für männliche und 80 M. für weibliche sowie 50 M. für jedes Kind verlangt. Außerdem wurde verlangt, daß die Verhandlungen über die abgelehnten Lohnhöhungen sofort wieder aufgenommen werden.

In einer Verhandlung am 26. Januar lehnten die Leipziger Fabrikanten es ab, irgendwelche Zugeständnisse zu machen. Eine am 27. Januar im Volkshaus stattgefundene allgemeine Betriebsversammlung nahm Kenntnis von dem Verhalten der Unternehmer und beschloß, am Freitag, dem 28. Januar 1921 in den Streik zu treten.

Arbeiter, Gewerkschaftsgenossen! Dieser Streik ist ohne vorherige Zustimmung des Verbandes beschlossen worden. Die Not rief aber die Tabakarbeiter zu dieser Handlung. Keine Berufsgruppe ist so gedrückt, wie gerade die Tabakarbeiter. Deshalb ergeht an alle hierdurch der Ruf: Unterstützt die Tabakarbeiter im Kampfe! Dann wird auch der Erfolg nicht ausbleiben. Die Streikleitung.

Lehrlingszählerei in der Metallindustrie.

Die Firma Stöcker u. Co. in L.-Wagwitz, Waghsmuth-Strasse, versteht es in ausgezeichneter Weise, mit Hilfe eines großen Stabes von Lehrlingen ihre Profite zu steigern. In dieser Firma werden Massenbedarfsartikel für die elektrische Industrie hergestellt. Im ganzen Betrieb herrscht Arbeitsteilung, so daß auf allen Gebieten nur Teilarbeit in Frage kommt, die in anderen Betrieben von Arbeitsburschen und Arbeitsmädchen verrichtet wird. Der Firma Stöcker u. Co. sind anscheinend diese Arbeitsburschen noch zu teuer und sie stellt dafür Lehrlinge ein. Bei 10 Facharbeitern im Alter von 20—50 Jahren werden in diesem Betrieb 50 Lehrlinge „ausgegeben“, so daß auf jeden Facharbeiter zur Ausbildung ohne Rücksicht auf sein Alter 5 Lehrlinge kommen. Was bei einer derartigen „Ausgabe“ für die Lehrlinge herauskommt, kann sich jeder selbst ausrechnen.

Daß die Lehrlinge lediglich zu Arbeitsburschen-Arbeit verwendet werden, beweist die Tatsache, daß die Lehrlinge während dem Streik in der Metallindustrie sogar vom Schulbesuch, also von der theoretischen Ausbildung für ihr Fach, zurückgehalten worden sind, um Streikbrecherarbeiten leisten zu können. Eine Beschwerde bei der Gewerbeinspektion wurde bis heute noch nicht beantwortet. In dem Zustande ist auch nichts geändert worden. Aufgabe der

Eltern muß es deshalb sein, sich mehr um ihre Kinder zu kümmern, damit sie auch wirklich während ihrer Lehrzeit zu brauchbaren Facharbeitern ausgebildet werden und damit es ihnen nicht so geht, wie einem ganzen Teil Ausgelernter, die nach Abschluß des Streiks in der Metallindustrie nicht wieder eingestellt wurden, weil sie von ihrem Lehrherren als minderwertige Arbeiter bezeichnet wurden. Bei den Ausbildungsmöglichkeiten, wie sie bei der Firma Stöcker u. Co. vorliegen, begehrt jeder Vater ein Verbot, wenn er seine Kinder einem derartigen Betriebe zur „Ausbildung“ überläßt. Dieser Betrieb ist keine Anstalt zur „Ausbildung“ von Lehrlingen, sondern lediglich als „Ausbeutungskunst“ zu betrachten. Bei der großen Zahl der dort beschäftigten Lehrlinge darf im Laufe der nächsten Jahre überhaupt niemand mehr in diesem Betrieb aufgenommen werden, wenn für die vorhandenen die geringe dort vorhandene Ausbildungsmöglichkeit ausgenutzt werden soll.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Leipzig.

Die Lage der Gärtner.

Der Gärtnerberuf ist einer von denen, wo sich die Lage der Gehilfen kaum verbessert, zum großen Teil aber verschlechtert hat. Das trifft vor allen Dingen auf die sogenannten „Herrens-gärtner“ zu. Mancher Beobachter ahnt wohl nicht, daß die Pracht in den Gärten und Parks der reichen Leute, vor allen Dingen in den Vororten, erkauft ist durch eine überlange, 12 bis 14 Stunden währende Arbeitszeit der Gärtner, verbunden mit einer geradezu miserablen Entlohnung. Wochenlöhne für einen Familienvater von 60 bis 80 M. neben freier Wohnung bilden durchaus keine Seltenheit. Wägen die Gärtner Forderungen zu stellen, wird ihnen anempfohlen, sich noch anderwärts Arbeit und Wohnung zu suchen.

Die Kapitalisten — viele Schieber und Wucherer befinden sich darunter — wissen natürlich, daß es einem Gärtner sehr nur unter außerordentlichen Schwierigkeiten möglich ist, diesen Weg zu beschreiten. Deshalb schämen sie sich nicht, die niederträchtigsten Drohungen auszusprechen. Die Gärtner aber müssen sich zähneknirschend dem wirtschaftlichen Druck beugen und zusehen, wie die „Herrenschaft“ in Haus und Garten lebt.

Ähnliche Arbeitsverhältnisse existieren in den Blumen- und Gemüsegärtnereien von Anhalt-Hartmannsdorf. Sonntagsruhe gibt es dort überhaupt nicht, ebenso auch nicht einen bestimmten Feierabend. Die Arbeitszeit ist bis an die Grenze des Möglichen ausgedehnt. Dabei werden Stundenlöhne von 1.45 bis 1.50 M. bezahlt. Die Lehrlingszählerei steht in größter Wildheit überall werden junge Leute zu Gärtnern „herangebildet“, d. h. zu Ausbeutungswesen gehalten.

Dem Verbands der deutschen Gärtner und Gartenarbeiter ist es leider noch nicht gelungen, Abhilfe zu schaffen. Das kommt daher, daß die Gärtnergehilfen nur sehr mangelhaft organisiert sind. Die Gehilfen sind der Organisation nur sehr schwer zugänglich. Eine Besserung kann nur eintreten, wenn die Arbeiterhaft und vor allen Dingen die Arbeiterfrauen bei jeder Gelegenheit den Gehilfen klar machen, daß ihre Lage nur verbessert werden kann, wenn hinter ihren Forderungen eine mächtige Organisation steht. Die organisierten Gärtnerarbeiten rüsten deshalb die Bitte an alle Genossinnen und Genossen, sie in ihrer Berufstätigkeit zu unterstützen, und sich zunächst an den Verband der Gärtner und Gärtnerarbeiten zu wenden, falls sie ihre Kinder dem Gärtnerberuf zuführen wollen. Das Bureau des Verbandes befindet sich in Leipzig, Hotel Viktoria, Zimmer 106.

Verjagte Genehmigung.

Die Regierungskommission des Saarlandes hat die Statuten für die Gründung einer Reichsgewerkschaft von Eisenbahnbeamten und -arbeitern, die von einer Gruppe von Eisenbahnangestellten eingereicht worden waren, nicht genehmigt, und zwar mit der Begründung, daß durch eine solche Gründung ein allzu enger Zusammenhang mit einer Berliner Zentrale hergestellt werden würde.

Zusammenschluß der Nachkriegsmittel-Arbeiter.

Die Vertreter, einen Zusammenschluß der Verbände der Bäcker, Brauer und Fleischer herbeizuführen, haben sich nach längeren Vorarbeiten jetzt so weit verständigt, daß eine Kommission eingesetzt werden konnte, die Richtlinien und Grundzüge für die Veramelsung ausgearbeitet und baldmöglichst vorzulegen hat. Im März hofft man, zu einer endgültigen Beschlußfassung zu gelangen, der nach eingehender Klärung der schwedischen Fragen eine Urabstimmung in den Organisationen voraussehen soll.

Eine Konferenz der Betriebsräte der Kreisverwaltung und Landratsämter in Mittelwestfalen, einberufen vom Zentralverband der Angestellten, tagte Sonntag, den 23. Januar, in Halle a. S. im Restaurant St. Nikolaus. Die sich an das Referat des Kreisleiters Körne, Magdeburg, anschließende rege Aussprache ergab eine bemerkenswerte Ueber einstimmung darin, daß die Angestellten ablehnen, sich unter die Beamtenvertretungen stellen zu lassen. — In dem Zusammenschluß in der „Freiengewerkschaftlichen Arbeitsgemeinschaft kommunaler Arbeitnehmerverbände“ (Fakal) erblicken die Angestellten die beste Abwehr aller Bevormundungsversuche und die wirksamste Interessenvertretung aller kommunaler Arbeitnehmer.

Eine Konferenz der Angestellten des Bergbaues von Mitteldeutschland, einberufen vom Allgemeinen freien Angestelltenbund (früher Arbeitgemeinschaft freier Angestelltenverbände) beschloß sich am 23. Januar mit dem Entwurf des Reichs-Knappheits-actes. Die von den Angestellten des Bergbaues zu dem Entwurf geäußerten Wünsche werden den gegebenden Körperschaften bei Beratung des Gesetzes unterbreitet werden. Die Konferenzen beschäftigen sich ferner mit den Beiträgen, möglichst eine Einheitlichkeit der Tarifverträge untereinander zu schaffen.

Inventur-Ausverkauf

Wir bringen derartig billige Preise, dass man überall davon sprechen wird denn wir verkaufen ohne Beachtung des wirklichen Wertes rücksichtslos billig.

unsere Schaufenster zeigen die enormen Vorteile die nur wir mit unserem Fabrikat bieten können.

Dorndorf

Reitersstrasse 1 u. 3.

Wenn's regnet und schneit



zeigen sich die Vorzüge von — ausschließlich mit reinem Terpentinöl hergestelltem —

Dr. Gentner's Schuhputz Nigrin:

Schmutzt nicht, färbt bei stärkstem Regen nicht ab, macht das Leder wasserdicht und verdirbt auch bei strengster Kälte nicht.



Uhren

ketten, Schmucksachen
Größte Auswahl. Billigste Preise.
Gustav Kaniss
6 Tauchaer Strasse 6

Rockbiermützen

u. alle Karnevalsartikel in den bekannten billigsten Preislagen empfiehlt
Heinrich Lintzmeyer
Leipzig, Ellsbnst. 30
Fernsprecher 10245. I.
Kart und Beifand
Miment., Ghe- u. Straßaden
Gnade u. Gude!
Graf. Grimm, Steinweg 14.

Königs-Pavillon

Promenadenstrasse 8 — Thomaslag

Spielplan vom 28. Januar bis 3. Februar:

50000 Mark

Prämien in 126 Preisen

bringt der grosse Sensations-Schlag:

Der Totenkopf

Ein Drama von unfasslicher Abenteuer und unglaublicher Effekte in 3 Akten.

Die Weiss-Blau Film G. m. b. H. hat bei der Commerz-Bank in München
Mark 50000 als Prämien
eingeteilt in 126 Preise

hinterlegt, und zwar:

1. Preis	Mark 15000
2 Preise je	6000 Mark = 12000
3	1000 " = 3000
20	500 " = 10000
100	100 " = 10000

die durch ein aus den bedeutendsten Schriftstellerkreisen gewähltes Preiskollegium an die zuerst eingehenden richtigen Lösungen des grossen dramatischen Rätsels obigen Films zur Verteilung kommen.

Alles Nähere im Film selbst.

Als Beiprogramm: **Ein köstliches Lustspiel.**

Bücher aller Art

halten die Leser unserer Zeitung vortheilhaft durch unsere Buchhandlung. Wenn Gemüthliches nicht auf Lager ist, wird es schnellstens besorgt. Die Filialen und die Aussträger der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen. Ferner Zeitschriften regelmäßig, sobald nach Erscheinen, zugestellt. Es wird gebeten, möglichst vor Beginn des Vierteljahres die Neubestellungen zu machen, damit auch die ersten Nummern des Vierteljahres von uns rechtzeitig zugestellt werden können.

Leipziger Buchdruckerei

Witteneckstrasse
Abt. Buchhandlung
Hauptgeschäft:
Leipzig, Tauchaer Str. 10/21
Filialen:
Volkshaus Leipzig, Zelterstr.
Leipzig-Dt., Ellsbnst. 19
L. Lindenau, Dc. mannstr. 1
L. Plagwitz, Wellenfelder Str.
L. Kottbuscher, Dieskaustr.
L. Schönfeld, Stett. Str. 64
L. Thonberg, Reichenb. Str.
L. Stötteritz, Ferd.-Zeit. Str.
L. Connewitz, Bornthaler Str.
L. Gohlis, Lindenb. Str.
L. Gutritsch, Magdalenenstr.
Leipzig-Weitz, Hauptstr. 87
Böhlin-Chrenb., Wettinerstr.

Die Reichseinkommensteuer

Gemeinverständliche Darstellung des Reichseinkommensteuergesetzes f. Arbeiter, Angestellte u. Beamte unter besonderer Berücksichtigung des Arbeitseinkommens mit Beispielen für die Steuerberechnung, Steuer-Tabelle und Tarif.
Von **Rudolf Weck**,
Königsberg i. Pr.
Preis 1.50 Mk.
Alle Aussträger u. Filialen der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen.
Leipziger Buchdruckerei A.-G.
Abt. Buchhandlung
Tauchaer Straße 10/21.

Lindenauer
Lichtspiel-Haus
Nur Lützner Strasse 19
VAMPIRE
II. Teil — Jeder Teil ist für sich abgeschlossen. Als Hauptcharakter bringen wir die Sensation Das Geheimnis der Wera Buranska.
Wanda Treumann — Reinhold Schünzel
in der Tragödie einer „Verirrtion Seelo“ in 5 Akten.
Sonntag 3 Uhr: Jugendvorstellung

Connewitz **U.T.** Connewitz
Pegauer Straße 12.
Freitag bis Montag: Der grosse packende
Kriminalroman
von E. Westkirch:
Der Staatsanwalt
In 6 fabelhaft spannenden Akten.
Ausserdem: „Das Filmmärchen“
Reizendes Lustspiel in 2 Akten
sowie der übrige glänzende Spielplan.
Beginn 6 und 8 1/4 Uhr. — Sonntags 4 1/2 Uhr.
Sonntag nachmittag Kindervorstellung.
Einlage: **Harry-Piel-Film**
„Das geheimnisvolle Telephon“.

L.-Lindenau, Gundorfer Strasse 31.
Ab heute bis Montag:
Mia May
die beliebte Darstellerin in
Das wandernde Bild
Eines der gewaltigsten Dramen der Gegenwart voll packendster Handlung. Hierzu:
Schorch Seppel
Ein Lustspiel von überwältigender Komik.
Tränen werden gelacht!
Tränen werden gelacht!

Schlosskeller
Lichtspiele.
Leipzig-Reudnitz Hehnrichstraße
Vom 28. bis 31. Januar 1921
Ein Riesen-Doppelprogramm!
Kim, Kip, Kop
Die Bezwingen des Todes.
6 Riesenakte — 25 Sensationen.
Stuart Webbs — Der Hilferuf!
Hochspann. Detektiv-Schlag. 4 Riesenakte.
Sowie ein hochplantes Lustspiel. 3 Akte.
Zeitig kommen! Platz sichern!

LICHT-SCHAUSPIELHAUS
Vom 28. bis 31. Januar:
Das große 2teilige Sitten-Roman-Filmwerk
12 Gefoltete Herzen 12
Akte
I. und II. Teil zusammen.
I. Teil: Ohne Heimat, II. Teil: Glück u. Glas
Hierzu:
Vater, G. m. b. H.
Eine tolle Posse in 2 Akten.
Täglich Einlaß 5 Uhr
Sonntags 3 Uhr: Familien-u. Kinder-Vorstellung
EISENBAHNSTR. 74 Sch

Trauringe massiv Gold
Gustav Kaniss
Tauchaer Str. 6. I.

Vom 28. Januar bis 3. Februar die grosse Sensationswoche!
Das gewaltig packende und ungemein fesselnde Lebens-Charakter- und Sittenbild in 5 Akten
Die Augen der Maske
oder:
„Um der gefallenen Schwester willen!“
In der Hauptrolle:
Aly Kay.
Jugendl. unter 18 Jahr keinen Zutritt

„Die 13 aus Stahl“
ein eigenartig verblüffendes und äusserst sensationelles
Detektiv- und Abenteuer-Drama
in 6 Akten.
In der Hauptrolle:
Carl de Vogt
Wochentags: 5, 1/4 7 und 1/2 9 Uhr.

Kasino-Lichtspiele
Neumarkt
Tel. 19980

Schweineschmalz 12 50

garantiert rein, blütenweiss, ganz frisch à Pfund Mark.

F. E. Krüger

und Verkaufsstellen

Haupt-Geschäft:
Königsplatz 8

Leipzig-Norden Hainstrasse 26	L.-Lindenau Markt 14	L.-Plagwitz Z.-hoch. Str. 36	Leutzsch Hauptstrasse 92	Kleinzschocher Dieskaustrasse 25
Leipzig-Gohlis Auss. Hall. Str. 79	L.-Anger-Cr. Ungerstrasse 2	L.-Eutritzsch Wilhelmstr. 8	Am Südplatz Zeitzer Strasse 40	L.-Connewitz Pegauer Str. 11
L.-Neustadt Eisenbahnstr. 51	L.-Reudnitz Dresdner Str. 47	L.-Thonberg Reitzenb. Str. 8	L.-Stötteritz Wasserturm-Str. 10	L.-Möckern Auss. Hall. St. 275

Neues Theater.
 (Abend vor dem...)
 Freitag, den 28. Januar 1921
 Nachgeholt...
Der Rosenkavalier.
 Komödie für Musik in 3 Akten von Franz v. Suppé...
 Musikalische Leitung: Paul Wehliche...
 Personen: Die Reichsräthin...
 Sonntag, den 29. Januar, bei aufgehobenem Vorrecht: Tristan und Isolde...
 Anfang 8 Uhr.

Altes Theater.
 Freitag, den 28. Januar: Vorstellung für die Sozialdemokratische Mehrheitspartei: Gaudete...
 Sonntag, den 29. Januar, nachm. 3 Uhr: Der gefeierte Vater...
 Sonntag, den 30. Januar, vormittags 11 Uhr: Tänze von Valerie Kratina...
 Sonntag, den 31. Januar, bei aufgehobenem Vorrecht: Tristan und Isolde...
 Anfang 8 Uhr.

Neues Operetten-Theater.
 (Abend vor dem...)
 Freitag, den 28. Januar 1921
Die Frau im Helm.
 Operette in 3 Akten von Rudolf Scharf und Ernst Weiffä...
 Musik von Jean Gilbert...
 In Szene gesetzt von Joseph K...
 Personen: Graf...
 Sonntag, den 29. Januar: Der große Zirkus...
 Sonntag, den 30. Januar: Der große Zirkus...
 Anfang 7 Uhr.

Krystall-Palast
 Täglich abends 8 Uhr:
Das glänzende Januar-Programm.

Drei Linden
 Täglich abends 8 Uhr
der erfolgreiche Januar-Spielplan.
 Gastspiele
Chester Dieck | **Gulnäre Hoyer**
 Die größte Rad-sensation der Welt | Primaballerina der Hofoper in Stockholm
Käthe Mann
 Die erfolgreiche Berliner Operetten-Soubrette sowie die übrigen Welt-Attraktionen.
 Vorverkauf: Tageskasse (Tel. 43543), Th. Althoff, Petersstr., Konsum-Verein, Karl-Heine-Str.

Jedermann kann ein Filmstar werden?
Morgen näheres???

Park Meusdorf
 Inhaber: Arno Trommer
 Telefon 3872 — Straßenbahn 15
 Sonnabend, den 29. Januar, 6.30 Min.:
Ein Fest in Alt-Heidelberg
 Punkt 9 Uhr:
 Auftreten des Solo-Kunst-Tänzer-Paares **Tyddi und Partner**
Alt-Heinz und Käthe
 und andere Tänze
 Motto: **Oarpe dem!**
 Sonntag, den 30. Januar, 3.30 Min.:
Das hervorragende Ballfest!
 Musik: Das bewährte Hausorchester (25 Mann) Leitung: Kapellmeister Moßner
Küche und Keller erstklassig!

Restaurant Ratstetter Rnautfleberg
 Sonnabend, den 29. Januar
Großes Bockbierfest
 Es laden freundlichst ein **Emil Schellenberg und Frau.**

Allgemeines Arbeiter-Bildungsinstitut Leipzig
 Sonntag, den 6. Febr. nachm. 2 Uhr
Symphonie-Konzert
 ausgeführt vom Städtischen und Gewandhaus-Orchester unter Leitung des Herrn Prof. Otto Lohse und Mitwirkung der Opernsängerin Fräulein Emmy Strenz (Sopran).
 Vortragsfolge: Joseph Haydn D-Dur-Symphonie (London) — Carl Maria v. Weber: Ozean-Arie. — Carl Maria v. Weber: Oberon-Ouvertüre. — Richard Wagner: Siegfried-Jayle — Richard Strauß: Tod und Verklärung.
 Einlaßkarten zum Preise von 6 Mk und 3 Mk sind in allen Geschäften der Leipziger Volkszeitung und in den Gewerkschaften zu haben.

Unbeschreiblicher Erfolg!
 Des nie dagewesenen Erfolges wegen und auf allgemeinen Wunsch um 4 Tage verlängert.
Verstärktes Orchester!
 Uebertrifft alles bisher Gebotene und brachte dasselbe Resultat wie in München, Berlin, Stuttgart, Düsseldorf und anderen Großstädten, woselbst
150 Aufführungen vor total ausverkauftem Hause stattfinden konnten.
Der beste deutsche Hochlandfilm:
Der letzte Schuss
 Hochlands-Sensations-Drama in 7 Akten
 Dieses Meisterwerk ist eine „Klasse“ für sich. Bis heute gibt es keinen Film in diesem „Genre“, der annähernd so gewaltig in Spiel und Handlung aufgebaut ist.
 Hauptrolle: **Fritz Kampers, Josef Berger, Ernst Rückert, Franz Seltz, Grete Reinwald, Lia Reibenschütz.**
 Ein richtiges bayrisches Volksspiel mit Wildtoben, Schmutzern, mit Halunken u. Rechtschaffenen, mit Festaufzügen, Haberfeldtreiben und Hochzeitszug. Das alles in eine Landschaft gestellt, die vielen vertraut ist, die in ihrer Erhabenheit auf jeden einen starken Eindruck ausübt, der noch Sinn für Naturschönheit hat. Eine Spannung löst die andere ab. Darum bleibt lohnhafteste Erwartung beim Zuschauer bis zum Ende.
Der letzte Schuß ist die Sensation dieser Woche.
 Hierzu:
Eine stürmische Bude. Lustspiel in 3 Akten 3
 Beginn 5 Uhr — Einlass 4 1/2 Uhr.
 Jeweilliger Beginn des Dramas präzise 5, 6 1/2, 8 1/2 Uhr.
 Nur rechtzeitiges Kommen sichert gute Plätze.
Kammer-Lichtspiele
 Windmühlenstr. 7 **KL** am Königplatz.

Licht-U.T. Spiele
 Täglich Erstaufführung
Richard Eichberg's
 Abenteuer-Sensationsfilm
„Sträflingsketten“
 Hauptrolle **Lee Parry**
 Violette Napierska, Robert Scholz, Felix Hecht, Paul Ludwig, Kaiser Heyl
 2 Teile je 8 Akte
 I. Teil: **„Der Schrei aus der Verbannung.“**
 Der II. Teil: **„Geständnis vor dem Tode“** folgt anschließend Freitag, den 4. Februar Der moderne Krieger im Film:
 III. Teil: **„Der ledige Mensch.“**

Leipziger Schauspielhaus.
 Freitag, den 28. Januar 1921
Symphoniedarstellung über: Das Hebräische Meer.
 In Szene gesetzt von Otto Wörner...
 Personen: Scharif...
 Sonntag, den 29. Januar, nachm. 3 Uhr: Die große Zirkus...
 Sonntag, den 30. Januar, bei aufgehobenem Vorrecht: Tristan und Isolde...
 Anfang 8 Uhr.

Kleines Theater.
 Telefon 12300, Direktion: Fritz Viehweg, Eckerstr. 42.
 Freitag, den 28. Januar, abends 7 Uhr: **Reigen.**
 Zwei Dialoge von Arthur Schnitzler.
 Aufführung 8 1/2 Uhr, Anfang 7 Uhr, Ende 9 1/2 Uhr.
 Täglich 7 Uhr: **Reigen.**

Ballenberg
 Fernruf No. 1370 und 3247.
Variété Theater.
 Allabendlich 8 Uhr: Nur noch wenige Tage **Jack Perry** mit sein. gymnast. Neuheit „Die schwankende Palme“ und die übrigen **Variété-Attraktionen.**
 Abends 8 Uhr: **Steinerne Herzen** Schauspiel von Schmidt und Hilmar.
 Morgen: **Steinerne Herzen.**
 Vorwerk, Tuzesk, Zlu.-G. K. Hirsch, Katharinenstr. 6.

Marienburg, Connewitz, Simildenstr. 8.
 Freitag, Sonnabend und Sonntag
Bockbier-Ausschank
 H. Bockwurst
 Alle Freunde und Bekannte laden freundlich ein **Albert Rauff und Frau.**

Lichtspiele Zschocher
 Telefon 40660 Inhaber: M. Raschke
 Doppel-Programm
 Ab heute bis Montag
Fern Andra
 Die Tänzerin von Dschapur
 Drama in 6 Akten.
 Die Zirkusaufnahmen wurden im vorigen Jahre beim hiesigen Gastspiel „Sarasani“ aufgenommen. Fern Andra wurde bekanntlich durch den Sturz eines Elefanten schwer verletzt. Fern Andra ist als Zirkusartistin eine Sensation für sich.
 Richard Eichberg's Monumentalfilmwerk **Der Vulkan**
 Sensationsfilm in 2 Abteilungen, 10 Akten.
 I. Teil
5 Akte Sybil Jung 5 Akte
 Richard Eichberg, der Verfasser von Staatsanwalt Brian's Abenteuer.
 Der II. Teil
Tod des Großfürsten
 kommt Freitag, 4. Febr., zur Vorführung.
Vom Schreibtisch u. Werkstatt.
 Einlaß 1/2 Uhr.
 Vorverkauf! Ab Dienstag: **Harry Piel.**

Weißer Wand
 Nur 4 Tage!!! Nur 4 Tage!!!
Die aufsehenerregende Sensation!!!
Der Kindesraub im Zirkus Buffalo
 6 atemberaubende Akte
Der Komplize von Cincinnati
 Außerst spannender Kriminal-Film
 4 fabelhafte Akte
 Niemand versäume es, dieses Schlager-Programm sich anzusehen!

LUNA Lichtspiele
 Ab Freitag, den 28. bis 31. Januar
„Die Vampire“
 6. Teil (letzter Teil).
 Hilde Wörner in dem Gesellschaftsdrama **„Die Kralle“**, 4 Akte. — Dazu 1 Lustspiel.
 Sonntag nachm. **Kinder-u. Familien-Vorstellung**.
„Der Sohn des Hannibal“.
 Detektivfilm vom Pferderennen und das glänzende Beiprogramm. — Anfang 1/4 Uhr, Einlaß 1/3 Uhr.